

# Sitzungsbericht

## 11. Sitzung der Tagung 2004 der XVI. Gesetzgebungsperiode des Landtages von Niederösterreich

Donnerstag, den 25. März 2004

---

### Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Mag. Freibauer (Seite 378).
2. Mitteilung des Einlaufes (Seite 378).
3. Ltg. 196/A-8/5: Antrag der Abgeordneten Dworak u.a. gem. § 40 LGO 2001 auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Pensionskürzung, Steuerbelastung, Arbeitslosigkeit – Auswirkungen auf Niederösterreich“.  
**Redner:** Abg. Thumpser (Seite 379), Abg. Dr. Krismer (Seite 382), Abg. Hinterholzer (Seite 384), Abg. Vladyka (Seite 386), Abg. Maier (Seite 388), Abg. Mag. Ram (Seite 390), Abg. Mag. Fasan (Seite 391), Abg. Lembacher (Seite 392), Abg. Kautz (Seite 394), Abg. Mag. Fasan (Seite 396), Abg. Hintner (Seite 396).
4. Ltg. 190/S-5/5: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Landes-Feuerweherschule, Neubau eines Schulungszentrums in Tulln.  
**Berichterstatter:** Abg. Mag. Riedl (Seite 398).  
**Redner:** Abg. Waldhäusl (Seite 399), Abg. Mag. Fasan (Seite 400), Abg. Cerwenka (Seite 402), Abg. Friewald mit Resolutionsantrag betreffend Erhöhung der Feuerchutzsteuer bzw. Befreiung der Feuerwehren von der Mehrwertsteuer (Seite 404), Abg. Mag. Fasan (Seite 406), Abg. Waldhäusl (Seite 407), Abg. Friewald (Seite 407).  
**Abstimmung** (Seite 407).  
*(Ltg. 190/S-5/5 und Resolutionsantrag einstimmig angenommen.)*
- 5.1. Ltg. 194/A-1/10: Antrag des Bau-Ausschusses zum Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Ing. Rennhofer, Jahrman u.a. betreffend Änderung des NÖ Raumordnungsgesetzes 1976 und Antrag mit Gesetzentwurf gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Ing. Rennhofer u.a. betreffend Änderung des NÖ Raumordnungsgesetzes 1976.  
**Berichterstatter:** Abg. Dipl.Ing. Eigner (Seite 407).
- 5.2. Ltg. 197/A-1/12: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zum Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger u.a. betreffend Änderung des NÖ Elektrizitätswesengesetzes 2001.  
**Berichterstatter:** Abg. Maier (Seite 408).  
**Redner zu 5.1. – 5.2.:** Abg. Hensler (Seite 408), Abg. Waldhäusl (Seite 409), Abg. Mag. Fasan mit Abänderungsantrag (Seite 410), Abg. Jahrman (Seite 414), Abg. Ing. Rennhofer mit Abänderungsantrag (Seite 416), Abg. Mag. Fasan (Seite 417).  
**Abstimmung** (Seite 419).  
*(Ltg. 194/A-1/10, Ltg.197/A-1/12 mehrheitlich angenommen, Abänderungsantrag Abg. Mag. Fasan abgelehnt, Abänderungsantrag Abg. Ing. Rennhofer mehrheitlich angenommen.)*
- 6.1. Ltg. 132/A-2/9 und Ltg. 133/A-2/10: Antrag des Schul-Ausschusses zum Antrag gemäß § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Mag. Heuras, Cerwenka u.a. betreffend Schulorganisation in Niederösterreich und zum Antrag gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Mag. Heuras u.a. betreffend sprengelfremden Schulbesuch.

**Berichterstatterin:** Abg. Vladyka (Seite 419).

- 6.2. Ltg. 195/A-1/11: Antrag des Schul-Ausschusses zum Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Nowohradsky, Cerwenka u.a. betreffend Änderung des NÖ Schulzeitgesetzes 1978.

**Berichterstatterin:** Abg. Rinke (Seite 420).

**Redner zu 6.1. – 6.2.:** Abg. Dr. Nasko mit Resolutionsantrag betreffend Termin der Semesterferien 2005 sowie zukünftiger Semesterferien (Seite 420), Abg. Mag. Ram (Seite 423), Abg. Weiderbauer mit Resolutionsantrag betreffend KlassenschülerInnenhöchstzahlen in Niederösterreichs Schulen und Ausbildung von VolksschullehrerInnen (Seite 424), Abg. Cerwenka (Seite 427), Abg. Mag. Heuras (Seite 431), LR Kranzl (Seite 433), zur GO: Abg. Mag. Fasan (Seite 436).

**Abstimmung** (Seite 436).

(Ltg. 132/A-2/9, Ltg. 133/A-2/10 *mehrheitlich*

*angenommen, Ltg. 195/A-1/11 einstimmig angenommen; Resolutionsantrag Abg. Dr. Nasko abgelehnt.*)

7. Ltg. 185/V-11/1: Antrag des Rechts- und Verfassungs-Ausschusses zur Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gem. Art. 15a B-VG über gemeinsame Maßnahmen zur vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde (Asylwerber, Vertriebene und andere aus rechtlichen oder faktischen Gründen nicht abschiebbare Menschen) in Österreich (Grundversorgungsvereinbarung – Art. 15a B-VG).

**Berichterstatter:** Abg. Dr. Prober (Seite 436).

**Redner:** Abg. Mag. Ram (Seite 437), Abg. Weiderbauer (Seite 437), Abg. Vladyka (Seite 438), Abg. Nowohradsky (Seite 440).

**Abstimmung** (Seite 441).

*(einstimmig angenommen.)*

\* \* \*

**Präsident Mag. Freibauer** (*um 13.00 Uhr*):

Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufzulegen. Es ist unbeanstandet geblieben und demnach als genehmigt zu betrachten.

Von der heutigen Sitzung haben sich entschuldigt Herr Landesrat Mag. Sobotka, Herr Landesrat Schabl, Herr Abgeordneter Dworak, Herr Abgeordneter Rosenmaier und Frau Abgeordnete Dr. Petrovic.

Ich bringe dem Hohen Haus folgenden Einlauf zur Kenntnis:

- Ltg. 194/A-1/10 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Ing. Rennhofer, Jahrman u.a. betreffend Änderung des NÖ Raumordnungsgesetzes 1976 – dieses Stück habe ich am 11. März 2004 dem Bau-Ausschuss zugewiesen und es steht nach Erledigung im Ausschuss auf der heutigen Tagesordnung.

- Ltg. 195/A-1/11 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Nowohradsky, Cerwenka u.a. betreffend Änderung des NÖ Schulzeitgesetzes

1978 – dieses Stück habe ich ebenfalls am 11. März 2004 dem Schul-Ausschuss zugewiesen und es steht nach Erledigung im Ausschuss auf der heutigen Tagesordnung.

- Ltg. 190/S-5/5 - Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Landes-Feuerwehrschiele, Neubau eines Schulungszentrums in Tulln – dieses Geschäftsstück habe ich am 11. März 2004 dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen und es steht nach Erledigung im Ausschuss auf der heutigen Tagesordnung.

- Ltg. 197/A-1/12 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger u.a. betreffend Änderung des NÖ Elektrizitätswesengesetzes 2001 – dieses Geschäftsstück habe ich am 16. März 2004 dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen und es steht nach Erledigung im Ausschuss ebenfalls auf der heutigen Tagesordnung.

Eingelangt sind die Anfragen:

An Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll:

- Ltg. 191/A-4/39 - Anfrage des Abgeordneten Dworak betreffend dringend notwendiger Lärmschutz in Natschbach-Loipersdorf.
- Ltg. 192/A-4/40 - Anfrage des Abgeordneten Dworak betreffend Sicherheitsmaßnahmen an den Autobahnbrücken der Talübergänge Warth sowie die Errichtung von Lärmschutzwänden.
- Ltg. 201/A-4/41 - Anfrage der Abgeordneten Dr. Krismer betreffend Aufträge an den ORF.

An Herrn Landesrat Gabmann:

- Ltg. 198/A-5/53 – Anfrage der Abgeordneten Mag. Renner betreffend Wirtschaftspark Marchegg.
- Ltg. 200/A-5/54 - Anfrage der Abgeordneten Dr. Krismer und Mag. Fasan betreffend Fortbestand des Tierparks Gänserndorf.

Die Anfragen wurden an die befragten Regierungsmitglieder weitergeleitet.

Weiters eingelangt sind die Anfragebeantwortungen von Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll zu Ltg. 166/A-4/32 und zu Ltg. 171/A-4/33. Von Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop zu Ltg. 172/A-4/34. Von Herrn Landesrat Gabmann zu Ltg. 168/A-5/43 und zu Ltg. 178/A-5/47. Von Herrn Landesrat Mag. Sobotka zu Ltg. 173/A-5/45. Von Frau Landesrat Kranzl zu Ltg. 169/A-5/44. Von Herrn Landesrat Schabl zu Ltg. 167/A-5/42 und zu Ltg. 174/A-5/46.

Weiters eingebracht wurde ein Antrag mit Gesetzentwurf von MMag. Dr. Petrovic u.a. betreffend Sicherheit in Niederösterreich, Ltg. 199/A-3/4. Der Antrag ist laut Geschäftsordnung nicht hinreichend unterstützt. Ich stelle daher gemäß § 32 Abs.5 der Landtagsgeschäftsordnung 2001 die Unterstutzungsfrage. (*Nach Abstimmung:*) Danke. Das ist die Minderheit. Der Antrag ist nicht gehörig unterstützt.

Weiters eingelangt ist ein Antrag der Abgeordneten Weninger u.a. auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde in der heutigen Sitzung zum Thema „Pensionskürzung, Steuerbelastung, Arbeitslosigkeit –

Auswirkungen auf Niederösterreich“, Ltg. 193/A-8/4. Dieses Geschäftsstück wurde zurückgezogen und durch einen neuen Antrag, Ltg. 196/A-8/5 des Herrn Abgeordneten Dworak u.a. gem. § 40 Abs.4 LGO auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde in der Landtagssitzung am 25. März zum selben Thema, nämlich „Pensionskürzung, Steuerbelastung, Arbeitslosigkeit – Auswirkungen auf Niederösterreich“ ersetzt.

Es wird beantragt, die Aktuelle Stunde als ersten Verhandlungsgegenstand der Landtagssitzung durchzuführen. Ich bringe diesen Antrag zur Abstimmung. (*Nach Abstimmung:*) Danke. Gegenstimmen? Ich stelle fest, einstimmig ist nun die Aktuelle Stunde zu diesem Thema genehmigt.

Bevor wir aber in die Behandlung der Tagesordnung eingehen möchte ich festhalten, dass auf Grund des Beschlusses des NÖ Landtages vom 15. Mai 2003 eine Redezeitbeschränkung zur Anwendung kommt. Die Gesamtredezeit dafür setze ich auf Grund des übereinstimmenden Beschlusses der von der Präsidielle beauftragen Klub- bzw. Fraktionsdirektoren mit 350 Minuten ohne Aktuelle Stunde fest. Auf Grund des zitierten Landtagsbeschlusses kommen demnach der ÖVP 154 Minuten, der SPÖ 108,5 Minuten, den Grünen 52,5 Minuten und der FPÖ 35 Minuten zu.

Weiters halte ich fest, dass Berichterstattungen, Wortmeldungen zur Geschäftsordnung, tatsächliche Berichtigungen und die Ausführungen des am Vorsitz befindlichen Präsidenten nicht unter dieses Kontingent fallen. Für die Aktuelle Stunde gilt gemäß dem Redezeitmodell die Verteilung von 90 Minuten zwischen den Fraktionen im Verhältnis 44:31:15:10. Das sind für die ÖVP 39 Minuten und 36 Sekunden, für die SPÖ 27 Minuten 54 Sekunden, wobei für den als ersten Antragsteller unterfertigten Abgeordneten noch 15 Minuten hinzutreten, also insgesamt heute 42 Minuten 54 Sekunden für die SPÖ. Für die Grünen 13 Minuten 30 Sekunden und für die FPÖ 9 Minuten.

Wir kommen zur Aktuellen Stunde. Der Erst-antragsteller, Abgeordneter Dworak, ist wegen Erkrankung entschuldigt. Zur Darlegung der Meinung der Antragsteller hat sich Herr Abgeordneter Thumpser zu Wort gemeldet. Am Wort ist Herr Abgeordneter Thumpser.

**Abg. Thumpser (SPÖ):** Herr Präsident! Hoher Landtag!

Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben heute die Abhaltung einer Aktuellen Stunde

zum Thema „Pensionskürzung, Steuerbelastung, Arbeitslosigkeit und die Auswirkungen auf Niederösterreich“ beantragt, weil die Auswirkungen dieser Bundespolitik auch vor den Menschen in unserem Bundesland nicht halt machen und Politik braucht ein Gewissen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Nachdem sich die ÖVP diesen Slogan ausgeborgt hat, sind sie nach zwei Tagen draufgekommen, dass dieser Slogan so überhaupt nicht zu ihnen passt. Denn dieser Slogan passt nicht zu einer Politik wie wir sie in den letzten Jahren zu spüren bekommen haben und dass sich die FPÖ von den Bewahrern der Interessen der „kleinen Leute“ verabschiedet hat, zeigen die letzten Wahlergebnisse.

Meine Damen und Herren! Auch die ÖVP und die FPÖ in Niederösterreich können sich von dieser Verantwortung der Bundespolitik nicht verabschieden. Brader, Donabauer bis Stummvoll von der ÖVP und eh nur mehr zwei, nämlich Rosenkranz und Wattaull von der FPÖ, sie alle haben diese Maßnahmen, die zu Pensionskürzungen, zu zusätzlichen Steuerbelastungen führen, mitgestimmt. Diese Vertreter Niederösterreichs haben damit auch die Verantwortung dafür zu tragen. Und Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie die Medienberichterstattung der letzten Wochen auch aus anderen Bundesländern betrachtet haben, dann sind Sie, die ÖVP und die FPÖ in Niederösterreich, die letzten Bastionen die dieser Bundesregierung mit dieser Politik noch die Stange halten.

Gestatten Sie mir zu den drei angeführten Punkten kurz und mit tatsächlichen Beispielen aus dem Leben die negativen Auswirkungen auf die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher aufzuzeigen. Keine normalen Rechenbeispiele, die vor allem von der ÖVP so gerne in das Reich der Phantasie verteufelt werden, sondern konkrete Beispiele. Konkrete Beispiele von Menschen hinter denen sich ein Schicksal verbirgt. Konkrete Beispiele von Menschen, die mit diesen Belastungen dieser Bundesregierung jetzt leben müssen.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, dies sind Beispiele, Beispiele aus einem blau-gelben Bundesland. Und es sind Beispiele für die es kein Gängelband braucht, so die Stehsätze des Kollegen Karner. Der Pensionsmurks hat einen Namen. Herr Vesely. So titelt nicht ein sozialdemokratisches Zentralorgan, so titelt der „Kurier“ auf seiner Titelseite. Und gestatten Sie mir, dass ich es zitiere. Herr Vesely: Der Pensionsmurks hat einen neuen Namen. Statt Mama Gusenbauer Herr Vesely. Rudolf Vesely ist ein sogenannter Hackler, fleißig und anständig, hatte 43,7 Jahre als Maler

und Anstreicher gearbeitet. Seit Februar ist er in Pension, vorzeitig wegen langer Versicherungsdauer. Wäre er zwei Monate früher in Pension gegangen, hätte er mit 919 Euro monatlich sein Auslangen finden müssen. Inzwischen ist das Pensionssystem reformiert und gesichert worden. Jetzt bekommt er 827 Euro monatlich und eine Inflationsabgeltung gibt es auf Jahre nicht.

Die Differenz wird nicht einmal Sylvia Fuhrmann, mundflinke Chefin der jungen ÖVP, in leckere Wurstsemmeln umrechnen können. Herr Vesely ist ein Fall für den Härtefonds und seine gütigen Einmalzahlungen. Aber das will er nach einem arbeitsreichen Leben nicht. Man geniert sich betteln gehen zu müssen, sagt er stolz. Nana, man hat sich ja auch nicht geniert, Kleinstpensionen zu kürzen. Titelseite, meine sehr geehrten Damen und Herren, des „Kurier“.

Das gleiche Szenario, wie wir es hier von Herrn Vesely gehört haben, haben wir grundsätzlich bei der Pensionssicherungsreform bei der sogenannten der Bundesregierung, ich würde es ja eher als Pensionsunsicherungsreform betiteln, hatten wir in den letzten Sitzungen des NÖ Landtages zum Thema Heizkostenzuschuss. Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren der Regierungsparteien im Bund, Sie möchten oder besser gesagt, Sie machen mit Ihrem Verhalten Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher zu Bittstellern. Sie machen mit Ihrem Verhalten einen Großteil der Bevölkerung zu Almosenempfängern. Und dass die sich das nicht gefallen lassen zeigt Gottseidank die große Bereitschaft, das derzeit laufende Volksbegehren zu unterstützen.

Keine Rede mehr davon, dass zugestandene Leistungen auch ausbezahlt werden. Keine Rede mehr davon, dass nach einem langen, harten und an die geistige und körperliche Substanz gehenden Arbeitsleben ein wohl verdienter Ruhestand möglich ist. Nein, meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie machen die Pensionistinnen und Pensionisten zu Bettlern, so wie es der Herr Vesely empfindet.

Beispiel 2: Im November dieses Jahres wurde Paul S. 60 Jahre alt. Dieser Arbeitnehmer hat im Alter von 14 Jahren eine Lehre als Werkstoffprüfer begonnen, ein 9. Pflichtschuljahr gab es 1958 noch nicht, Bundesheer war er ebenfalls und nach dem Bundesheer arbeitete er in einem Metallbetrieb. Nach 32 Jahren als Metallarbeiter erwarb Paul S. auf dem zweiten Bildungsweg zusätzliche Qualifikationen und wurde zum Glück Angestellter und nie arbeitslos. Durch Fleiß und Weiterbildung wird Paul S. bis zu seinem 60. Geburtstag im November des

heuristicen Jahres 553 Versicherungsmonate vorweisen können. Und Paul S. bekommt nach 46 Versicherungsjahren nun nicht 80 Prozent seiner Pension als Bemessungsgrundlage, nein, ihm wird nach dieser Pensionsverunsicherungsreform noch rund 7,5 Prozent abgezogen. 7,5 Prozent an Abschlagszahlungen für die Paul S. von dieser Bundesregierung dementsprechend bestraft wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! 46 Jahre im Arbeitsleben, davon viele davon in einer russigen, rauchigen, einmal heißen, einmal kaltzugigen Fabrikshalle eines Stahlwerkes reichen nicht mehr aus. Und vielleicht, meine sehr geehrten Damen und Herren der ÖVP oder der FPÖ, schauen Sie in einem solchen Stahlwerk einmal vorbei. Sie können ja auch den Herrn Staatssekretär Waneck mitnehmen. Weil der war vor einiger Zeit wie er den Betrieb besucht hat entsetzt darüber, dass Leute unter solchen Bedingungen in einem Stahlwerk noch arbeiten müssen. Aber als Dank dafür werden Paul S. nach 46 Jahren 7,5 Prozent als Strafe abgezogen.

Und Paul S. meine sehr geehrten Damen und Herren ist in einer glücklichen Lage, von der rund 53.000 Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher nur träumen können. Denn Paul S. war in seinem langen Arbeitsleben nie arbeitslos. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, 53.280 Arbeitslose im Land Niederösterreich ist der höchste Stand seit dem Februar des Jahres 1954. 53.280 Arbeitslose. Und besonders dramatisch die Situation bei den Jugendlichen bis 24 Jahre. Bei denen bis 19 Jahre, werte Kolleginnen und Kollegen, hat sich die Lage zwar etwas gebessert wenn man in dieser Situation von einer Besserung sprechen kann, auch durch die eine oder andere Aktivität des Landes. Aber bei den Jugendlichen bis 24 Jahre hat man eine Zunahme von 6 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Und bei den Lehrlingen in Niederösterreich ist diese Situation besonders dramatisch. 784 vorgezeichneten Lehrstellensuchenden stehen 312 Lehrstellen gegenüber. Und wenn man die Situation jetzt genau betrachtet, dann stehen wir wie so oft in den letzten Jahren vor einem Phänomen: Viele in der Wirtschaft rufen nach Facharbeitern und Facharbeiterinnen. Viele brauchen diese in der nächsten Zeit. Nur, eine immer geringere Anzahl von Wirtschaftsbetrieben ist auch bereit diese auszubilden. Ausbildungsplätze werden ständig reduziert und der Zugang zu einer Lehre für viele Jugendliche in Niederösterreich immer schwieriger und problematischer.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, Beispiel 3: Ein junger Mann sucht in Niederösterreich eine Lehrstelle. Er hat den Schulaustritt in der 4. Hauptschule und einen Schulerfolg mit einem durchschnittlichen Lernerfolg. Schnupperlehre - prinzipiell waren die Gesellen mit ihm zufrieden. Und dann ist es darum gegangen, eine Lehrstelle auch wirklich zu suchen. Und die erste Frage des Betriebsinhabers - in einem Kfz-Betrieb - und die erste Frage des Betriebsinhabers war, wieviel Unterstützung bekomme ich vom Arbeitsmarktservice und in welcher Form. Und das Arbeitsmarktservice hat sich dann bereit erklärt, für das erste Lehrjahr die volle Lehrentschädigung zu zahlen, für das zweite Lehrjahr die volle Lehrentschädigung zu zahlen und für das dritte Lehrjahr 25 Prozent der Lehrlingsentschädigung zu übernehmen.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Dieser junge Mann konnte in diesem Betrieb keine Lehre antreten, weil die Antwort des Unternehmers war: Wenn nicht alle drei Jahre dementsprechend gefördert werden, dann wird dieser junge Mann bei mir keine Lehrstelle bekommen. Und er hat auch in diesem Betrieb keine Lehrstelle bekommen.

Soviel zu einer Thematik, werte Kolleginnen und Kollegen, soviel zu einer Problematik in Niederösterreich, die viel aussagt über die Lehrlings-situation. Und wenn man es genau betrachtet, dann muss einfach die alte Forderung, die schon oft in diesem Landtag auch von den Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen kam, wieder erhoben werden, nämlich die Bildung eines Lehrlingsfonds zur Übernahme von überbetrieblichen Lehrwerkstätten. Denn jene Betriebe die zwar selbst nicht ausbilden aber Facharbeiter benötigen müssen auch in einem gerechten System ihren Beitrag leisten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und eines in diesem Zusammenhang noch: Die ÖBB zum Beispiel in St. Pölten bildet Gottseidank noch Lehrlinge aus. Wesentlich weniger als noch vor einigen Jahren, zirka 20 Prozent, aber sie bilden noch aus. Und seltsamerweise, ab dem 3. und 4. Lehrjahr stehen die Unternehmer und Unternehmerinnen Schlange um die Lehrlinge von den ÖBB abzuwerben und dementsprechend als Facharbeiterinnen und Facharbeiter in den eigenen Betrieben einzusetzen.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir brauchen gar nicht über die desaströse Politik der Bundesregierung bei den ÖBB reden. Ich glaube, alleine die Tatsache, dass Lehrlinge, die in einem Lehrberuf stehen, jetzt schon von Unternehmen abgeworben

werden, muss uns zu denken geben und muss einfach so schnell wie möglich zu einer Reaktion führen.

Und es ist gut und richtig, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn auch das Land Niederösterreich einige Aktionen dafür setzt dass die Jugendlichen nicht auf der Straße stehen, sondern in Kursen und zur Vorbereitung für eine Lehrstelle vom AMS betreut werden. Aber leider wird die Schere immer größer. Nämlich jene die eine Lehrstelle suchen oder einen Kurs absolvieren und auf der anderen Seite jene die immer noch suchen.

Und es wird sicherlich heute im Zuge dieser Aktuellen Stunde auch immer wieder der Vergleich mit Wien kommen und die Arbeitslosensituation in Wien. Es kann auch jeder von mir die Zahlen haben zu der Situation in Wien. Nur eines dazu: Das Land Niederösterreich könnte sich an Wien dementsprechend ein Beispiel nehmen, weil die Stadt Wien bildet rund 1.000 Lehrlinge in 37 Berufen aus. Und auch heuer werden wieder 290 Lehrlinge in den Dienst der Stadt Wien kommen.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir heute hier die negativen Auswirkungen auf unsere Pensionistinnen und Pensionisten diskutieren, wenn wir heute und hier die negativen Auswirkungen der zunehmenden Steuerbelastung auf die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher diskutieren - und diese Steuerbelastungen wären überhaupt ein eigenes Thema - und wenn wir die zunehmenden Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt heute hier diskutieren, dann muss ich sagen, dann wäre eines sehr zutreffend, nämlich das Plakat das die FPÖ nicht nur in Kärnten plakatiert hat mit dem Slogan „Kärnten ist ein Wahnsinn“, sondern dann wäre es auch zutreffend dies in Österreich zu plakatiert mit dem Titel „diese Bundesregierung ist ein Wahnsinn“. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum Schluss der Begründung kommend: In den letzten Wochen haben sich die Vertreterinnen und Vertreter der Regierungsparteien wahrlich ausgezeichnet. Ausgezeichnet dadurch, dass sie in der Öffentlichkeit zur Schau gestellt haben wie weit sie sich schon von der Bevölkerung, auch von den Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern entfernt haben. Eine Frau Fuhrmann, die um 10 Euro drei Wurstsemmeln kauft, ein Herr Finanzminister dem es nicht und nicht gelingt auf einem Bierdeckel eine Steuererleichterung auszurechnen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Verabschieden Sie sich von dieser Bierdeckelmentalität und kehren Sie zurück zu einer seriösen Gesetzespolitik für die

Bevölkerung in Niederösterreich. Danke! *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident Mag. Freibauer:** Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Dr. Krismer.

**Abg. Dr. Krismer (Grüne):** Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Galerie!

Die SPÖ hat heute die Aktuelle Stunde einberufen, hat sie beantragt und es ist sichtlich eine Werbung für das Pensionsvolksbegehren. Aus grüner Sicht ist das durchaus berechtigt. Wir sehen darin keinen Missbrauch, wie es der Kollege Karner von der ÖVP den Sozialdemokraten bereits unterstellte. *(Beifall bei den Grünen und SPÖ.)* Aber ich würde meinen, der Kollege Karner scheint aus Verunglimpfungen aller Art in letzter Zeit relativ wenig politisches Output zu haben. *(Beifall bei den Grünen und SPÖ.)*

Von dieser Stelle aus möchte ich dem Kollegen Karner den Oskar für Geschmacklosigkeit auch überreichen. Seine Presseaussendung betreffend Unfalltoter auf der S33, das im Zusammenhang zu bringen dass das gerechtfertigt sei diese Straße auszubauen, ist wirklich an Geschmacklosigkeit und Pietätlosigkeit nicht mehr zu überbieten, meine Herren. *(Beifall bei den Grünen. – Abg. Hiller: Gespür haben Sie keines!)* Sie haben ganz klar kein Gespür. Das ist geschmacklos. *(Abg. Hiller: Als Politiker muss man handeln und nicht große Töne spucken!)*

Nun zur Aktuellen Stunde, weil sonst schreien Sie wieder gleich wir sind nicht beim Thema. Ich bin jetzt am Wort, danke für Ihre Meldungen.

Dennoch, die SPÖ bewirbt nach meiner Ansicht ein Allerweltvolksbegehren. Die Maßnahmen, die in diesem Volksbegehren aufgelistet sind, sind relativ wenig konkret und ehrlichkeitshalber betrifft es auch in den meisten Fällen eine Bundesmaterie. Berechtigt ist natürlich schon die Frage, aber auf wen schlägt sie durch diese Pensionskürzung? Sie haben das ja schon ausführlich mit unzähligen Beispielen jetzt versucht darzulegen. Ich würde das etwas kürzer machen und sagen, ja natürlich, alle jene Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher die existenziell nicht so gut gestellt sind, die nicht so viel Einkommen haben. Das wissen wir auch.

Aber eine viel entscheidendere Frage ist, was können wir hier in Niederösterreich tun? Welche Maßnahmen können wir hier setzen und hier poli-

tisch handeln? Eine Maßnahme im Volksbegehren lautet auf die Erhaltung der Gesundheit. Und wenn ich so einen Blick zurück werfe, das ist eine politische Kernaussage des seinerzeitigen Gesundheitslandesrates Dr. Hannes Bauer gewesen der völlig richtig zusammenfasst: Gesundheitspolitik ist in erster Linie Sozialpolitik. *(Beifall bei den Grünen.)*

Wir wissen, dass unterm Strich die Lebenserwartung jener Menschen die ein geringeres Einkommen haben signifikant kürzer ist als eben der besser abgesicherten Schichten. So, und jetzt wissen wir dass Gesundheitspolitik Landesmaterie ist. Und jetzt frag ich mich, warum redet die SPÖ nicht über Gesundheitspolitik? Gerade die aktuellen Diskussionen der letzten Tage, der letzten Wochen haben gezeigt, dass wir im Land Defizite haben, gewaltige Defizite. Aber nicht weil unsere Gesundheitsversorgung nicht sehr gut ist im Land, sondern weil Sie sich öffentlich über die Rechtsträgerschaften streiten, schwarzes Land, rote Gemeinden. Weil sich die Gemeinden nach wie vor, die Rechnungsabschlüsse sind jetzt in den Gemeinden, weiterhin in diese gefährliche Schuldenfalle hinein stürzen, weil sie dieses Symbolkrankenhaus nicht hergeben möchten. Und, was ich am frappantesten finde, dass die Arbeiterkammer Niederösterreich mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten eine Studie in Auftrag gibt und die SPÖ-Bürgermeister ignorieren da drinnen den Kern dieser Studie, dass jede Gemeinde einen Antrag beim Land stellen kann. Sie ignorieren das ganz einfach.

Die Frage ist also das was Sie hier politisch liefern, welche Auswirkungen hat das konkret auf Niederösterreich und auf die Niederösterreicherinnen. Aus einer Gemeinde kommend die das schon durchgemacht hat, kann ich Ihnen sagen, Sie verunsichern damit ganz gewaltig die Bediensteten in den Spitälern. *(Beifall bei den Grünen.)*

Die wissen nicht, bin ich dann eine Landesbedienstete, wie ist das mit meinen Verträgen und dergleichen mehr. Und es könnte unter Umständen, wenn ich einen derartigen Druck habe als Angestellte, als Bedienstete im Krankenhaus, dass dann mitunter auch die Qualität etwas leiden könnte. Und da sind Sie mitschuld, meine Damen und Herren von der SPÖ!

Zu der Steuerbelastung: Ja, das stimmt, eine Steuerreform liegt am Tisch die man als gemeindefeindlich jedenfalls bezeichnen muss. Eine Steuerreform die der Herr Finanzminister, der eher ein Herz für Gauner hat, für Steuerhinterzieher und eher keines für die Gemeinden hat, das ist bewiesen und wortbrüchig ist er auch geworden in seinen Verhandlungen. Aber das rechtfertigt, Kollege Kautz, noch immer nicht dass Sie auf Ihren Kran-

kenhäusern sitzen bleiben wollen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Ich würde meinen, dass eine moderne Gesundheits- und Sozialpolitik in unserem Land einmal abseits ihrer großkoalitionären Parteipolitik gesehen werden sollte. Ergo, meine Damen und Herren von den Sozialdemokraten, Sie wären sehr gut beraten, einmal sozialpolitische ist gleich gesundheitspolitische Initiativen im Land zu setzen, die auch kurzfristig umsetzbar sind. Also die einzige gesundheitspolitische Maßnahme die ich jetzt von Ihnen gehört habe, war vom Landesrat Schabl dass wir raucherfreie Spitäler brauchen. Ist eine nette Angelegenheit, ja. Nur vom Kern in der Gesundheitspolitik des Landes, da sind Sie meilenweit davon entfernt. Ob der Rauch aufgeht in den Spitälern oder nicht. *(Beifall bei den Grünen.)*

Wir meinen, dass es essenziell ist, zu einer einheitlichen Trägerschaft zu kommen, dass das Land alle Spitäler zusammen führt. Und ich würde Sie jetzt wirklich ersuchen, aber das gilt natürlich auch für die Damen und Herren der ÖVP, hören Sie endlich auf mit diesem Polarisieren im Land. Haben Sie von den Sozialdemokraten keine Panik, Sie würden an Macht verlieren. Und erarbeiten Sie doch bitte einmal ein sozialdemokratisches Konzept mit Ihren Bürgermeistern wie Sie die Gesundheitspolitik sehen. Denn hören und sehen tu' ich nichts davon. *(Abg. Weninger: Das ist schlecht wenn man nichts hört und nichts sieht!)*

Aber nun kommen wir zur Kernfrage warum Sie diese Aktuelle Stunde einberufen haben. Ich frage mich nämlich, die Kernfrage ist, wie sozialpolitisch engagiert ist die Sozialdemokratie Niederösterreichs? Sie sind jener Flügel der SPÖ der es begrüßt hat, dass der Kollege Ambrozy von Ihnen in Kärnten eine Koalition mit dem einfachen Parteimitglied geschlossen hat. *(Beifall bei den Grünen. – Unruhe bei der SPÖ.)*

Sie haben sich mit dem einfachen Parteimitglied eingelassen und haben ganz vergessen, der hat zu Ihnen gesagt, die Sozialdemokraten sind die Urväter unsozialer Politik. Das ist jenes einfache Parteimitglied das die Steuerreform mitverhandelt hat. Das ist jenes Parteimitglied das auch die Pensionsreform mitverhandelt hat. Das haben Sie alles vergessen. Und jetzt kommen Sie her, wie der Kollege Thumpser, und präsentieren sich hier als die sozialpolitischen Hüter des Landes Niederösterreich.

Ja, meine Damen und Herren, die SPÖ, die sogenannte Kärnten-Koalition will hier im Landtag genau das bekämpfen was Ihr Koalitionspartner in

Kärnten wesentlich mit geprägt hat. Das müssen Sie schon immer mitbedenken. Und als Erinnerung möchte ich Ihnen von der SPÖ und den Resten der FPÖ ein kleines Erinnerungsgeschenk überreichen. Nicht weil die SPÖ sich nicht mehr erinnern kann dass sie jetzt in Kärnten eine Koalition geschlossen haben, so viel Erinnerungsvermögen räume ich Ihnen schon ein, aber ich möchte Sie gern an Ihr sozialpolitisches Engagement erinnern. *(Abg. Mag. Fasan und Abg. Weiderbauer überreichen Abg. Weninger und Abg. Mag. Ram je eine Flasche. Abg. Weninger übergibt Abg. Mag. Fasan seinerseits eine Flasche.)*

Und damit schließe ich, der Kollege Thumpser hat schon ein Zitat verwendet, damit schließe ich jetzt meine Rede, wie es unlängst in einer Tageszeitung gestanden ist, und zwar ganz treffend zu dieser merkwürdigen Koalition. Es gibt in der Politik, Klammer auf, eingefügt von mir, zumindest in jene der österreichischen Großparteien, keine Prinzipien mehr sondern nur Eigeninteresse. Danke. *(Beifall bei den Grünen.)*

**Präsident Mag. Freibauer:** Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Hinterholzer.

**Abg. Hinterholzer (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Die langfristige Sicherung des Pensionssystems und der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und des Wirtschaftsstandortes das sind zweifellos die großen Herausforderungen für die Politik unserer Zeit. Und jeder politische Entscheidungsträger, der es mit seiner Verantwortung wirklich ernst nimmt, muss angesichts der demografischen Entwicklung sehen, dass jetzt Maßnahmen gesetzt werden müssen damit das System – und wir haben weltweit eines der besten Gesundheits-, Sozial- und Pensionssysteme, das ist wohl unbestritten – nicht eines Tages kippen wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir müssen jetzt Sicherungsmaßnahmen setzen damit auch junge Menschen im Alter noch eine Möglichkeit auf Grundabsicherung haben und dass ein friedlicher Generationenvertrag möglich ist. *(Abg. Mag. Leichtfried: Minus 42 % und minus 48 %!)*

Herr Kollege! Im Jahr 2030, wir zwei werden das hoffentlich noch erleben, denn es ist nicht mehr allzu weit, wird bereits ein Beitragszahler auf einen Pensionsempfänger kommen. Höhere Lebenserwartung, längere Ausbildungszeiten, späterer Berufseintritt und gleichzeitig sinkende Geburtenzahlen, das sind Tatsachen, die man nicht wegdiskutieren

kann und vor allem nicht wegleugnen kann und vor denen man auch nicht die Augen verschließen kann. Da helfen Ihnen keine Aktuellen Stunden wie hier im Landtag, die lediglich, und das tut auch das Volksbegehren das Sie jetzt gestartet haben, einerseits das System schlecht reden und einzig und allein Verunsicherung, Panik und Angstmache sind.

Die SPÖ Niederösterreich, und diesen Vorwurf kann ich Ihnen nicht ersparen, hat mit Ihrer Antragstellung, und man beachte das negative Wording einmal mehr gezeigt, dass Sie ein Sprachrohr Ihres Bundesparteiobmannes und der Bundespartei hier im Landtag sind. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Weninger: Ihr habt Angst vor dem Volk!)* Das mag zwei Gründe haben. Vielleicht weil Ihnen eigene Landesthemen schlichtweg fehlen und Sie Bundesthemen hier in den Landtag herein bringen. Vielleicht aber auch weil Sie von innerparteilichen Turbulenzen und Uneinigkeiten, ich sage nur Kärnten, was ja die Ziel- und Konzeptlosigkeit Ihres Bundesparteiobmannes klar und deutlich beweist, einmal auch hier in Niederösterreich davon ablenken wollen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Die Modernisierung des Pensionssystems ist notwendig. Und ich behaupte, sie ist sozial, sie ist gerecht und sie ist planbar. Und sie gibt vor allem junge Menschen eine Chance, auch im Alter eine Grundabsicherung zu haben. Leider, sie kommt schon sehr spät. Warum? Weil es in der großen Koalition mit der SPÖ ganz einfach nicht möglich war, Modernisierungsschritte zu setzen. *(Abg. Weninger: Ihr wart ja nie dabei!)*

Jetzt ist es schon fünf vor zwölf damit eben die Jungen auch noch Möglichkeiten haben und spätere, viel massivere Einschnitte nicht gemacht werden müssen.

Für die SPÖ, Herr Klubobmann, gilt halt immer nur, der Standort bestimmt den Standpunkt. Ich kann Sie an die Koalitionsverhandlungen im Jahr 2000 erinnern als die maßgeblichen SPÖ-Verhandler überhaupt nichts dabei gefunden haben auch in bestehende Pensionen einzugreifen und den Beitragszeitraum gleich um 24 Monate zu erhöhen. *(Abg. Präs. Ing. Penz: Hört! Hört!)*

Oder schauen Sie nur zu Ihrer Schwesterpartei nach Deutschland. Dort bekommen die Pensionisten heuer überhaupt keine Pensionserhöhung, sie erhalten nur 12 Bezüge und nicht 14. Der Krankenversicherungsbeitrag liegt nicht bei 4,35 Prozent wie bei uns, sondern bei 7 Prozent. Jeder in Deutschland, auch die Pensionisten, zahlen beim Arztbesuch 10 Euro Selbstbehalt und die Pflegevorsorgeversicherung wurde verdoppelt. Das ist die



Politik der Sozialdemokraten dort wo sie das Reden haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Beim Pensionssystem kann man der SPÖ ja noch Realitätsverweigerung vorwerfen. Allerdings mit der Behauptung, Pensionsbelastung wie es im Antrag der heutigen Aktuellen Stunde formuliert ist, kann es nur um bewusste Falschinformation oder sich um völliges Ignorieren der Tatsache handeln. *(Abg. Weninger: Das hat die Fuhrmann geschrieben!)*

Meine Damen und Herren auch der SPÖ! Nehmen Sie zur Kenntnis, es ist so. Niemand wird in Österreich nach der Steuerreform ab dem 1. Jänner 2005 mehr Steuer bezahlen. Ab 1. Jänner 2005 werden 2,55 Millionen Steuerpflichtige überhaupt keine Lohn- und Einkommenssteuer mehr bezahlen. In erster Linie Kleinverdiener, gerade die Gruppe um die Sie sich annehmen. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Präs. Sacher: Wo ist die Verbesserung?)* Eine einzige Gruppe, und das ist wahrlich nicht bisher das Klientel der SPÖ gewesen, nämlich die Spitzenverdiener werden weiterhin gleich viel Steuern zahlen. *(Abg. Weninger: Je höher die Armut desto weniger die Steuern!)*

Es ist die größte Steuerentlastung in der Zweiten Republik. Und sie wird nicht durch Gegenleistung, durch Belastungen auf der Gegenseite finanziert. Mit dieser Steuerreform, und das kann man wirklich mit Fug und Recht behaupten, ist der große Wurf wirklich gelungen. Sie hilft den Familien, besonders den Alleinverdienern und Alleinerziehern. Sie unterstützt die Pendler. Und das Wichtigste für mich ist, sie sichert die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Österreich durch die Senkung der Körperschaftssteuer von 34 auf 25 Prozent. *(Beifall bei der ÖVP. – Unruhe bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren der SPÖ und Frau Kollegin Kranzl, Sie haben selber ein Unternehmen zu Hause, Sie müssten es wissen. Das ist kein Geschenk an Unternehmer wie Sie es immer bezeichnen und in der Propaganda so nennen. *(Abg. Präs. Sacher: Wo sind die Baxter-Arbeitsplätze?)*

Die Wirtschaft steht in einem internationalen Wettbewerb. Und gerade hier in Niederösterreich, im Hinblick auf die EU-Erweiterung war diese Maßnahme dringend notwendig. Das ist die Attraktivierung des Wirtschaftsstandortes und die Sicherung tausender Arbeitsplätze. 83 Prozent aller GesmbHs – und die zahlen Körperschaftssteuer, Herr Klubobmann – beschäftigen weniger als 20 Mitarbeiter und 40 Prozent der Senkung der KÖST geht an Betriebe mit weniger als 10 Mitarbeiter. Es profitie-

ren die Kleinen wie die Großen. *(Abg. Präs. Sacher: Baxter!)*

Und damit können wir einzig und allein Betriebe motivieren, hier bei uns in Österreich zu investieren und nicht in günstigere Standorte abzuwandern. Das ist ein wichtiger Anreiz. Wir können keinen Betrieb zwingen hier bei uns zu bleiben und ihn nicht in Billiglohnländer abzuwandern. Da helfen Ihnen keine Demonstrationen von Gewerkschaftern organisiert. Ich erinnere Sie nur an Semperit. Da helfen einzig und allein Rahmenbedingungen wie ein moderates Steuersystem, eine ausgebaute Infrastruktur und ein unternehmerfreundliches Klima das Investitionsanreize schafft. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nur damit kann es uns gelingen, bestehende Arbeitsplätze hier zu sichern und neue hier zu schaffen. Erste Reaktionen gerade in Deutschland, SPD an der Regierung, gibt es ja dort bereits. Und Sie werden den Medien auch entnommen haben dass man bereits über Sanktionen nachdenkt für Betriebe die dieses günstigere Steuersystem in Österreich nützen wollen und sogar abwandern um zu uns zu kommen.

Nehmen Sie zur Kenntnis, wir leben auf keiner Insel der Seligen. Wir müssen uns diesen Wettbewerb, den es nicht nur zwischen Betrieben, sondern auch zwischen Wirtschaftsstandorten gibt, ganz offensiv stellen. Meine Damen und Herren! Es gibt nur Kinder wenn es Eltern gibt. Es gibt nur Arbeitsplätze wenn es Unternehmen gibt. Und nur dann können wir den sozialen Standard und damit auch den Wohlstand in Zukunft absichern.

Ein Wort möchte ich noch zum Kollegen Thumpser sagen, weil er diesen Lehrlingsfonds, ein uralter Hut der Arbeiterkammer, wieder aus dem Hut gezaubert hat. Sie sind noch nicht lange dabei, weil sonst müssten Sie die Argumente kennen die klar und deutlich dafür sprechen. Sie nehmen ganz einfach die demografische Entwicklung auch bei den Schulabgängern nicht zur Kenntnis wenn Sie sagen es gibt weniger Lehrlinge. Kann es ja nicht geben wenn es weniger Schulabgänger gibt. *(Abg. Thumpser: Im immer geringeren Ausmaß!)*

Und ich sage Ihnen, und ich komme aus der Wirtschaft, die Wirtschaft nimmt ihre Aufgabe in der Berufsausbildung sehr wohl sehr, sehr ernst.

Wir haben in Niederösterreich ein Lehrlingsauffangnetz das sich sehen lassen kann. Es gibt Schulabgänger mit schlechten Abgangszeugnissen, mit Defiziten. Da ist dieses Lehrlingsauffangnetz ein geeignetes Instrument um auch diese Jugendlichen

in den Arbeitsprozess zu bekommen. (*Abg. Thumpser: Darum haben wir so eine hohe Zahl bei den 24-Jährigen!*)

Ich würde Ihnen anraten, Ihre klugen und weisen Ratschläge doch in Wien dem Herrn Bürgermeister Häupl näher zu bringen. Denn jeder vierte zusätzliche Arbeitslose in Niederösterreich kommt deswegen, weil in Wien ganz einfach die Wirtschaftslage eine so schlechte ist. Das ist ganz einfach so, da können Sie wahrscheinlich nicht ein Gegenteil beweisen. (*Abg. Weninger: Wieviel Niederösterreicher arbeiten in Wien?*)

Meine Damen und Herren! Wirtschaft und Arbeit gehören zusammen. Das sind zwei kommunizierende Gefäße. Und ich glaube, unter diesem Aspekt sollte man die Modernisierung des Pensionsversicherungssystems, aber gleichzeitig auch die Steuerreform und vor allem die Senkung der Körperschaftsteuer sehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident Mag. Freibauer:** Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Vladyka.

**Abg. Vladyka (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Hohes Haus!

Ich darf, bevor ich zu meiner Rede komme, vielleicht noch auf meine Vorrednerinnen kurz eingehen. Wenn ich zur Kollegin Dr. Krismer vielleicht noch kurz bemerken darf: Eines hat sie in ihrem Bereich Gesundheitsfragen richtig gesehen. Uns geht es nämlich wirklich in diesem Land um Gesundheit, das heißt um Krankheitsvermeidung. Daher auch heute der Titel. Denn eines ist auch klar: Armut macht krank. Und gegen die Armut und die Verarmung in unserem Land verwehren wir uns hier. Und daher haben wir diese Stunde heute auch beantragt. So viel zu dem. (*Beifall bei der SPÖ. – Unruhe bei den Grünen.*)

Und ich würde auch meinen, dass Sie vielleicht auch schon danach trachten, schwarz-grün hier in den Vordergrund zu setzen, bitte. Die Rechnung werden auch Sie demnächst präsentiert bekommen. Und zur Frau Kollegin Hinterholzer. Von schlecht reden darf hier wirklich keine Spur sein. Denn die Belastungen, die alle Menschen in unserem Land leiden müssen, kommen ja von Ihrer Partei. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Hinterholzer: Die Steuerquote ist niedriger!*) Und ich würde von Ihrer Seite einmal nachdenken, die ersten Rechnungen haben Sie ja schon bezahlt bekommen. Denken Sie eben an Kärnten. Hier gibt es Sie fast gar nicht mehr. Und denken Sie auch an Salzburg. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und eines kann man hier auch noch sagen: Bitte fragen Sie einmal Ihren Kollegen Dirnberger. Er hat nicht nur das Volksbegehren unterschrieben, er ruft auch sogar noch dazu auf. Soviel zu Ihrer Arbeit. ÖVP und FPÖ haben viel versprochen aber nichts gehalten. (*Unruhe bei der ÖVP.*)

Ich erinnere von dieser Stelle, dass die ÖVP noch im Wahlkampf 2002, meine sehr geschätzten Damen und Herren, Änderungen bei den Pensionen strikt ausschloss. Und die FPÖ hat die Interessen der kleinen Leute schlichtweg verraten und bezahlt dafür seit dem Jahr 2000 die Zeche bei den Wählerinnen und Wählern. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich zitiere: ÖVP allein gegen zwei Millionen Pensionisten – „Kleine Zeitung“. Scharfe Kritik jetzt auch aus den Reihen der Volkspartei. Geplante Pensionskürzungen sind modernes Raubrittertum – „Kronen Zeitung“. Pensionen, Koalition zieht Reform beinhaltet durch – „Kurier“. Wen trifft der Zorn der Pensionisten, und so weiter. Und wenn man sich die Zahlen ansieht, die sprechen Bände. Im Vorjahr mussten 2.600 Menschen in Niederösterreich ihren Pensionsantritt wegen der Pensionsreform nach hinten verschieben. Damit werden Arbeitsplätze blockiert, denn die Jungen können nicht nachrücken. Die Jugendarbeitslosigkeit ist in Niederösterreich nicht umsonst um 7,4 Prozent explodiert. Man spricht hier sogar von einem Pensionsversagen. Vertreter der Bundesregierung predigen in Permanenz, dass das Niveau der ASVG-Pensionen nicht zu halten sei und daher die betriebliche und private Pensionssäule gestärkt werden müsse. Im vierten Jahr der Talfahrt an Aktienmärkten kommt das große Erwachen. 400 bis 500 Millionen Euro fehlen in den Pensionskassen die nachgeschossen werden müssen, da nicht einmal der gesetzlich festgeschriebene Mindestbeitrag von 1,52 Prozent erwirtschaftet werden konnte. Soviel zu Ihrer Pensionsreform. Die betroffenen Arbeitnehmer werden mit dem Schlagwort Eigenvorsorge abgespeist. Wer sich die noch leisten kann gehört hier schon zu den Privilegierten.

Hoher Landtag! Die blau-schwarze Regierung hat nach langem Quälen – und so komme ich zum zweiten Teil – ihre Steuerreform präsentiert. Vor allem das ÖVP-Klientel wird profitieren, Kleinverdiener und Pensionisten schauen wiederum durch die Finger. Dabei wurde die angeblich große Steuerreform oder größte Steuerreform aller Zeiten als großer Wurf gepriesen der nur großen Unternehmen zugute kommt. Für die Arbeitnehmer und Pensionisten ist diese Reform eine Reform der gebrochenen Versprechen.

Insgesamt machen die Entlastungen, die ab 1. Jänner 2005 kommen sollen, rund 2,5 Milliarden

Euro aus. Von diesen 2,5 Milliarden kommen 1,3 Milliarden der Wirtschaft zugute und nur 1,8 Milliarden den rund 5,2 Millionen Arbeitnehmern und Pensionisten. Und als ob das nicht schon genug Schiefelage wäre, schauen 2,2 Millionen Arbeiter völlig durch die Finger. Sie verdienen nämlich so wenig, dass sie schon bisher keine Steuer zahlten.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Die bisher von dieser Regierung beschlossenen Belastungen werden nicht wett gemacht. Im Vergleich zu 1999 hat sie um 5 Milliarden Euro mehr an Steuern kassiert. Jetzt wird nicht einmal die Hälfte davon zurück bezahlt. Mit der blau-schwarzen Steuerreform wird lediglich die kalte Progression, das heißt der automatische Anstieg der Lohn- und Einkommenssteuer der letzten Jahre abgedeckt.

Und selbst der Wirtschaftswissenschaftler Erich Streissler bezeichnet diese Reform als Reform auf Pump, die genau genommen Maastrichtwidrig ist, weil die Defizitquote erhöht wird. Die viel gepriesene Steuerreform ist nun endgültig zum Steuermurx verkommen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Finanzexperte des österreichischen Gemeindebundes Dietmar Pilz gibt bereits zu bedenken, dass die Gemeinden ohne Gegensteuerung im Finanzausgleich mit erheblichen Ertragsanteilverlusten zu rechnen haben. Auffallend dabei ist die annähernd gleich hohe und somit verhältnismäßig starke Belastung der Gemeinden gegenüber jener des Bundes. Die Ertragsanteilverluste für alle österreichischen Gemeinden beträgt 333,59 Millionen Euro. Allein für die niederösterreichischen Gemeinden bedeutet die Steuerreform ein Minus von 55,10 Millionen Euro. Das heißt pro Einwohner verliert eine Gemeinde zwischen 1 und 10.000 Einwohner pro Person 34 Euro. Auf der Basis der bisher vorliegenden Zahlen des in Steueramnestie gefallenen Finanzministers Grasser ist mit 2004 mit einem Minus von 1 Prozent der Antragsanteile gegenüber 2003 und 2005 mit einem Minus von 6,5 Prozent zu rechnen. Dieser Betrag ist bei ohnehin total angespannter Situation der NÖ-Gemeinden - rund 25 Prozent der Gemeinden in Österreich können ihre Haushalte schon jetzt nicht mehr ausgleichen - einzusparen. Fragt sich wo und wie.

Eine 5.000 Einwohnergemeinde hat im Durchschnitt nur 140.000 Euro für die Kindergärten aufzuwenden, für die Berufsschulen 150.000 Euro, für die Pflichtschulen 450.000 Euro und bei den Beiträgen für den Nahverkehr rund 40.000 Euro. Diese Liste ließe sich lange fortsetzen. Kinderhort, Seniorenbetreuung, Essen auf Rädern, Familie- und Wirtschaftsförderung. Und die Antwort der neoliberalen

Vordenker lautet: Verkauf von gemeindeeigenem Vermögen wie Wasser, der Wohnhäuser, was zur Folge hat, dass gerade jene dem freien Spiel des Marktes überlassen werden, die schon diese Steuerreform finanzieren. Pensionisten und Arbeiter mit einer Steuer- und Abgabenquote von 44,9 Prozent im Jahr 2001.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die österreichischen Städte und Gemeinden müssen mit dieser einseitigen Steuerreform die ausländischen Verluste internationaler Konzerne mitfinanzieren. Diese Reform kostet den Städten und Gemeinden 650 Millionen Euro von 2004 bis 2006. Sie sind gezwungen zu zahlen, haben aber keinen Nutzen. Im Gegenteil. Weniger Geld für die Gemeinden heißt weniger Leistung für den Bürger und mehr Arbeitslose.

Hoher Landtag! Besonders drastisch, ist heute auch schon angesprochen worden, ist die Entwicklung am Arbeitsmarkt. Schwarz-blau unternehmen nichts gegen diese dramatische Situation am Arbeitsmarkt, die auch uns in Niederösterreich betrifft, mein Kollege hat es schon angesprochen: Höchste Arbeitslosigkeit seit 1954, ein Plus an 3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Wir sind unter den Top ten. Aber leider Gottes im negativen Sinne. Wir nehmen den dritten Platz unter den Ländern mit den höchst steigenden Arbeitslosenzahlen bereits ein. Und ich glaube das ist sicher kein Grund zur Freude. *(Abg. Hinterholzer: Das dürfte Deutschland sein, Sie haben das verwechselt!)*

Und wenn es auch hier um die Frauen geht, besonders betroffen sind die Frauen. Wenn Sie in einer Aussendung, Frau Hinterholzer, schreiben, dass es nunmehr mit der Wirtschaft bergauf geht und mit den Beschäftigungszahlen, dann spricht der heutige „Kurier“, der Chef des AMS, Homringhausen, eine andere Sprache. Er weiß von keiner Besserung die in Sicht ist. Und die Zahlen können wir uns auch genau anschauen. Wenn Sie die Zahlen von Wien hernehmen, dann kann man hier sehr deutlich sehen, *(Abg. Hinterholzer: Schauen Sie sich die Zahlen an! Jeder vierte Arbeitslose ist deshalb arbeitslos weil er in Wien arbeitslos wurde!)*, dass 160.000 Arbeitsplätze Wien für Niederösterreicher zur Verfügung stellt. Stellen Sie sich vor, die müssten Sie dann in Niederösterreich unterbringen. Was das dann für Niederösterreich bedeuten würde, ist noch viel schlimmer. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und wenn wir zu den Arbeitslosenzahlen kommen ... *(Abg. Hinterholzer: Die meisten Betriebsgründungen in Österreich!)*

Ja, aber wie viel Betriebe gehen denn pleite in Niederösterreich? So viele wie nie zuvor. Auch das ist

genau belegt, meine sehr geschätzte Frau Abgeordnete! *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Hinterholzer: Viel weniger als in Wien!)*

Wir können gerne draußen weiter sprechen. Ich habe leider nur begrenzt Zeit. Für mich gilt eines: Es bleibt nur zu hoffen, dass die ÖVP sich hier im Lande nicht weiterhin als Musterschüler beim Akzeptieren von Kürzungen der Bundesfinanzmittel erweist, denn sonst können wir ein neues Büro in Niederösterreich aufmachen, nämlich den Pleiten-, Pech- und Pannendienst. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident Mag. Freibauer:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Maier.

**Abg. Maier (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Die Situation am Arbeitsmarkt war jetzt der Abschluss von der Frau Abgeordneten. Und ich glaube, Sie werden mir alle zustimmen, dass Niederösterreich seit Jahren einen eigenständigen Weg in der Arbeitsmarktpolitik geht und das auch in der Jugendpolitik dementsprechend tut.

Sie alle kennen unsere aktiven und energischen Programme die wir gemeinsam gestartet haben. Und am Sektor der Jugendbeschäftigung und am gesamten Arbeitsmarkt ist die Pröll-Prokop-Jobinitiative nicht mehr nur ein Schlagwort. Die problematische Situation am Arbeitsmarkt hat bei uns zu einigen Initiativen geführt bzw. zur Intensivierung unseres Programmes das wir seit einigen Jahren haben. Und im Vergleich mit anderen Bundesländern - ich weiß, Sie hören das nicht gerne - sind wir dennoch eigentlich sehr gut positioniert. Dass das kein Grund zum Zurücklehnen ist das ist uns allen klar, das ist uns allen bewusst.

Das Lehrlingsauffangnetz das heute auch schon angesprochen wurde, das wird auch fortgeführt, das wissen Sie. Wir haben im Februar minus 5,4 Prozent bei den Zahlen. Wir haben eine Verbesserung. Wir haben eine Verbesserung bei der Gruppe der 15- bis 19-Jährigen. Wir haben nach wie vor ein Problem mit der Gruppe bis 24. Aber auch hier gibt es Modelle und Systeme, die federführend unsere Landeshauptmannstellvertreterin Liese Prokop ausgearbeitet hat und die zum Teil sehr wohl auch schon greifen.

Das Modell des Lehrlingsauffangnetzes ist ein gutes. Es greift, und das beweisen die Zahlen. Das Modell des Lehrlingsauffangnetzes steht entgegen dem Modell das Sie immer fordern, der Lehrlingsstiftung, des Lehrlingsfonds. Aber ich sage Ihnen,

schieben Sie diesen Gedanken endlich einmal beiseite, hier diese Stiftung einzuführen. Schwenken Sie lieber ein auf ein System eines flexiblen Modells wie das des Lehrlingsauffangnetzes und arbeiten wir gemeinsam mit der Wirtschaft hier um die Zahlen zu verbessern und nicht immer nur die Wirtschaft zu bestrafen, sondern Anreize zu gewähren. Das ist das Gebot der Stunde und nicht die Wirtschaft zu bestrafen. *(Beifall bei der ÖVP. – Unruhe bei Abg. Thumpser.)*

Viele weitere Programme, Herr Abgeordneter Thumpser, wie das Jobmodell Null Handicap, Lehrerbörse, Implacment-Stiftung ... *(Abg. Thumpser: Das Beispiel von mir war aus deinem Bezirk!)* Eggenburg, ich weiß. ... Implacment-Stiftung, viele, viele Programme, die wir in Niederösterreich gesetzt haben sind auf die niederösterreichische Situation zugeschnitten und auf die Zielgruppen dementsprechend ausgerichtet.

Und ich glaube das ist eine Arbeitsmarktpolitik die wir notwendig haben und die wir auch praktizieren. Und auch Wien ist heute angesprochen worden. Ich habe das heute schon fast so verstanden, wir sollen uns jetzt bedanken bei Wien für die 160.000 Jobs. Es ist nun einmal eine Tatsache dass Wien inmitten von Niederösterreich liegt. Wenn wir uns die Nettobilanz anschauen dann schauts auch anders aus. Weil es gibt genug Wiener die bei uns heraußen arbeiten. *(Abg. Thumpser: Willst du das jetzt gegen rechnen?)*

Wir können es gegen rechnen rein theoretisch. Aber wogegen ich mich verwehre ist Ihre Aussage, 160.000, wir sollen uns bei Wien bedanken dafür dass diese Jobs hier zur Verfügung gestellt werden. Wenn man es schon so sieht, dass man eine Grenze zieht bei den Jobs, wo ist dann der Gedanke den jetzt die EU-Erweiterung bringt, grenzüberschreitender Arbeitsmarkt? Sie sind hier eigentlich in Ihrem Denken sehr, sehr eingeschränkt.

Die schlechten Zahlen von Wien sprechen eine eigene Sprache. Die schlechten Zahlen von Wien, das können wir in Niederösterreich nicht weglegen. Und wer in Wien an der Macht ist, das wissen wir auch. Das sind die Sozialdemokraten und nicht die ÖVP. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Thumpser: Gottseidank ist der Bartenstein auch schon drauf gekommen!)*

Unser Engagement, Herr Abgeordneter, in Niederösterreich zeigt, dass es eine Besserung gibt. *(Abg. Thumpser: Wo?)*

Es gibt auch einen konjunkturellen Aufschwung, das wissen wir, der zeichnet sich ab, die Experten prognostizieren ihn und er wird kommen.

*(Unruhe bei der SPÖ. – Abg. Dr. Krismer: Die ganze Steuerreform basiert auf einer Strukturprognose!) Danke, Frau Abgeordnete.*

Wir haben die Situation des Arbeitsmarktes, die keine leichte ist. Wir sind aber hier dem positiv gegenüber eingestellt und wir sind gewappnet für die triste Situation am Arbeitsmarkt. Lassen Sie mich aber auch ein bisschen was zur Pensionsreform sagen. Sie erwarten jetzt wahrscheinlich alle einen Wurstsemmelvergleich, den werde ich Ihnen leider nicht liefern zu Ihrem Bedauern. Aktuell läuft Ihr Volksbegehren, das Pensionsvolksbegehren. Ein Pensionsvolksbegehren das aus meiner Sicht eines ist das sich gegen die Jugend richtet, auch wenn Sie immer Gegenteiliges behaupten.

Ein Pensionsvolksbegehren, das sich gegen die Modernisierung des Systems richtet. Ein System, das Sie als ungerecht empfinden, das Sie unsozial schimpfen. Ein System, das aber der Jugend noch künftig Pensionen sichern wird. Sie sagen nie dazu, Sie geben keine Antwort was dann ist wenn diese Reform, diese Modernisierung des Systems nicht gekommen wäre. Sie haben nämlich keine Antworten. Sie sind einzig und allein hier unterwegs und kritisieren und haben keine Antworten auf irgend eine Frage die Ihnen ein Jugendlicher stellt. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Thumpser: Lesen, Herr Kollege Maier, dann werden Sie es wissen!)*

Dieses Pensionssystem, diese Modernisierung des Pensionssystems sichert die künftigen Pensionen. Und Sie durch Ihre pausenlose Kritik, durch Ihr pausenloses Schüren von Ängsten, Verunsichern, Sie verunsichern die Bevölkerung. Und Sie gehen ja noch viel, viel weiter. *(Abg. Thumpser: Die Frau Rauch-Kallat gibt zu dass sie es nicht nachgerechnet hat!)*

Sie sagen jedem Pensionisten wie arm er ist. Sie sagen jedem Pensionisten so oft er es hören möchte was ihm diese böse schwarze Regierung antut. Das sagen Sie ihm pausenlos. Sie schimpfen, Sie beklagen das System, Sie warnen vor privatem Vorsorgen, Sie sagen dass sich das niemand leisten kann. *(Abg. Thumpser: Schimpfen tun wir nicht! Kannst mir erklären wie sich eine Verkäuferin mit 500 Euro im Monat eine Zusatzversicherung leisten kann? Keine Ahnung vom Leben!)*

Sie sagen, dass die Pensionisten von dieser Bundesregierung ausgeraubt werden zeitgleich. Und jetzt zeige ich es Ihnen: In Ihrer Zeitung des Pensionistenverbandes zeigen Sie auf Seite 12 was Sie eigentlich denken. Sie sagen, die Bundesregierung raubt diese Pensionisten aus. Und hier

steht Vorsorge, die Oma und Opa-Vorsorge für ihr Enkelkind. Die armen Pensionisten sollen vorsorgen für ihre Enkelkinder, für die künftigen Generationen. Sie machen ein Volksbegehren gegen die künftigen Generationen und dann soll man vorsorgen, wenn man doch eh so arm ist weil einen die Bundesregierung ausraubt. Das ist Ihr Gedanke! *(Beifall bei der ÖVP.)* Sie verteufeln pausenlos ein modernes System und haben aber keine Antwort für die Jugend wie es gekommen wäre, würde diese Reform, diese Modernisierung nicht Platz greifen. *(Abg. Thumpser: Du brauchst nur unsere Programme lesen, dann weißt du es!)*

Sie drehen die Tatsachen so wie es Ihnen parteipolitisch in den Kram passt. Sie verkaufen eine ganze Generation oder mehrere Generationen nur aus parteipolitischen Kalkülen. *(Unruhe bei Abg. Thumpser.)*

Doch, das meine ich ernst, vollkommen ernst. Und ich sage Ihnen auch abschließend: Sie werden nicht müde, diese Regierung mies zu machen. Sie haben es ja sogar geschafft dass ihre eigenen Jugendorganisationen für dieses Volksbegehren rennen. Die rennen gegen ihre eigenen Interessen. Ist Ihnen das überhaupt klar? *(Abg. Weninger: Ihr wart gegen die Bauern-Pension!)*

Ich glaube es nicht. Weil Sie haben Ihnen sicher nicht gesagt was passieren würde wenn diese Reform, diese Modernisierung des Systems nicht gekommen wäre. Dass wir 2030 ein System dann vor uns hätten wo das Verhältnis 1:1 ist Beitragszahlung für Pensionisten. Wie das dann finanziert worden wäre, diese Antwort bleiben Sie immer schuldig. Alfred Gusenbauer bleibt sie schuldig, Sie bleiben sie schuldig. Niemand kann hier eine Antwort geben. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Thumpser: Lies unsere Vorschläge zu den Pensionen, dann weißt du es!)*

Und das Schlimmste für mich ist, dass Sie nicht davor zurück scheuen, Sie machen die Regierungsarbeit mies in Österreich und Sie scheuen auch nicht davor zurück, damit gleich in einem Niederösterreich mies zu machen und die Politik in Niederösterreich hier zu vernadern. Das ist nämlich auch Ihr Weg. Sie haben absolut keine Themen und das seit Jahren. Sie hängen am Gängelband der Bundespolitik. Und tatsächlich wären Sie, wenn es diese Regierung nicht gäbe, nicht nur bei den Pensionen noch viel ärmer, sondern auch inhaltlich, weil Sie haben keine Inhalte. Tatsache ist nämlich, dass für Niederösterreich bei Ihnen wirklich nicht viel übrig bleibt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident Mag. Freibauer:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Mag. Ram.

**Abg. Mag. Ram (FPÖ):** Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hoher Landtag!

Die SPÖ möchte die Pensionssicherungsreform vom letzten Jahr aufheben. Eine Pensionssicherungsreform die notwendig war. Und warum war diese Pensionssicherungsreform notwendig? Weil die SPÖ jahrzehntelang nichts getan hat. Es gab schon im Jahr 1990 Warnungen von führenden Pensionsexperten, wie zum Beispiel dem Herrn Rürup der gewarnt hat, dass das österreichische Pensionssystem nicht mehr finanzierbar ist. Dieses Pensionssystem, und er hatte die SPÖ-Bundeskanzler eindringlich gewarnt und eindringlich gebeten etwas zu unternehmen. Doch Sie haben nichts getan.

Genau deshalb war diese Pensionssicherungsreform notwendig. Das Einzige, was Ihre Politiker, was Ihre Bundeskanzler getan haben, war, die Zuwanderung zu erhöhen, auch das hat nichts gebracht, und Briefe an die Pensionisten zu schreiben. Wie es zum Beispiel der Herr Vranitzky gemacht hat. Und was war das Resultat dieses Briefes? Zwei Jahre später wurden die Pensionen gekürzt.

Geschätzte Damen und Herren! Die Aufhebung der Pensionssicherungsreform würde 2 Milliarden Euro kosten in den nächsten sechs Jahren. *(Abg. Kautz: Was kosten die Abfangjäger?)* Und sie würde nicht nur 2 Milliarden Euro kosten, was gegenüber der jungen Generation unverantwortlich wäre. Es würde noch zu einem kommen, und das ist besonders interessant. Bei der Aufhebung der Pensionssicherungsreform würden die abgeschafften Politikerprivilegien wieder eingeschafft. Und jetzt wird vielleicht manchem klar, warum die Herren Blecha und die Damen Havlicek und Dohnal sich so vehement für dieses Pensionsvolksbegehren einsetzen. Weil es ihnen in Wirklichkeit um ihre eigene Pension und um ihre eigenen Privilegien geht. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Leichtfried: Das ist ja lächerlich! – Unruhe bei der SPÖ.)* So weit zur Sozialpolitik und zur sozialen Einstellung der SPÖ. Ich verstehe dass ihr nervös seid und dass ihr das nicht sehr gerne hört. Aber das ist leider nun einmal die Tatsache.

Geschätzte Damen und Herren! Wir haben auch schon über die Steuerbelastung gesprochen. Und das ist für mich besonders interessant, dass die SPÖ von einer hohen Steuerbelastung spricht. Wer ist denn verantwortlich für diese hohe Steuerbelastung? Wer hat denn jahrzehntelang den Finanzminister und den Bundeskanzler gestellt? Die

FPÖ war es nicht. Es war die SPÖ. *(Abg. Thumpser: Mehr Schulden und höhere Steuerbelastung!)*

Das bedeutet, ihr regt euch heute auf über eine hohe Steuerbelastung und eure Bundesregierung, eure Finanzminister waren dafür verantwortlich. *(Unruhe bei der SPÖ.)* Und im Gegensatz, geschätzter Herr Präsident, im Gegensatz dazu haben wir eine Steuerreform in die Wege geleitet und die Bundesregierung hat eine Steuerreform umgesetzt wo es zu einer massiven Entlastung gekommen ist. *(Abg. Gartner: Der Steuerbetrüger ist entlastet!)* Und lieber Franz, und liebe Frau Vladyka, ich weiß genau, ihr wollt das nicht gerne hören. Aber die Gewinner dieser Steuerreform sind die kleineren und mittleren Einkommen. So ist es. Und das können wir euch ohne weiteres nachweisen. *(Abg. Gartner: Das ist die Politik der FPÖ! – Weiterhin Unruhe bei der SPÖ.)*

Und dazu habe ich auch ein nettes Zitat für euch mitgebracht, dass ihr seht dass das nicht nur meine Meinung ist, sondern dass es auch anerkannte Ökonomen so sehen. Und zwar darf ich folgendes vorlesen: Die Reform ist vor allem sozial im Sinne des Landeshauptmannes von Kärnten. Es werden die unter dem Durchschnitt liegenden Einkommen besonders begünstigt. Das schließt die Einkommen vieler Pensionisten ein. Besonders stark reduziert wird die Lohnsteuer der weniger qualifizierten Arbeitnehmer. Die scharfe Kritik des sozialdemokratischen Abgeordneten Matznetter ist nur dadurch verständlich, dass Oppositionspolitiker einerseits immer dazu tendieren, unfinanzierbar große Steuersenkungen zu verlangen und andererseits - das ist besonders interessant - die österreichische Sozialdemokratie inzwischen sichtlich nicht mehr die Interessen der Hilfs- und Facharbeiter vertritt.

Geschätzte Damen und Herren! Dazu ist, glaube ich, nichts mehr zu sagen. *(Abg. Thumpser: Von wem ist das?)* Von Herrn Universitätsprofessor Streissler, einem anerkannten Volkswirt auf den Sie ja auch immer zurückgreifen, den Sie ja auch immer zitieren.

Eines wird im Zusammenhang von der Steuerreform auch immer von Ihnen behauptet. Und zwar dass die KÖST-Senkung ein Geschenk an die Reichen, an die Unternehmer wäre. Sie geraten hier in eine klassenkämpferische Diktion und sagen, die Regierung macht die Reichen reicher und die Armen ärmer. Das Gegenteil ist der Fall! *(Abg. Weninger: Dann müsste der Prinzhorn dagegen sein!)*

Und zwar erklärt sich das ganz einfach deshalb, und das wissen die meisten von euch natürlich auch nicht, 61 Prozent der Arbeitnehmer arbeiten in Kapitalgesellschaften. Und diese Kapitalgesellschaften werden durch die KÖST-Senkung von 34 auf 25 Prozent merklich entlastet. (*Abg. Präs. Sacher: Aber nicht die Arbeiter!*)

Dazu kommt natürlich auch noch, und dazu habe ich auch einen interessanten Kommentar für Sie, aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Sollten Sie auch einmal lesen, würde Ihnen auch nicht schaden sich ein bisschen weiter zu bilden. Österreichs konservativer Regierung ist mit ihrem Entwurf zur Steuerreform ein großer Wurf gelungen. Die vorgelegten Eckpunkte bringen dem Mittelstand deutliche Entlastungen. Vor allem wird die Körperschaftssteuer in einem Ausmaß gesenkt das die Alpenrepublik als Investitionsstandort auch für deutsche Unternehmen deutlich attraktiver machen müsste. Diese Signale sind vier Monate vor der EU-Erweiterung enorm wichtig für die Unternehmen, die immer mehr den Wettbewerbsdruck durch die benachbarten Ostländer spüren. (*Unruhe bei der SPÖ. – Abg. Gartner: Das war eine bezahlte Anzeige der Bundesregierung!*)

Genau darum geht es, meine sehr verehrten Damen und Herren. Diese Körperschaftssteuersenkung macht unsere Wirtschaft wettbewerbsfähig. (*Abg. Dr. Krismer: Wo liegt denn der effektive Satz? Das stimmt ja überhaupt nicht!*) Und gerade wir in Niederösterreich werden von dieser Körperschaftssteuersenkung enorm profitieren. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. Könntest du auch einmal lesen.

Und ich habe mir Folgendes überlegt, weil immer wieder bei euch diese Fehlinformation über diese Steuerreform auch vorherrscht, habe ich da so ein kleines Büchlerl, das ist wirklich nicht schwierig zu lesen, also das werdet auch ihr verstehen. (*Zeigt Broschüre*) Das werde ich euch dann zur Verfügung stellen und euch übergeben. Am besten der Kollegin Vladyka, weil die hat sich ja schon letztens beim Heizkostenzuschuss mit der Steuerreform ein bisschen schwer getan. Dass ihr hier die Gelegenheit habt, das Ganze auch nachzulesen. Es sind auch sehr schöne Tabellen und Bilder drinnen. Also es wird wirklich leicht zu verstehen sein.

Geschätzte Damen und Herren! Ein paar Worte noch zum Arbeitsmarkt in Niederösterreich, zur Arbeitsmarktsituation. Auch ich habe es befremdend gefunden dass man davon spricht, Wien stellt uns 160.000 Arbeitsplätze zur Verfügung. Ich komme aus dem Bezirk Wien-Umgebung und in meinem Bezirk gibt es sehr viele Menschen

die nach Wien pendeln, die in Wien arbeiten. Und ich halte es, ehrlich gesagt, für eine Frechheit gegenüber den niederösterreichischen Arbeitnehmern die in Wien arbeiten, quasi hier herauszugehen und sich herzustellen wie wenn es jetzt ein Angebot von Wien wäre, wenn Wien so nett wäre dass unsere Leute bei ihnen arbeiten dürfen. Das Gegenteil ist der Fall. Wien ist auf die gut qualifizierten niederösterreichischen Arbeitskräfte, auf unsere fleißigen Landsleute angewiesen. (*Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – Unruhe bei Abg. Vladyka.*)

Und es würde die Wirtschaftssituation, die in Wien auf Grund des Bürgermeisters Häupl eh schon eine ziemlich schlechte ist, noch schlechter ausschauen wenn nicht unsere fleißigen niederösterreichischen Mitbürger in Wien arbeiten und hier ihren Fleiß und ihren Einsatz für die Wiener und für die gesamtösterreichische Wirtschaft auch einbringen.

Und zum Thema Arbeitsplatz ist natürlich aus unserer Warte noch einiges zu sagen bezüglich der EU-Osterweiterung. Für uns, für uns steht eines ganz klar fest: Der niederösterreichische Arbeitnehmer darf nicht geopfert werden einer Euphorie, einer Osterweiterungs-Euphorie. Die siebenjährigen Übergangsfristen zum Schutz der österreichischen und niederösterreichischen Arbeitnehmer dürfen nicht aufgeweicht werden. In diesem Sinne darf ich mich sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken. Ich glaube, wir haben ... (*Ruf bei der SPÖ: Hat ja keiner aufgepasst!*)

Ihr habt schon aufgepasst, sonst hättet ihr nicht so viele Zwischenrufe gestartet. (*Abg. Weninger: Weil es so falsch war!*)

Ich freu mich auch dass ihr diesmal so aufmerksam zugehört habt und glaube schon dass es wichtig wäre, dass ihr nicht nur zuhört, sondern dass ihr auch einiges aufnehmt von dem was wir euch heute gesagt haben. Schaden könnte es euch nicht. (*Beifall bei der FPÖ.*)

**Präsident Mag. Freibauer:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

**Abg. Mag. Fasan (Grüne):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Selbstverständlich sage ich was zum Thema, Herr Kollege Weninger. Ich beginne bei der Kollegin Hinterholzer. Sie meint, ein Unternehmensfreundliches Klima wird geschaffen in Niederösterreich. Sie vergisst aber dabei auf die Familienbetriebe im Familienland Niederösterreich. Sie redet von der KÖST, von der Kapitalsteuer vielmehr und vergisst dabei die Familienbetriebe, beispielsweise die Lohnsummensteuer.

Die Kollegin Vladyka sagt, na selbstverständlich, Armut macht krank. Ganz richtig. Aber warum spricht sie dann nicht von Gesundheitspolitik als wichtigstem Bestandteil der Sozialpolitik in Niederösterreich? Warum machen Sie dann nicht ihre Aktuelle Stunde zu diesem Thema?

Dem Kollegen Maier möchte ich sagen, Kollege Maier, wenn die SPÖ Niederösterreich an einem Gängelband hängt, dann nicht am Gängelband der Bundespartei. Die niederösterreichische SPÖ ist immer noch am Gängelband der ÖVP Niederösterreich gehangen und sonst nirgends. *(Beifall bei den Grünen und Abg. Mag. Ram. – Unruhe bei der SPÖ.)*

Zum Kollegen Mag. Ram. Kollege Mag. Ram! Ich verstehe nicht, welche Aufregung das bewirkt hat deine Wortmeldungen mit der SPÖ. Ich würde empfehlen, geht am besten gemeinsam ein Glas Chianti trinken, dann werdet ihr euch schon besser verstehen. Geht zu euren Parteivorsitzenden, die zeigen euch wie das geht. *(Beifall bei den Grünen. – Unruhe bei der SPÖ.)*

Ja, es ist ein Unterschied zwischen ÖVP und FPÖ. Es ist ein Unterschied zwischen ÖVP und FPÖ. *(Abg. Gartner: Da ist immer ein Unterschied für euch!)*

Für uns schon. Für euch wahrscheinlich nicht. Das ist euer Problem.

Dem Kollegen Kautz darf ich auch gleich beantworten. Er hat zwar noch nicht gesprochen, aber ich kann mir ohnehin vorstellen was er sagen wird. Er wird uns nämlich gleichzeitig erklären wollen, dass die Landesregierung in Neunkirchen ein Spital neu bauen wird wollen und gleichzeitig das Spital aber schließen wird wollen wenn es die Gemeinde dem Land übergibt. Diesen Spagat, Kollege Kautz, musst du den Wählern in Neunkirchen einmal erklären.

Abschließend, oder noch eine Sache: Der Spruch auf diesem Sackerl in dem wir den Chianti Ihnen übergeben haben, ist ja eigentlich sehr interessant. Frei nach Goethe und den sollten Sie sich durchaus zu Gemüte führen: Denn was man rot und blau besitzt kann man getrost nach Hause tragen. Das ist frei nach Goethe. Ich wünsche Ihnen, tragen Sie – das Sackerl kriegen Sie nicht, aber dafür haben Sie den Chianti gekriegt.

Und jetzt ganz kurz einmal ernst: Wissen Sie was das Schlimmste eigentlich ist in dieser ganzen Debatte? Das ist eigentlich dieses Verhalten, das ist das sozial-politische Verhalten des Niederösterreichers Gusenbauer. Das ist das sozial-politische Verhalten des Niederösterreichers Gusenbauer.

Sind wir dafür für diese Koalition in Kärnten, sind wir dagegen? Halten wir die Empfehlungen ein oder halten wir sie nicht ein? Dann werden zizerweise die Telefonate zugegeben die er geführt hat mit Kärnten. Da muss man es ihm erst heraus locken bevor er überhaupt sagt dass er überhaupt telefoniert hat. Also ein insgesamt für jemanden, der Haider in Kärnten als den Verursacher dieser Steuerreform gebrandmarkt hat, die Sie hier kritisieren, als den Verursacher der Pensionsreform, die Sie hier kritisieren, jetzt diesen Eiertanz aufzuführen, also das ist schon eine Peinlichkeit sondergleichen von Ihrem niederösterreichischen Parteivorsitzenden Gusenbauer. *(Abg. Weninger: Die ÖVP trägt die Hauptverantwortung und ihr steigt ihr hinten rein!)*

Seien Sie vorsichtig, meine Damen und Herren in der SPÖ, dass Ihnen der Chianti nicht zu kochen beginnt und zum Glühwein wird. Und ich würde Ihnen empfehlen, sich fernzuhalten von allem was man in Kärnten eine Steigerungsform nennt. Und wissen Sie, was Steigerungsform in Kärnten ist? Chianti, Glühwein, Haider, Gusenbauer. Danke! *(Beifall bei den Grünen.)*

**Präsident Mag. Freibauer:** Zum Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Lembacher.

**Abg. Lembacher (ÖVP):** Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Sitzung des NÖ Landtages steht heute im Zeichen der von der SPÖ Niederösterreich beantragten Aktuellen Stunde. Und diese SPÖ hat diese Aktuelle Stunde beantragt um ihr Pensionsvolksbegehren auf Bundesebene zu unterstützen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und mit diesem Volksbegehren ... genau, ist uns klar geworden. Und mit diesem Volksbegehren versucht die SPÖ Angst zu erzeugen und Panik zu machen. Die Menschen zu verunsichern. Sie macht genau das Gleiche was schon vor Jahren Vranitzky und Klima gemacht haben, nämlich die Menschen anzulügen. Ihnen wahr zu machen, dass sich nichts verändern muss, dass genauso Schulden gemacht werden müssen oder können, dass weiter gewirtschaftet werden kann, ohne Rücksicht auf kommende Generationen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es hat aber Ihr SPÖ-Finanzminister Edlinger selbst sogar gesagt, dass bei den Pensionen etwas geändert werden muss, dass Reformen eingeleitet werden müssen. Er hat aber nachher, muss ich sagen, als Sie nicht mehr in der Regierung waren, hat er von all dem nichts mehr wissen wollen und Sie haben nur mehr reine Oppositionspolitik betrie-



ben. *(Abg. Präs. Sacher: Natürlich! Aber gerechte und soziale Reformen!)*

Diese Aktuelle Stunde, meine sehr verehrten Damen und Herren, dient aber auch dazu, um von blau-rot in Kärnten abzulenken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und wenn es um Macht und Positionen geht, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird sogar eine Koalition mit Haider persönlich eingegangen, meine Herren und Damen. *(Abg. Gartner: Das haben wir von euch abgesehen auf Bundesebene. – Unruhe bei der SPÖ.)*

Ich frage mich, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPÖ, wo sind die Donnerstag-Demonstrationen die bei unserer Regierung jeden Donnerstag auf die Straße gegangen sind? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die ÖVP ist eine Koalition ohne Haider eingegangen. Genauso ist es! *(Beifall bei der ÖVP. – Unruhe bei der SPÖ.)*

Wo sind diese Damen und Herren? Ich vermute wahrscheinlich sind jetzt alle beim Bundespräsidentenwahlkampf und gehen deshalb nicht mehr auf die Straße.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, während die SPÖ wider besseren Wissens Oppositionspolitik betreibt ohne verantwortliche Konzepte für die Zukunft, wenn Sie das immer wieder auch sagen, aber das sind keine Konzepte, die letztendlich ohne Verantwortung für kommende Generationen gemacht werden.

Die Steuerreform ist ein Herzstück der Bundesregierung, das muss ich sagen. *(Abg. Mag. Leichtfried: Sie sagen das wider besseren Wissens!)* Und diese Steuerreform bringt 3 Milliarden Euro an Entlastung für die Arbeitnehmer, für die Wirtschaft und für die Familien. Für den Wirtschaftsstandort Österreich. Und Betriebe, die sich ansiedeln bei uns sichern Arbeitsplätze und bringen Arbeitsplätze für die Zukunft.

In der Landwirtschaft, auch ein wichtiger Bereich, ist auch die Senkung des Agrardiesels eine Forderung von uns schon jahrelang. Wir haben auch in der Landwirtschaft die Notwendigkeit wettbewerbsfähig zu sein. Diese Steuerreform bringt auch eine Einkommensstärkung für die Familien. Zusätzlich zur allgemeinen Entlastung der Arbeitnehmer werden auch Familien mit Kindern gestärkt. Der Alleinverdienerabsetzbetrag wird angehoben. Die Anhebung der Zuverdienstgrenze bei Alleinverdienern mit Kindern von 4.400 auf 6.000 Euro, Erhöhung der Pendlerpauschale um 15 Prozent.

Und Niederösterreich, weil wir eben wissen, dass die Familie auch unser Herzstück ist, es gibt auch für die Familien eine Schulstartbeihilfe von 100 Euro für die Mehrkindfamilie. Die Unterstützung für die Mehrlingsgeburten und auch die Förderung der Nachmittagsbetreuung an den Volksschulen. Uns geht es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Wahlfreiheit, die immer wieder auch da ist. Und wir, und da sind wir uns aber auch einig, die Steuerreform darf auf keinen Fall auf die Kosten der Länder gehen und der Gemeinden. Der Finanzausgleich und der Österreich-Konvent sollten massive Veränderungen der derzeitigen Lage bringen. Das Land und die Gemeinden, auch im ländlichen Raum, haben vielfältige Aufgaben zu erbringen und müssen gestärkt sein.

Landesrat Mag. Sobotka hat auch ein Acht-punkteprogramm zusammengestellt und wird dann dies bei den kommenden Finanzausgleichsverhandlungen einbringen. Da geht's auch um den Anteil an den Bundesabgaben. Es geht auch darum, die Straßen, die Landesstraßen auch in Zukunft zu sichern. Keine Deckelung bei den Krankenanstalten und Sozialversicherungen. Es gibt also auch im Gesundheitsbereich vielfältige Aufgaben. Und Herr Kollege Mag. Fasan, auch uns ist der Gesundheitsbereich ein großes Anliegen und der Sozialbereich. Denn wir wissen, es gehört eine gute Versorgung, aber auch eine Vorsorge der Menschen dazu, eben die Verhinderung von Krankheit. *(Abg. Mag. Fasan: Dann hört auf die Gemeinden zu erpressen!)*

Der Nahverkehr, die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs und die Wohnbauförderung. Wir wollen keine Kürzung der Wohnbauförderung so wie der Kollege Gusenbauer oder Ihr Kollege Gusenbauer dies gefordert hat. *(Abg. Dr. Krismer: Nein, ihr wollt es gut anlegen! – Unruhe bei der SPÖ.)*

Nein, aber der Gusenbauer hat das gefordert bitte sehr, der hat das auch gefordert. *(Abg. Präs. Sacher: Wie heißt der Finanzminister? Gusenbauer oder Grasser?)*

Wir wissen aber auch, dass eine Ausbildung, Bildung eine wesentliche Voraussetzung ist für die künftigen Arbeitsplätze für die jungen Menschen um in Zukunft Chancen im Berufsleben und in der Wirtschaft zu haben. Eine Sprachenoffensive des Landes wo eine Million Euro in einen Topf gegeben worden ist und es haben bereits 7.500 junge Menschen an dieser Sprachenoffensive teilgenommen. Arbeitsmarkt, was die Projekte am Arbeitsmarkt sind, hat mein Kollege Jürgen Maier schon angeschnitten. Und auch da ist die Politik die Unterstützung der Lehrlinge in Gemeinsamkeit. Und das

muss man ja immer wieder sagen: Land Niederösterreich, das AMS arbeiten ja hier sehr, sehr gut zusammen. Und unsere Frau Landeshauptmannstellvertreterin Liese Prokop, die da zuständig ist, setzt sehr vieles an Maßnahmen auch in diesem Bereich.

Wir haben eine Lehrlingsinitiative gegründet und wenn gesagt worden ist, die Wirtschaft ist nicht bereit da etwas zu tun, dann kann ich das zurückweisen. Ich weiß, wir haben auch in Niederösterreich eine Lehrlingsinitiative wo sich Unternehmerinnen und Unternehmer Zeit nehmen mit den jungen Menschen Bewerbungsgespräche zu führen. Zu zeigen, was ist notwendig eigentlich für diese jungen Menschen damit sie ... *(Abg. Präs. Sacher: Das ist doch nichts Besonderes um Gottes Willen! Das ist doch selbstverständlich!)*

Nichts Besonderes. Es ist ein Punkt. Das ist nicht so selbstverständlich muss ich einmal sagen. Denn diese Unternehmerinnen und Unternehmer nehmen sich sehr, sehr viel Zeit dazu weil sie eben wissen wie wichtig das ist. Und es hat auch eine österreichweite Umfrage bei Unternehmen gegeben und in Niederösterreich sagen 25 Prozent der Unternehmen, sie werden in Zukunft mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen und nur 8 Prozent sagen weniger.

Die Lage von Wien und die Abhängigkeit von Wien ist ja schon besprochen worden. Das können wir nicht leugnen. Es ist so dass die Arbeitsziffern, sage ich einmal, das Positive in Wien vermerkt wird und wenn diese Menschen arbeitslos werden, zählen sie dann eben bei uns, und das spüren wir natürlich immer wieder auch. Aber es geht nicht darum, sage ich einmal, Politik besteht nicht darin zu kritisieren und Schlechtes aufzuzeigen, sondern Maßnahmen und Lösungen zu suchen und Lösungen zu finden.

Wir haben in Niederösterreich auch ein EU-Fitnessprogramm gestartet. Und da ist es auch Niederösterreich, wir haben bereits 927 Projekte realisiert und umgesetzt. Wir liegen sehr, sehr gut mit der Ausnützung der Mittel im EU-Bereich. Das kann man sagen, sehr, sehr viel Geld fließt in die Regionen. Das ist auch notwendig. Denn Niederösterreich hat 400 Kilometer Grenze zu den Erweiterungsländern. Ich komme selber aus einem Grenzbezirk und ich kenne die Anliegen und die Sorgen der Menschen. Es ist sehr, sehr wichtig auch Betriebe anzusiedeln, Projekte umzusetzen. Wenn ich denke nur alleine in Hollabrunn das Regionale Innovationszentrum, die Firma Ringo usw., das sind Firmen die klein angefangen haben, durch Unterstützung auch des Landes ausgebaut worden

sind. Ich glaube, das sind sehr, sehr positive Ansätze die da sind. Oder in Retz der Althof, die Therme Laa, wo bereits weit über 400.000 Besucherinnen und Besucher diese Therme besuchten. Und am kommenden Samstag wird dann der Spatenstich für ein Hotelprojekt gemacht werden, das wieder Arbeitsplätze in diese Region bringt.

Ich glaube, das sind Punkte, und ich habe nur punktuell etwas aufgezählt, das passiert in jedem Viertel in Niederösterreich. Und ein großes Anliegen ist mir auch der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Denn Straßen, und natürlich auch der Ausbau im öffentlichen Bereich, das sind Arbeitsplätze. Wir sehen, Orte, die an einer funktionierenden Straße liegen haben auch die Möglichkeit und eine bessere Möglichkeit im wirtschaftlichen Bereich sich auch durchzusetzen.

Ich denke, wir haben in Niederösterreich viele Maßnahmen gesetzt. Wir wissen, dass noch vieles auf uns wartet. Ich verstehe aber Politik, wie ich schon gesagt habe, nicht als Miesmacherei, als Kritisieren, sondern Politik heißt arbeiten und heißt etwas umsetzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident Mag. Freibauer:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Kautz.

**Abg. Kautz (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich glaube, ich darf bei der Frau Kollegin fortsetzen und einmal grundsätzlich sagen, Politik heißt arbeiten. Aber sie kommt aus der Landwirtschaft und ich könnte feststellen, die ÖVP arbeitet auch, genauso wie die Hühner, die arbeiten auch, in der Bundesregierung. So einfach könnte man es vergleichen. *(Unruhe bei der ÖVP.)*

Ja, Herr Kollege Karner, ich verwende deine Sätze aus deiner Aussage. *(Abg. Schittenhelm: Was war das jetzt?)*

Ich verwende dem Kollegen Karner sein Niveau. *(Abg. Dr. Krismer: Ist das ein Vergleich Menschen mit Hühnern? Dann wehre ich mich!)*

Darf ich bei Frau Kollegin Dr. Krismer beginnen. Es dürfte zwischen Ihnen und Ihrem Sprecher auf der Bundesseite Meinungsverschiedenheiten geben. Denn ich habe hier eine Presseaussendung die da lautet: Öllinger: Pensionsvolksbegehren hat richtige und diskussionswürdige Anliegen. Reden Sie einmal mit ihm, weil Sie haben da ganz was anderes gesagt. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Mag. Fasan: Einen ganzen Tag im Parlament haben sie eh diskutiert!)*

Das Zweite, und ich hatte meinen Kollegen Martin Fasan eigentlich immer dafür geschätzt dass er zur Sache gesprochen hat. *(Abg. Mag. Fasan: Was ist denn Sache?)*

Weil ihr von der Sache nichts wissen wollt. Denn alles was die Grünen heute gesagt haben, hätte ich normalerweise, wenn ich Lehrer gewesen wäre so wie du, beim Aufsatz dazu schreiben müssen: Thema verfehlt, Nicht genügend! *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Krismer: Aber von Hühnern hat er nicht gesprochen!)*

Dann hätte er wenigstens etwas Gescheites gesagt. Nur, Herr Kollege Mag. Fasan! Noch einmal aufpassen. Die Stadtgemeinde Neunkirchen behält das Krankenhaus dass wir ein neues bauen können. Weil wenn wir es auf Niederösterreich übertragen gilt dieser Ausspruch von Herrn Landesrat Mag. Sobotka, fünf Krankenhäuser sind genug für Niederösterreich. Und ich bin kein Utopist, denn ich weiß dass dann Neunkirchen nicht weiter besteht. *(Abg. Mag. Fasan: Dann bin ich gespannt ob das Land den Neubau mitzahlt!)*

Ich bin ja nur froh dass ich verhandle und nicht du damit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Dann darf ich zur Frau Kollegin Hinterholzer kommen. Sie ist leider nicht da. *(Abg. Dr. Krismer: Aber wir hören es auch gern!)*

Einkommensschere zwischen arm und reich: 25 Prozent der besser Verdienenden verdienen 92 Prozent von dem was 25 Prozent der schlechtest Verdienender verdienen. Das heißt, eine kleine Anzahl von Menschen wird reicher und reicher und wir können nur mit dem Volksbegehren a) versuchen, die Arbeitslosigkeit einzudämmen, b) den Pensionsraub zu stoppen und versuchen ... *(Abg. Hiller: Da gehört der Androsch dazu!)*

Ich kann euch ja Zahlen sagen. 1985 hat der Bund 2,6 Prozent des Bruttonationalproduktes dazu gezahlt als Bundeszuschuss. 1987 waren es 3 Prozent des BIP, 2000 sind es nur mehr 2 Prozent. Das heißt, die Behauptung die Schüssel und Co. aufgestellt haben mitsamt dem Rürup dass sie nicht leistbar ist, ist falsch! *(Beifall bei der SPÖ.)* Sie ist leistbar. Wenn ich vom Bruttonationalprodukt statt 2,6 nur 2 dazu zahlen brauche ist es fallend und das prognostiziert auf 1,8. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Hiller: Hat die Lohnquote erhöht!)*

Dazu komm ich schon noch. Das heißt, ich will nicht diese Regierung, diese Regierung will nicht die Pension bezahlen. Und Frau Kollegin, Sie haben vorher von Macht gesprochen. Sie dürften irgendwo etwas vergessen haben. Denn die Machtgier, da kenne ich einen, der hatte früher so einen

kleinen Propeller immer um. Denn er war der Drittgrößte bei der Nationalratswahl wurde er Bundeskanzler mit dem Zweitgrößten, wo ist da die Macht? *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Hiller: Er wurde bestätigt!)*

Wo ist da die Machtgier? Wenn der erste, der zweite zusammengehen oder wenn der zweite und der dritte zusammengeht?

Und beim Zusammengehen noch ein Wort zu den Grünen. Ich kann mich schon noch erinnern, da gab es einen gewissen Herrn Anschober der in Oberösterreich vehement dagegen gewettert hat dass der Herr Pühringer in Lembach ein Kraftwerk baut. *(Abg. Mag. Fasan: Lambach!)* Lambach, Entschuldigung! Schlampert geschrieben.

Und jetzt liegt derselbe Herr Anschober mit dem Herrn Landeshauptmann in der selben Regierung, will sagen im selben Bett. Also von Charakter her, von Charakterstärke, glaube ich, braucht man hier nicht zu reden. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Mag. Fasan: Es ist keine Schande mit der ÖVP eine Koalition zu machen! Es ist auch keine Schande mit der SPÖ eine Koalition zu machen! – Abg. Weninger: Aber wir brauchen euch beide nicht!)*

So, und nun nochmals zur großen Steuersenkungsreform. Die Frau Kollegin Hinterholzer, jetzt ist sie gekommen, die so hoch gejubelt hat dass die KÖST abgeschafft wird. Erstens einmal verschenkt bei der KÖST ... *(Abg. Hinterholzer: Gesenkt!)* Gesenkt wird. Und das Geld das er herschenkt, der Herr Finanzminister, ist das Geld der Gemeinden. Er verschenkt falsches Geld und fremdes Geld. Nur, Frau Kollegin, wenn wir schon mit Zahlen operieren, dann bitte mit richtigen. Es gibt in Österreich fast 89.000 Kapitalgesellschaften. Etwa 80 Prozent zahlen keine KÖST ... *(Abg. Hinterholzer: Weil sie keine Gewinne machen!)*

Lassen Sie mich ausreden. Aber Sie haben es hergestellt wie wenn das das große Wunder wäre. Das heißt, 840 Unternehmen, 840 Unternehmen in Gesamtösterreich kommen in den Genuss der KÖST. Und von 88.840 Unternehmen, das ist eine Politik des Herrn Finanzministers für Privilegierte. Und jetzt sage ich Ihnen wer die Privilegierten sind. *(Beifall bei der SPÖ und den Grünen. – Unruhe bei Abg. Hinterholzer.)*

Und jetzt sage ich Ihnen wer die Privilegierten sind. Natürlich auch Niederösterreich dabei. Denn der Herr Prinzhorn erspart sich 33 Millionen Euro durch die Senkung der KÖST und der Herr Bartenstein ganze 17 Millionen. Für diese Herrschaften braucht man die KÖST nicht senken. Man

müsste den Kleinbetrieben, komisch, für die Sie reden, denen müssten wir Unterstützung geben. Aber nicht diesen Leuten. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Hinterholzer: 83 % sind Kleinbetriebe!)*  
Nur da bei 33 Millionen, bei 17 Millionen kann man andere Voraussetzungen setzen als so.

Und jetzt komme ich zu dem wo man sparen könnte. Denn wir reden immer so schön, sparen, sparen. Der Herr Finanzminister sagt dem kleinen Mann auf der Straße, dem Pensionisten, auch noch ein Wort dazu. All jene, die sich so viel ersparen, die keine Steuer zahlen, ... *(Abg. Hinterholzer: Die machen keine Gewinne, Herr Kollege!)*

Nein, weil wenn ich 899 Euro Einkommen habe, zahle ich auch keine Steuer, keine Lohnsteuer. Und ob ich 899 habe oder 1010, ich zahle keine Lohnsteuer. Und die haben sie alle mit eingerechnet die jetzt keine Steuer zahlen bei der Steuersenkung. Also so einfach kann man sich die Rechnung natürlich nicht machen.

Ich sage Ihnen aber, dass um 9 Milliarden Euro die Lohnsteuer zugenommen hat. Das heißt, derjenige, dem es abgezogen wird, da wird einkassiert. Und denjenigen, die keine Steuer zahlen, lässt man 60 Prozent nach der sogenannten Steueramnestie. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, das ist ein Skandal. Dem kleinen Mann das Geld abziehen und die großen Steuerschuldner, die Steuerhinterzieher noch mit 60 Prozent zu subventionieren. Das ist ein Skandal! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und wenn ich schon von Skandal gesprochen habe, dann darf ich noch wenige andere anführen. Da gibt es so zum Beispiel einen Minister mit Chauffeur, mit Auto plus zusätzlich 4.271 Euro Taxi-Rechnungen. Da gibt es einen Minister der sich um ganze 1.500 Euro einen Christbaum kauft einen aufgeputzten. Da gibt es eine Frau Außenminister, die um ganze 428.000 Euro sich einen Fotograf leistet. Da muss viel zum Retuschieren gewesen sein. *(Abg. Dr. Krismer: Das ist aber schon ein bisschen frauenfeindlich! – Unruhe bei der ÖVP.)*

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Da gibt es eine Regierung ... Um 428.000 Euro muss viel zum Arbeiten gewesen sein. Und da gibt es eine Regierung, die um 71,710.000 Euro sich beraten lässt. Jetzt weiß ich schon, vom Arbeiten und so, von Erfahrung gibt es nicht viel. Man muss sich beraten lassen. Aber die Beratungen sind so gut gewesen dass sie in der Zeit zwischen 1945 und 2000 weniger Gesetze aufgehoben wurden wie zwischen 2000 und 2003. Auf diese Beratung sollte man verzichten oder es ist eine skandalöse Beratung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn wir sparen, dann sollten wir dort sparen wo es notwendig und angebracht ist. Mit diesen 71 Millionen Euro hätte man sicher Beschäftigungsprojekte für die Arbeitslosen machen können. Hätte man sicher Lehrlingsunterbringungen machen können oder hätte man mindestens eine bessere Erhöhung der Pensionen auszahlen können als eine Pensionsraubreform durchzuführen. Denn das was jetzt passiert ist Pensionsraub. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident Mag. Freibauer:** Zur tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Abgeordneter Mag. Fasan zu Wort gemeldet.

**Abg. Mag. Fasan (Grüne):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich gebe dem Kollegen Kautz in vielem Recht. In zwei Dingen muss ich ihn berichtigen. Erstens: Abgeordneter Öllinger hat schon gesagt, das Pensionsvolksbegehren hat richtige und diskussionswürdige Anliegen. Er hat aber dazu gesagt, es fehlen klare Bekenntnisse zur Mindest- und Grundversicherung. Wenn du schon zitierst dann bitte auch komplett.

Und zweitens, was mich noch bedenklicher stimmt, ist, dass die SPÖ offensichtlich eine Verwechslung begeht zwischen dem Landeshauptmann Pühringer von der ÖVP und dem Landeshauptmann Haider von der FPÖ. Das ist neu für die SPÖ das sie das tut. Und das bestärkt uns Grüne in unserer Kritik. Ich bedanke mich. *(Beifall bei den Grünen.)*

**Präsident Mag. Freibauer:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Hintner.

**Abg. Hintner (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

In Analogie meines Vorredners, Abgeordneten Bürgermeister Kautz darf ich vielleicht sagen, und dann gibt es eine SPÖ die auf Kosten des Steuerzahlers ein Volksbegehren initiiert obwohl eine Handvoll von Abgeordneten genügt um diese Materie im Parlament zu behandeln. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Krismer: Das ist ein demokratiepolitisches Prinzip!)*

Zum heutigen Thema darf ich einmal grundsätzlich feststellen, dass jeder einzelne Arbeitslose bzw. jeder/jede die arbeiten will aber nicht kann oder darf eine/einer zu viel ist. Und ich meine auch, dass in der österreichischen Politik Konsens

herrscht, dass wir das Ziel der Vollbeschäftigung niemals aus dem Auge verlieren dürfen. Die Frage ist allerdings, welche Wege zum Ziel führen und wie wir unsere Rahmenbedingungen in einer globalisierten Welt mit all ihren Auswirkungen auf dem heimischen Arbeitsmarkt setzen. Für die NÖ Volkspartei steht dabei fest, dass der Traum vom unendlichen Wachstum ausgeträumt ist und dass die Losung, mir bereiten einige tausend Arbeitslose mehr Kopfzerbrechen als einige Milliarden Schilling Schulden, insofern der falsche Weg war, da am Ende Arbeitslose und Schulden die Österreicherinnen und Österreicher belasteten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es wurde schon mehrfach betont, dass es schlicht und einfach eine Realitätsverweigerung der Sozialdemokraten ist, die Steuerreform 2004/2005 in ihren bisherigen Eckpunkten nicht als großen Wurf zu bezeichnen. Innerhalb der Europäischen Union werden wir ob dieses Entwurfs, dieses Vorschlages, gelobt, lobend erwähnt. Und wenn der Kollege Mag. Ram die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ erwähnt hat, die eben das ebenfalls sehr lobend erwähnen, darf ich vielleicht für die Sozialdemokraten in diesem Haus noch eines dazu sagen, dass sich die SPD zur Zeit beschäftigt, diese Traditionszeitung zu ihrem Zentralorgan zu machen.

Es ist Realitätsverweigerung nicht zu erkennen, dass diese Steuerreform hauptsächlich, und da hat noch heute keiner davon gesprochen, Entlastungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bringt. Ab 1. Jänner 2005 werden 2,55 Millionen Steuerpflichtige keine Lohn- und Einkommenssteuer mehr bezahlen. Die Entlastung in diesem Bereich wird mit insgesamt 1,1 Milliarden Euro beziffert. Das Fair Tax-System bringt eine Durchschnittsbesteuerung zwischen 23 und 33,5 Prozent. Einkommen bis 25.000 Euro werden mit durchschnittlich 23 Prozent besteuert, Einkommen bis 51.000 Euro durchschnittlich mit 33,5 Prozent, Löhne bis 15.570 Euro sind steuerfrei. Seit 1. Jänner 2004 liegt die Grenze bereits bei 14.500 Euro.

Die Grenze des steuerfreien Bruttoeinkommens bei Selbständigen wird auf 10.000 Euro angehoben und für Pensionisten wird am 1. Jänner 2005 die Steuerbefreiung auf 13.500 Euro erhöht. Und ein wesentlicher Punkt, das ist schon gesagt worden, ist selbstverständlich die Absenkung der Körperschaftssteuer die uns international sehr wettbewerbsfähig macht - ich darf es aus der Sicht des Arbeitnehmers hier sagen - und natürlich auch eine Standortsicherung und eine Arbeitsplatzsicherung für die Arbeitnehmer darstellt.

Ich darf noch vielleicht ein Wort zur Harmonisierung der Pensionssysteme hier sagen. Ein paar persönliche Worte. Mit der Harmonisierung der Pensionssysteme ist das halt so eine Sache. Denn es war doch in der Vergangenheit verlockend, gerade im öffentlichen Dienst, pragmatisierte Dienstverhältnisse zu schaffen, sich den Arbeitgeberbeitrag als Dienstgeber zu ersparen und sich gleichzeitig die bislang eingezahlten Beiträge zurückerstatten zu lassen. Und dieses Thema beschäftigt uns nicht erst seit diesem Zeitpunkt, sondern seit dem wir immer mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben die in den frühzeitigen Ruhestand eintreten und die dann plötzlich für uns, auch in den Kommunen oder sonst wo wir im Bereich der öffentlichen Hand tätig sind, im Budget wirksam werden.

Und wenn ich zu mir nach Hause schaue, eine der größten Pragmatisierungswellen in der Stadtgemeinde Mödling hat damals unter dem sozialistischen Bürgermeister Dr. Horny stattgefunden. An die 200 Mitarbeiter wurden damals pragmatisiert um Gelder für kommunale Investitionen locker zu machen. 30 Jahre danach muss Bürgermeister Hans Stefan Hintner mit den budgetwirksamen Auswirkungen dieser Pragmatisierungswelle leben. Und mit Befremden müssen die öffentlich Bediensteten Aussagen von Alfred Gusenbauer zur Kenntnis nehmen, der sich im Oktober 2002 gegenüber der „Kronen Zeitung“ dahingehend äußert, 25 Prozent Bürokratiekosten einsparen zu wollen. Das würde bedeuten, 40.000 öffentlich Bedienstete weniger, jeder vierte Lehrer in den Pflichtschulen weniger, jeder vierte in den Universitäten, jeder vierte Exekutivbeamte, jede vierte Bedienstete im Gesundheitswesen und so weiter und so fort.

Und zur Jahreswende 2002/2003 überraschte auch Dr. Gusenbauer mit einem Vorschlag, von jedem öffentlichen Bediensteten einen Solidarbeitrag zu verlangen der mehr als die ASVG-Höchstpension erhält. Selbst der sozialdemokratische Gewerkschaftsvize Peter Korecky lehnte diese Pläne ab.

Ich darf nur eines sagen, dass für den öffentlichen Dienst es unbestritten ist, dass es zu einer schrittweisen Annäherung der Beamtenpension an die Privatwirtschaft kommen muss und dass diesbezüglich auch laufend hier verhandelt wird.

Ich darf vielleicht auch ein abschließendes Wort zur Frage der Pensionsharmonisierung bzw. zum Pensionsvolksbegehren machen. Ein Mödlinger Pensionist hat mir eine Aufstellung gegeben seiner Pensionsbezüge. Und hat gesagt, er ver-

steht den ganzen Rummel nicht. Und ich habe mir das dann angeschaut und das schaut so aus, dass er mir seine Pensionsbezüge vom Jahre 1997 mit 11.217,80 Schilling bis zum Jahr 2004 mit 1.194,30 Euro gezeigt hat. Und die hat er verglichen. Und aus dieser Aufstellung geht hervor, ich kann es euch dann zeigen, dass seine Realpensionsverluste im Jahr 1993 mit 13.842,80 Schilling Pension bei minus 0,406, im Jahr 1994 mit 14.214,- Schilling bei minus 4,524 und im Jahr 1997 mit 14.045,- Schilling bei minus 0,370 Prozent lagen. Und ich frage Sie, sehr geehrte Damen und Herren: Wer stellte 1993, wer stellte 1994 und wer stellte 1997 den Bundeskanzler und den Finanzminister der Republik Österreich? War es damals sozial gerecht weil die SPÖ den Bundeskanzler und den Finanzminister stellte? Diese Frage müssen Sie nicht nur dem Mödlinger Pensionisten, sondern allen Österreicherinnen und Österreichern beantworten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident Mag. Freibauer:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit erkläre ich die Aktuelle Stunde zum Thema „Pensionskürzung, Steuerbelastung, Arbeitslosigkeit – Auswirkungen auf Niederösterreich“ für beendet. Ich ersuche Herrn Abgeordneten Mag. Riedl, die Verhandlungen zum Geschäftsstück Ltg. 190/S-5/5 einzuleiten.

**Berichterstatter Abg. Mag. Riedl (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

NÖ Landesfeuerweherschule, Neubau eines Schulungszentrums. Nicht nur als Tullner, sondern auch als Gemeindevertreter freue ich mich darüber, Bericht erstatten zu dürfen. Wenn die Menschen sich freiwillig in den Dienst unserer Mitmenschen stellen, so ist das nicht nur gratis, sondern ganz offen auch unbezahlbar. Und wenn darüber hinaus eigentlich die Aufgaben sich laufend verändern und diese Freiwilligen immer mehr auch ihre Vorbereitung, auch ihre Ausbildung in den Mittelpunkt stellen, so hat das für mich etwas mit dem Sinn oder mit der Suche nach dem Sinn unseres Daseins zu tun. Und daher ist es auch eine Selbstverständlichkeit, dass diese Grundlage für, und die Feuerwehren haben es ja mehr oder minder auf den Punkt gebracht, freiwillig und doch professionell, dass diese Vorgabe auch gegeben wird.

Die Notwendigkeit, nicht nur im neuen Aufgabenbereich, sondern auch in der Qualität und in der Quantität der Ausbildung ist gegeben. Bei den Aufgabenbereichen, ich erinnere hier nur an Atemschutz, Funk, gefährliche Stoffe, Verkehrsunfälle, Tunneleinsätze, neue Materialien. Auch die immer häufiger werdenden posttraumatischen Stresserscheinungen die zusätzlichen Erfahrungswert be-

dürfen oder Strahlenschutz, Sprengdienst, Tauchdienst etc.

Wenn wir in der Vergangenheit große Lehreinheiten für doch relativ weniger Feuerwehrleute zur Verfügung hatten, so müssen wir heute in der Quantität sagen erstens einmal zu den Spezialaufgaben und in der Spezialvorbereitung brauchen wir die entsprechenden Einheiten um effizient auch schulen zu können. Und zum Zweiten: Es sind nun einmal so wie nach der Suche nach dem Sinn jährlich mehr geworden. Und daher auch hier dringend ein Neubau erforderlich.

Dass hier auch andere Einrichtungen unter einem Dach sich zusammen finden werden wie der Landesfeuerwehrverband, wie die Abteilung Feuerwehr und Zivilschutz, wie die Brandverhütungsstelle, aber auch der NÖ Zivilschutzverband, zeigt nur wie wichtig die Kooperation und Koordination im Katastrophenfall auch ist. Und daher eine gemeinsame Schulung hier Sinn macht.

Ich darf daher namens des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur vorliegenden Vorlage folgenden Antrag bringen (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Das Projekt ‚Neubau der NÖ Landes-Feuerweherschule und sonstiger Einrichtungen (Abteilung Feuerwehr und Zivilschutz, NÖ Landesfeuerwehrverband, NÖ Zivilschutzschule, NÖ Brandverhütungsstelle)‘ wird zustimmend zur Kenntnis genommen und es wird für die budgetmäßige Bedeckung in den kommenden Jahren vorgesorgt werden.
  - a) Gesamtkosten: € 36.430.000,00 exkl. MWSt. (Basis 1. Jänner 2002), davon entfallen auf Immobilien € 33.670.000,00, Mobilien € 2.760.000,00
  - b) Finanzierungsplan:  
Der beiliegende Finanzierungsplan wird zur Kenntnis genommen.
  - c) Rückzahlungsraten:  
Aufgrund des vom Land Niederösterreich zu tragenden Gesamtkostenanteils für die Bauteile II - VII in der Höhe von € 33.530.000,00 exkl. MWSt. ergeben sich folgende voraussichtliche jährliche Leasingraten (Basis 1. Jänner 2002):  
Immobilien (Laufzeit 25 Jahre) € 1.629.538,85 inkl. MWSt.,  
Mobilien (Laufzeit 9 Jahre) € 384.614,29 inkl. MWSt.

Die Rückzahlungsraten verstehen sich inkl. MWSt. und inkl. Kautions.  
Erstfälligkeit der Raten: voraussichtlich 2007  
Finanzierendes Institut: NÖ Hypo Leasing Gesellschaft mbH

- Die Landesregierung wird ermächtigt, die zur Durchführung des Beschlusses erforderlichen Maßnahmen zu treffen.“

Herr Präsident, ich bitte die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

**Präsident Mag. Freibauer:** Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Waldhäusl.

**Abg. Waldhäusl (FPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kollegen der Landesregierung und des NÖ Landtages!

Der Berichterstatter hat damit begonnen, es ist eine Freude für einen Berichterstatter und eine Freude als Gemeindevertreter, als Tullner, dass es hier zu einem Neubau kommt. Ich möchte es ergänzen, es ist für mich eine Freude als aktiver Feuerwehrmann der seit seinem 15. Lebensjahr aktiv im Feuerwesen tätig ist, dass es hier weiter geht und dass es hier zu einer Modernisierung im Interesse der Feuerwehren, im Interesse der Bevölkerung und zum Schutze der Feuerwehrmänner kommen wird.

Diese NÖ Landesfeuerweherschule muss selbstverständlich die Veränderungen mittragen. Die Veränderungen, die sich leider ergeben haben. So war es früher leicht und schön Feuerwehrmann zu sein. Die Brandbekämpfung war das größte Arbeitspotenzial für einen Feuerwehrmann und man konnte mit einem relativ geringen Ausbildungsstand sehr wohl die Einsätze erfüllen.

Diese Erfordernisse haben sich leider Gottes stark verändert. Es war jedoch immer selbstverständlich seitens der Öffentlichkeit, aber auch der Politik und allen anderen Kreisen in der Bevölkerung, die Verantwortung tragen, zu sagen und zu fordern, die Freiwillige Feuerwehr muss auch das erledigen, sie muss sich auch hier umstellen, sie muss auch diese Anforderungen in Kauf nehmen. Und selbstverständlich werden sie dies und das und das auch noch machen. Wir werden finanziell ein wenig unter die Arme greifen, sie werden hier und da das entsprechende Gerät erhalten, mitfinanzieren, selbstverständlich, weil da ist es ja gut wenn diese Feuerwehren auch sehr viel Geld selber aufbringen.

Aber über die Frage, wie man mit diesen neuen Geräten umgeht, wie man auch die Ausbildung bewerkstelligen wird, über diese Frage wurde immer wenig diskutiert. Es war selbstverständlich, weil es unsere Feuerwehrmänner gegeben hat. Jetzt sind es auch die Feuerwehrfrauen. Und es war immer selbstverständlich dass sie jedes Mal dem Ton der Sirene gefolgt sind. Egal zu welcher Tages- und Nachtzeit. Egal ob sie als Landwirt am Kartoffelacker waren oder als Arbeiter in der Industrie beschäftigt. Egal wo immer man sich aufgehalten hat.

Man hat hier den sogenannten Dienst am Nächsten sehr wohl angetreten. Und daher ist es wichtig, auf Grund dieser vielen Änderungen, dass wir auch hier diese Ausbildung dementsprechend angleichen. Es ist erforderlich, dass wir im Bereich des Atemschutzes vor allem als persönliche Schutzausrüstung hier die Ausbildung anpassen. Als ich meine Atemschutz Ausbildung gemacht habe in Tulln war noch der Turm, dort ist ordentlich eingeeizt worden und wenn es zu heiß war hast du dir die Ohren am Helm verbrannt. Und es war auch eine Ausbildung und sie war nicht schlecht. Aber es war nicht unter dieser medizinischen Aufsicht, unter den Gegebenheiten so wie wir es heute brauchen.

Dass der Funk immer mehr in den Mittelpunkt rückt, dass leider Gottes immer mehr Einsätze im Bereich von gefährlichen Stoffen stattfinden und dass es auch im Bereich von Tunnelleinsätzen immer wieder mehr Rufe nach unseren Feuerwehren gibt, ist leider der Fall. Und auch die Bewältigung von Katastrophen, von Großeinsätzen, Großschadensereignissen. Und dementsprechend die Zusammenarbeit mit den anderen Hilfsorganisationen. Die Koordination. Das alles sind Dinge, meine werten Kollegen, denen wir uns stellen müssen und wo wir auch dementsprechend hier die Ausbildung ausrichten müssen.

Und es ist wichtig, dass hier dieser erforderliche Standard an Ausbildung auch unsere Feuerwehren relativ rasch entgegen gebracht werden kann. Ein Lehrgangsbesuch ist nicht immer nur eine schöne Sache. Ich denke gern zurück an meine vielen Besuche in Tulln in meiner Jugend, war eine schöne Zeit. Wir haben auch viel gelernt. Jetzt sind diese Lehrgangsbesuche stark im Steigen weil es notwendig ist und es ist auch Gottseidank erfreulich festzustellen, dass die Mitgliederzahlen der niederösterreichischen Feuerwehrmitglieder auch gestiegen sind. Und daher ist auch deswegen eine verstärkte Ausbildung notwendig.

Ich spreche hier nicht von der normalen Grundausbildung, weil wir wissen, dass diese

Grundausbildung selbstverständlich schon seit längerer Zeit vor Ort durchgeführt wird. Und der momentane Standort der Schule kann diese Herausforderungen und diese Aufgaben natürlich nur eingeschränkt und auf Sicht gesehen nicht mehr erfüllen.

Und daher ist es richtig und gut, dass hier jetzt bereits mit einem Grundsatzbeschluss des NÖ Landtages im Jahre 2002 ein neuer Weg eingeschlagen wurde. Die Standortsuche abgeschlossen ist und es auch hier zu einem zentralen Feuerwehrgebilde kommt wo eben, wie bereits erwähnt auch vom Berichterstatter, nicht nur die Schule im Allgemeinen, sondern auch mit dem Landesfeuerwehrverband, mit der Abteilung Feuerwehr und Zivilschutz, der Brandverhütungsstelle und dem Zivilschutzverband hier eine Koordination auch auf dem Standort kommen wird.

Und wenn man sich über die Summen unterhält die hier erforderlich sind, dann muss ich sagen, es ist mehr als gerechtfertigt hier diese Gesamtkosten von über 36 Millionen Euro aufzustellen. Und es ist eine Selbstverständlichkeit für das Land Niederösterreich hier um die 33,5 Millionen Euro hier auch sicherzustellen.

*(Zweiter Präsident Sacher übernimmt den Vorsitz.)*

Weil eben hier mit einem Gästehaus, mit einem eigenen Schulbereich, mit dem Garagen-Werkstättenlager, mit einem eigenen Übungsdorf in den Außenanlagen und mit einem Übungshafen hier dem Rechnung getragen wird was wir alle immer wieder von unseren Freiwilligen Feuerwehren tagtäglich verlangen.

Ich freue mich daher, dass es hier heute zu diesem Beschluss kommen wird. Und möchte noch ganz kurz ein paar Worte über die Ausbildung im Generellen verlieren. Warum diese Ausbildung eben in diesem Umfang in erster Linie als Garant für die Sicherheit unserer Bevölkerung. Diese Ausbildung ist freiwillig. Sie passiert im Urlaub oder in der Freizeit. Die Ausbildung um im Ernstfall anderen Menschen helfen zu können. Aber auch diese Ausbildung um im Einsatz selbst geschützt zu sein. Ist ganz was Wesentliches. Denn jeder soll auch gesund nach Hause zurückkehren können.

Die neuen notwendigen Geräte erfordern diesen hohen Ausbildungsstand. Es ist alles freiwillig. Freiwillig für unser Bundesland und unseren Menschen die hier leben. Was ist das Feuerwehrwesen, so ganz kurz erwähnt. Die Feuerwehr ist kein Hobby, meine Damen und Herren. Ich könnte viel

mehr sagen, Feuerwehr ist Berufung. Feuerwehr ist Berufung und professionelles Handeln unter Einsatz des eigenen Lebens. Feuerwehrwesen heißt viel Zeit, viel Zeit für das Feuerwehrleben im Ort, viel Zeit für Veranstaltungen zum Erwerb von Geräten, viel Zeit für Kurse und Seminare in der Freizeit zu Lasten des Berufs, zu Lasten der Familie und zu Lasten der eigenen Freizeit. Und trotzdem gibt es Gottseidank so viele Frauen und Männer der Freiwilligen Feuerwehr die diesem Ruf nachkommen.

Daher ein Danke an alle Feuerwehrmitglieder und deren Familien. Ein Danke auch dafür, dass man die Feuerwehr auch so sieht in der Öffentlichkeit. Die Feuerwehr als Wirtschaftszweig, die Feuerwehr als Kulturleben in den Ortschaften, aber vor allem die Feuerwehr als Dienst am Nächsten. Dieser Neubau ist ein Zeichen des Dankes von uns Mandatsträgern, von uns Abgeordneten an die Florianijünger. Und diesem Neubau sollte jeder Abgeordnete selbstverständlich daher seine Zustimmung geben. Gut Wehr! *(Beifall bei der FPÖ.)*

**Zweiter Präsident Sacher:** Als nächster Redner ist Herr Abgeordneter Mag. Fasan am Wort.

**Abg. Mag. Fasan (Grüne):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Kollege Waldhäusl hat natürlich Recht wenn er sagt selbstverständlich soll man zu diesem Neubau seine Zustimmung geben. Das tun wir auch gerne. Wir tragen das natürlich selbstverständlich mit. Wir haben auch mit Interesse die Antragsbegründung gelesen. Wir haben also mit Interesse auch diese Abhandlung verfolgt wo es um die Notwendigkeiten und die Ziele der Baumaßnahmen geht. Denn das ist sehr, sehr interessant eigentlich zu studieren, wie sich die Ausbildung verändert hat, wie sich die Tätigkeit, der Tätigkeitsbereich der Feuerwehren na selbstverständlich verändert hat. Das ist ja ganz klar.

Ich nenne ein Beispiel. Sehr vieles ist schon gesagt worden, aber ich nenne ein Beispiel weil es mir am Herzen liegt und weil ich glaube, dass man den täglichen Tätigkeitsbereich, wenn Sie so wollen das Alltagsgeschäft der Feuerwehr an diesem Beispiel sehr, sehr gut festmachen kann.

Der Großteil und jeder und jede die einmal bei einer Generalversammlung einer Feuerwehr dabei war weiß das natürlich, der Großteil der Einsätze der Feuerwehren sind heute technische Einsätze. Das sind meistens Einsätze, sehr häufig Einsätze im Bereich von Verkehrsunfällen. Und da ist es



natürlich ganz wichtig auf das speziell auszubilden. Das ist neu. Es ist der Hauptteil der Feuerwehren in Wirklichkeit nicht mehr der Brandschutz, die Brandbekämpfung, sondern technische, vielfach auch chemische Einsätze. All das geht natürlich aus dieser Antragsbegründung hervor. Und es wird auch sehr, sehr gut dargelegt und aufgezeigt warum sich also diese Erfordernisse in der Ausbildung natürlich geändert haben und ändern werden müssen und mit diesem Neubau auch ändern werden.

Das Verkehrswesen ist mir deshalb so wichtig weil es ja eine gute Tradition der Feuerwehren ist, auch auf die Prävention, auf die Vorsorge hin zu weisen. Und da meinen wir gibt es durchaus schon noch Rückstände was die Prävention bei den technischen Einsätzen, ja die Prävention im Verkehrswesen betrifft. Wir wissen alle, die traurige Unfallstatistik des Jahres 2003, insbesondere für Niederösterreich traurig. Wir wissen alle, im Vorjahr starben in Niederösterreich 277 Menschen. Das sind um 6 Prozent mehr als im Jahr davor, also 2002. Es ist sehr, sehr bedauerlich, dass gerade in Niederösterreich die Zahl der alkoholisierten Unfalltäter um 8,5 Prozent gestiegen ist. Das sind Unfälle, wo die Feuerwehr oft lebensrettend mit eingreift. Denn natürlich arbeiten die Blaulichtorganisationen zusammen. Und ich komme dann später noch zu den Blaulichtorganisationen. Natürlich sind es die Sanitäterinnen und Sanitäter die den Leuten Erste Hilfe leisten und die ihnen sehr häufig das Leben retten. Aber wer schneidet denn die Leute aus den Autowracks heraus? Wer versucht denn überhaupt einmal die Unfallstelle abzusichern dass der Notarzt zugreifen kann? All das sind, und da gebe ich dem Kollegen Waldhäusl schon Recht, lebensgefährliche Aufgaben der Feuerwehr.

Und daher ist es so bedauerlich, dass in Niederösterreich gerade die technischen Einsätze der Feuerwehr so zunehmen müssen weil die Zahl der Verkehrsunfälle so dramatisch steigt. Und umso bedauerlicher ist es noch, dass das großteils speziell durch Alkoholismus und Raserei, also die beiden häufigsten Unfallursachen, selbstverschuldete Unfälle sind. Und das Bedauerlichste, dass immer mehr Kinder zu Schaden kommen. Das alles muss man, wenn man an die Prävention der Feuerwehrarbeit denkt, heute mit erwähnen.

Und insofern möchte ich mich schon auch all jenen anschließen die im Zusammenhang mit Verkehrssicherheit dem Kollegen Karner für seine tatsächlich ungeheuerlichen Äußerungen irgendwie, man kann es ruhig so nennen, den Oskar der Geschmacklosigkeit verleihen. Denn zu sagen, derjenige, der eine andere Verkehrspolitik will als der Verkehrsreferent der Landesregierung oder die

Mehrheitspartei der Landesregierung ist Schuld am Verlust von Menschenleben mit seiner Bewegung, gerade wir als Grüne die unlängst erst auch einen der unsrigen, einen Gemeinderat aus Rohrendorf verloren haben bei einem tragischen Verkehrsunfall. Da zu sagen, die sind Schuld als hätten die Grünen diese Straße gebaut wo neulich dieser schwere Verkehrsunfall, auf der S33 stattgefunden hat, das ist schon ein starkes Stück.

Und daher kann ich mich nur anschließen, dass der Kollege Karner hier dringend ein Seminar in Sachen Geschmacksfragen in der Politik brauchen würde. *(Beifall bei den Grünen. – Abg. Weninger: Da soll gleich die Kollegin Dr. Krismer mitgehen! Das sollen sie miteinander machen! Ist billiger wenn Sie es zu zweit machen!)* Aber wir wollen nicht weiter davon reden. Es ist traurig dass man das hier mit verwenden muss.

Blaulichtorganisationen insgesamt: Natürlich arbeitet auch die Feuerwehr gerade in den technischen Einsätzen mit anderen Organisationen sehr, sehr stark zusammen. Und da ist natürlich nicht nur das Rote Kreuz, die Rettung, der Notarztwagen zu nennen, sondern natürlich auch die Gendarmerie ist zu nennen. Und daher ist es für uns äußerst bedauerlich, dass ein Antrag, den wir heute schon gestellt haben, wo es um die einfachsten Maßnahmen, um die einfachsten Ausrüstungsmaßnahmen, um die einfachsten dienstrechtlichen Maßnahmen der Gendarmerie geht, nicht unterstützt wurde hier im NÖ Landtag. Ein Antrag, wo es um ganz einfache Sachen geht. Um die Ausrüstung, die technische Ausrüstung der Dienststellen in der Gendarmerie, um Computerarbeitsplätze, die nicht vorhanden sind. Um Menschenrechtsausbildung bei der Gendarmerie, um Planstellenwahrheit bei der Gendarmerie. Weil es nicht so sein kann dass niederösterreichische Gendarmen zunehmend dienstzugeteilt werden nach Wien zu den Sondereinsatzkommanden und die Dienststellen nicht nachbesetzt werden. Und all das wollen Sie nicht hören und all das wollen Sie nicht unterstützen.

Und ich bin dafür, meine Damen und Herren von der ÖVP, dass diese, wieviel sind es, 36,4 Millionen Euro, in gleicher Höhe auch der Gendarmerie zur Verfügung gestellt werden soll für dortige technische Verbesserungen. Weil die haben nämlich genau dasselbe Recht wie die Feuerwehr. Die leisten auch Schwerstarbeit und Dienst am Menschen und nicht nur die Feuerwehr. Also ich würde Ihnen dringend anraten hier in der Zukunft mehr Gewicht auch darauf zu lenken. Abschließend noch zur Frage der Erhöhung der Feuerschutzsteuer und der Befreiung der Feuerwehren von der Mehrwertsteuer. Wir schließen uns diesen Bestrebungen

gerne an und werden auch diesem Antrag, der ja noch kommen wird, beitreten. *(Beifall bei den Grünen.)*

**Zweiter Präsident Sacher:** Als nächster Redner gelangt Herr Abgeordneter Cerwenka zu Wort.

**Abg. Cerwenka (SPÖ):** Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Für das Feuerwehrwesen und Zivilschutz ein wichtiger Tag und auch ein richtungsweisender Beschluss. Und für mich als Mandatar des Bezirkes Tulln natürlich eine besondere Freude dass der Standort in diesem Bezirk gefunden wurde. Es geht heute um 36,43 Millionen Euro. Das sind nach alter Rechenweise über 500 Millionen Schilling niederösterreichischer Finanzmittel. Und so wie jetzt angeklingen, voraussichtlich selbstverständlich für alle Fraktionen im NÖ Landtag. Das ist auch gut so. Obwohl ich nicht alle Abgeordneten immer verstehe, denn da geht's ums eigene Geld unseres Bundeslandes. Und Gottseidank sind alle dafür. Wenn es aber um Bundesmittel geht, und das haben wir in der Vergangenheit einige Male erlebt, dann hat es sehr wohl Teile in diesem Haus geben, die nicht mitgezogen haben für unsere Feuerwehren und die lange blockiert haben. Ich denke da an die Umsatzsteuer, sprich Mehrwertsteuerbefreiung, wo es dann erst nach harten Auseinandersetzungen zu einem Kompromiss im Zusammenhang mit der Feuerschutzsteuer gekommen ist.

In Wirklichkeit geht's da um eine Gleichstellung auch mit den Rettungsorganisationen die das schon lange haben. Ich denke an die Befreiung von den Rundfunkgebühren für Feuerwehr und Rettungsorganisationen, die einem Teil dieses Hauses nicht wesentlich erschienen sind. Wir wissen, dass es viele Problematiken gibt. Es hat einen Antrag von mir gegeben betreffend einen Haftungsfonds für überörtliche Einsätze. Auch der ist in einem Unter-Ausschuss gelandet und in Wirklichkeit durch den Periodenwechsel nicht weiter verfolgt worden.

Daher hat es in der Vergangenheit viele Finanzierungsfragen für das System gegeben, die entweder keine Zustimmung gefunden haben oder erst nach Verhandlungen reif geworden sind. Und wir haben natürlich auch die Problematik, dass Zusagen, die gegeben wurden, nicht halten. Es hat die Ankündigung des Herrn Finanzministers gegeben, dass diese Problematik Mehrwertsteuerbefreiung bzw. Feuerschutzsteuer mit der Steuerreform miterledigt werden wird. Jetzt wissen wir, es ist nicht der Fall. Es ist nicht daran gedacht. Die Steuerreform liegt im Ministerrat und in diese Richtung geht einfach nichts weiter. Und sich nur

darauf zurückzuziehen auf EU-Richtlinien bezüglich Förderbarkeit das kann es nicht sein. Ich habe mir diese EU-Richtlinien der Steuerbefreiungen im Inland angesehen. Und ich glaube, es ist Aufgabe der Politik, auch der niederösterreichischen Politik, aber natürlich auch unserer Vertreter im Bund, hier zu schauen, neue Vereinbarungen zu treffen. Denn viele andere Bereiche, die oft nicht diesen Stellenwert haben wie diese Sicherheitskomponente, sind da drinnen. Und daher machen wir auch heute einen neuerlichen Anlauf mit einem Resolutionsantrag wo es wieder darum geht, die Feuerwehren zu unterstützen bzw. mit anderen Organisationen gleich zu stellen. Den dann der Kollege Friewald einbringen wird. Nachdem alle beitreten wollen, sind wir uns wenigstens dieses Mal in Niederösterreich Gottseidank für das Feuerwehrwesen einig. Und ich sage schon voraus ein herzliches Dankeschön! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Denn eines ist zu wenig: Nur Ehrungen zu veranstalten, aber wenn es dann Spitz auf Knopf geht und die Organisationen Unterstützung brauchen das hinauszuschieben, das kann nicht die seriöse Politik sein. Aber zurück zum heutigen Meilenstein. Es ist wirklich ein zukunftsweisender Beschluss was die Sicherheit und die Ausbildung in Niederösterreich betrifft. Da muss man zurückblenden zur Ausgangssituation. Der Kollege Waldhäusl hat schon ein bisschen die Tullner Situation angesprochen. Und wer sie vor Ort kennt, weiß, dass viele Dinge nicht mehr zeitgemäß waren. Da denke ich zum Beispiel an das Brandhaus, dass keine Erweiterungsmöglichkeit bestanden hat oder besteht durch die räumliche Lage und dass derzeit zum Beispiel der Zivilschutzverband eine eigene Ausbildungsstätte in Horn betreibt, während hier Synergieeffekte auf dem Tisch liegen, wo man gemeinsam Räumlichkeiten nutzen kann.

Das Nächste war dann die Standortfrage. Und es hat vier Bewerber um den Standort für dieses neue Ausbildungs- und Sicherheitszentrum gegeben. Wovon drei alleine unmittelbar aus dem Bezirk Tulln waren. Nämlich Tulln, Zwentendorf, Langenrohr und der vierte Bewerber ein angrenzender Nachbar, sprich Traismauer. Es zeigt auch die Bedeutung und den Stellenwert des niederösterreichischen Zentralraumes der in Wirklichkeit für mich schon mehr als das vierte Viertel, sondern in Wirklichkeit das fünfte Fünftel dieses Bundeslandes durch die geopolitische Lage ... *(Abg. Dr. Michalitsch: Das fünfte Viertel!)* Das fünfte Fünftel. Das ist mathematisch nicht korrekt, Kollege.

Es ist jedenfalls dann weiter gegangen mit der Bewertung des Standortes und mit der Konzeption.

Und diese Konzeption ist sehr gut vorangegangen mit einer Konzentration im Sinne der Sicherheit. Und ich glaube, das ist der richtige Weg. Alles nach Möglichkeit an einem Standort. Die Feuerweherschule, den Landesfeuerwehrverband, den Zivilschutzverband und die Fachabteilungen. Da wird es eine Menge an Synergieeffekten geben. Und einer zeigt sich zum Beispiel, und da denke ich zwei Jahre zurück: Landeskrisenstab. Das wird in Zukunft in Tulln relativ einfach vor Ort zu handeln sein. Und wir wissen aus der Katastrophe des Hochwassers von 2002, dass es hier einige Probleme gegeben hat, dass hier Verbesserungen notwendig sind. Aber nicht nur im Bereich des Landeskrisenstabes sondern auch in der Durchlässigkeit der Informationen auf den verschiedensten Ebenen.

Und vielleicht ein kleiner Seitensatz zur Hochwasserkatastrophe. Es wird jetzt bald zwei Jahre dass die Katastrophe vorbei ist. Die Grundlagenerhebungen sind im Laufen oder teilweise abgeschlossen. Die Plattform ist zu einem Ergebnis gekommen. Ich kenne zwar die Erkenntnisse noch nicht im Detail, aber ich bin überzeugt der Herr Landesrat hat das schon vor sich liegen. Und jetzt ist die Frage was wir daraus machen. Es sind schon positive Wege eingeschlagen worden im Prognosesystem, was Donau, Kamp und in weiterer Folge auch einige andere größere Gerinne unseres Bundeslandes betreffen wird. Was aber noch fehlt, und das fehlt den Menschen vor Ort, ist die sichtbare Wahrnehmung, was hat sich verändert. Was uns damals versprochen wurde, wird es angegangen? Und die Leute werden erst dann zufrieden sein wenn die ersten Bagger auffahren. Und ich kann es aus meinem unmittelbaren Nahverhältnis sagen: Uns wurde versprochen Steuermechanismen, sprich Rückstauklappen für den Tullnerfeld Nord Donauhochwasserschutz. Und bis jetzt ist mir nichts bekannt dass in dieser Richtung schon irgend etwas geschehen ist.

Wir werden im Hinblick auf die roten Linien Maßnahmen in der Bauordnung, in der Raumordnung zu treffen haben. Es liegt eine Menge an Arbeit vor uns. Aber für mich ist es wichtig, die Sensibilisierung, das Bewusstmachen für die Bevölkerung. Dass das Land sich einsetzt was steuerbar ist - Restrisiko nie ausgeschlossen - dass hier wirklich Maßnahmen, Bautätigkeiten gesetzt werden und uns hoffentlich nicht die Zeit durch neue unvorhergesehene Ereignisse überholt.

Aber zurück zum Kernpunkt, zum Zentrum. Es ist eine optimale Chance, es gibt Bundesländer die bereits sehr gute Voraussetzungen haben, es gibt Bundesländer die das noch nicht haben. Wir wer-

den uns jetzt vorne einreihen. Es bietet die Möglichkeit auf neue Lehr- und Lernformen. Das ist ja nicht nur im Bereich der Erstausbildung wichtig, im schulischen Bereich, sondern auch im Feuerwehrwesen oder im Zivilschutzwesen. Und durch hervorragende Raumnutzung und Anpassung der Ausbildung an die technischen Standards und natürlich hervorgerufen durch die gesellschaftspolitischen Veränderungen gibt es hier große Möglichkeiten. Es hebt auch den Stellenwert des Feuerwehrwesens und des Zivilschutzwesens. Und davon sind unmittelbar allein in Niederösterreich über 90.000 Freiwillige betroffen, die natürlich alle einen Multiplikatoreffekt haben und daher betrifft es in Wirklichkeit hunderttausende Menschen die sich mit dem Thema auseinandersetzen.

Die Aufgabenverschiebung zu den technischen Schwerpunkten wurde schon angesprochen und daher ist es für mich wirklich der Untertitel Sicherheitszentrum, Ausbildungszentrum. Zwei Millionen Euro jährlich Leasingrate ist keine Kleinigkeit. Aber für meine Fraktion eine selbstverständliche Notwendigkeit, damit wir jenen gute Voraussetzungen geben die in Wirklichkeit rund um die Uhr, 24 Stunden am Tag und in der Nacht für uns da sind. Ich hätte mir eine ähnliche Selbstverständlichkeit auch bei wesentlich geringeren Budgetposten gewünscht, die für viele Menschen, die es ganz dringend brauchen, auch sehr, sehr wichtig gewesen wäre. Und da denke ich zum Beispiel an den Heizkostenzuschuss, der einen Bruchteil dieser Summe ausmacht. Und aus aktuellem Anlass tu ich mir wieder sehr schwer mit der Begründung die damals bei der Behandlung im Landtag von ÖVP-Mandataren gegeben wurde, dass der Winter ohnehin nicht sehr streng ist, ein sehr milder Winter ist. Gestern großer Bericht im ORF wie teuer dieser Winter ist, was Streumaterialien betrifft, was auch Heizkosten betrifft. Und neben der Temperaturrealität, die uns eingeholt hat mit diesem sehr langen und kostenintensiven Winter merkt man halt dass es nicht nur draußen kalt ist, sondern auch die soziale Kälte eingezogen ist. *(Beifall bei der SPÖ und den Grünen. - Abg. Nowohradsky: Diskutieren wir den Neubau oder die Heizkosten?)*

Naja, es geht schon um Finanzierungsfragen. Oft sind es die kleinen Dinge die für viele auch sehr wichtig sind. Und da gibt's halt dann eine andere Haltung, da fehlt die Zustimmung. Und das kann man ruhig ansprechen. Ich weiß dass es schmerzt, aber es ist Realität.

Natürlich volle Zustimmung und Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion für dieses Vorhaben. Wir haben uns immer und werden uns auch in Zukunft immer für das Feuerwehrwesen und den Zivilschutz einsetzen, was nicht alle vollinhaltlich

von sich behaupten können. Aber es gibt ja schon Trendumkehr in einigen Bereichen, worüber ich mich sehr freue und daher möchte ich die ganzen Maßnahmen, die schon beantragt wurden, nicht noch einmal wiederholen. Aber eines muss uns klar sein: Die Steuerreform liegt am Tisch. Wir wissen, dass damit die Finanzierungsfragen für das Feuerwehrwesen um einiges schwieriger werden. Es werden weniger Mittel zur Verfügung stehen. Wir stehen aber jetzt an einem Zeitpunkt wo viele Dinge neu angeschafft werden müssen. Ob das im Fahrzeugbereich ist oder durch die Vereinheitlichung gerade auch im Uniformbereich. Das heißt, die finanziellen Belastungen für die Feuerwehren, sprich auch für die Gemeinden, wachsen und auf der anderen Seite entsteht eine Lücke durch eine geringere Finanzierung. Dieser Herausforderung werden wir uns stellen müssen gemeinsam. Und ich glaube, der heutige Resolutionsantrag ist ein erster Schritt dazu, eine Willenskundgebung des NÖ Landtages. Und ich hoffe, dass wir auch im Bund endlich ein Umdenken erreichen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich wünsche eine reibungslose und unfallfreie Umsetzung in der Bau- und Errichtungsphase dieses neuen Sicherheits- und Ausbildungszentrums in Tulln und eine gute Zusammenarbeit für die gemeinsamen Nutzer im Sinne der Sicherheit für unser schönes Bundesland. Danke schön! *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Zweiter Präsident Sacher:** Als nächster Redner ist Herr Abgeordneter Friewald am Wort.

**Abg. Friewald (ÖVP):** Herr Präsident! Hohes Haus!

Wenn heute die Ausbildungsstätte der Sicherheitsorganisationen von Niederösterreich im Kontext Feuerweherschule genannt hier diskutiert wird, wo wir viel Geld in die Hand nehmen um ein dementsprechendes Ausbildungsniveau für die Einsatzkräfte hier zu schaffen, dann sind schon sehr viele Dinge erwähnt worden. Ich glaube nur, dass man es relativieren muss und die Dinge beim Namen nennen soll wo sie liegen.

Es ist, ob ich jetzt beim Heizkostenzuspruch beginne bis zu den anderen Diskussionen einer Radio- und Rundfunkgebühr. Gerade die Radiogebühr wenn man sie bewertet, das ist ein Stiefel für einen Feuerwehrmann, nicht einmal ein ganzes Paar. Also wir diskutieren um Dinge, die eigentlich nicht der wesentliche Elementsbereich sind.

Ich glaube, dass man sehr wohl darüber reden muss in welcher Art und Weise hier die Anforderung

und die Anforderungsprofile bestehen. Wenn man meint, dass die Struktur von Verkehrsunfällen hier mitzudiskutieren ist und man das in den Raum stellt welche Verkehrspolitik hier eine falsche ist, dann glaube ich, dass das eine richtige ist. Ich kann Ihnen als Beispiel eines sagen, und das ist Realität. Das ist das, der Ausbau der S33, sprich den 1. Abschnitt den wir hier ausgebaut haben von Stockerau bis Tulln. Ich weiß, 1988 bin ich noch als junger ÖVP-Obmann damals dort gestanden und habe gesagt, das wollen wir unbedingt, das fordern wir. Da hat es ein paar Grüne gegeben die sich auch hingestellt haben, die dagegen waren. Nur, in der Zeitphase von 1988 bis zur Verwirklichung hat es dort 22 Tote gegeben. Und die Frage, seit dem hatten wir keinen mehr. Seit der Errichtung haben wir keinen mehr. Das ist auch politische Verantwortung. Das ist politisches Umsetzen und das ist, glaube ich, auch vernünftige Verkehrspolitik wie wir sie in Niederösterreich handhaben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn mir die Freiwilligkeit beim Feuerwehrwesen in den Vordergrund gestellt wird, muss man eines ganz klar dazu sagen. Freiwillig im Feuerwehrwesen sind eigentlich nur zwei Dinge. Das ist der Eintritt zur Freiwilligen Feuerwehr und der Austritt. Dazwischen gibt es eine ganz klare Ordnung. Dazwischen gibt es ein ganz klares Ausbildungssystem. Ist nämlich nicht so dass der „freiwillig“ unter Anführungszeichen zwar in der Freizeit seinen Kurs macht, nur wenn er den Kurs nicht besucht kann er diese oder jene Tätigkeit gar nicht absolvieren. Und der Kommandant, der Einsatzleiter hat die Verantwortung, ob jemand hier Hand anlegt oder nicht Hand anlegt. Das heißt, es sind Verpflichtungen, da hängen sehr viele Entscheidungen, bis hin zum versicherungstechnischen Element in letzter Konsequenz daran. Deswegen müssen wir diese Ausbildung eben so gut als möglich unterstützen und ein Niveau schaffen.

Die Veränderung hat sich nicht so sehr ergeben sage ich jetzt Schadstoff, egal welche Einsätze, wie man sie beleuchten will. Weil jeder Brandeinsatz ist in Wahrheit ein chemischer und ein Schadstoffeinsatz auf Grund der Struktur der Brandstoffe die vorhanden sind. Wir haben hier die Veränderung auf Grund der Entwicklung. Eine Entwicklung, die wir alle jederzeit im Leben mitgenommen haben. Wir haben heute da die Laptops stehen. Wie wir im Landtag in Wien gesessen sind haben wir das noch nicht gehabt. Das heißt, diese technische Errungenschaft muss natürlich auch den Sicherheitskräften zugute kommen. Und dafür brauchen wir auch dementsprechend adäquate Ausbildung. Und dieses Niveau soll auch hier in dieser Struktur mit geschaffen werden.

Wenn die Hochwasserthematik mit angesprochen wurde, so ist die Planungsstruktur ja da. Es sind diese Stauklappen, die Strukturen die da geschaffen werden für das Jahr 2005 vorgesehen auch umgesetzt zu werden. Es hat einmal eine gewisse Vorlaufzeit bis man auch vernünftige Hand anlegen kann und die Dinge dann in der Form dort so situiert damit sie auch hier den Menschen dann das, den Erfolg bringen den man sich auch dabei vorstellt.

Wir haben noch ein Problem der immer wieder angesprochenen Struktur gerade im Feuerwehrwesen. Das ist für mich die Frage der Ausrüstung. Wir kennen alle die Dinge, wie wichtig jede Ausrüstung ist. Und wenn sie dann noch so lange herumsteht, wenn ich sie dann einmal brauch', es ist ein wesentliches Element.

Ich glaube aber auch nur, dass wir hier sehr wohl umdenken müssen, umdenken auch im Feuerwehrwesen selbst und bei den Feuerwehrfunktionären, nämlich in der Richtung dass das Wesentlichste und Wichtigste einmal der Mann ist der hier Hand anlegt. Und der Schutz am Mann, sprich diese Bekleidung, das, was er selber hat damit er, wenn er in den Einsatz geht, auch dementsprechenden Schutz vorfindet. Und dass das nicht die großen, gigantischen Tankwägen oder sonst irgend welche schön herzeigbaren Prunkstücke sein können. Sondern auch dort müssen wir darüber nachdenken, da gibt's keine Förderung dafür, dass er heute Stiefel bekommen kann, dass er eine Jacke bekommt. Das ist das Wesentliche, wo, glaube ich, ein Mensch geschützt werden soll der einem anderen helfen soll und hilft. Und unter diesem Aspekt müssen wir auch im Feuerwehrwesen selber darüber nachdenken. Und ich glaube auch ein Punkt der offen in der Politik angesprochen werden soll ist der, in welchen Bereichen wie welche Ausrüstungsgegenstände überhaupt notwendig sind, angeschafft zu werden.

Ich verstehe es als Feuerwehrkommandant nicht, das sage ich sehr offen, wenn ich gerade meine Buben alle ausgerüstet habe, dass das nächste Jahr drauf auf einmal ein neues Gewand mit einer anderen Farbe da sein muss. Und jetzt habe ich die neue Farbe eingerichtet und mir erzählen sie schon, das Blau wird nicht mehr aktuell, sondern es muss das Orange werden. Da, sage ich, gehe ich nicht mehr mit. Das kann es nicht sein. Nämlich in der Verantwortung auch des Kapitals des dahinter steckt, das wir zu verantworten haben. Ob es heute von Seiten des Landes, Bundes oder der Gemeinden ist. *(Beifall bei der ÖVP und den Grünen.)*

Wir müssen die Sicherheitsstrukturen bieten, aber auch das vernünftige Augenmaß in dem Bereich mit einbringen damit auch die Sicherheitsdebatte leistbar wird in Zukunft. Weil es ganz einfach auch unser Kapital ist das wir auch im Verantwortungsbereich der Bevölkerung einsetzen.

Wenn die Feuerwehrscheule hier in Tulln auf einem neuen Standort ist, dann ist, glaube ich, eines mitgegeben, und das, glaube ich, haben alle die jemals in Tulln waren miterlebt. Tulln ist ein Standort wo man sich wohl fühlt. Wenn man eine Ausbildung macht, der Herr Waldhäusl hat sogar gesagt er erinnert sich gern zurück an Tulln, weil Tulln eine schöne, attraktive Stadt ist und deswegen ist sicher dieser Standort einer der günstigsten den wir hier gewählt haben.

Ich darf im Namen der Kollegen Cerwenka, Friewald, Mag. Fasan folgenden Resolutionsantrag einbringen *(liest:)*

#### „Resolutionsantrag

der Abgeordneten Cerwenka, Friewald und Mag. Fasan zur Vorlage der Landesregierung betreffend Landes-Feuerwehrscheule, Neubau Schulungszentrum in Tulln, Ltg. 190/S-5/5 betreffend Erhöhung der Feuerschutzsteuer bzw. Befreiung der Feuerwehren von der Mehrwertsteuer.

Der Landtag von NÖ hat bereits mehrmals - zuletzt anlässlich der Budgetdebatte zum Budget 2004 - die Landesregierung aufgefordert, an den Herrn Bundesminister für Finanzen heranzutreten und diesen zu ersuchen, die Feuerschutzsteuer entsprechend dem Beschluss der Landeshauptleutekonferenz vom 6. April 2001 und der Zusage gegenüber dem Österreichischen Bundesfeuerwehrverband von 8 % auf 10 % zu erhöhen oder entsprechende legislative Maßnahmen zu setzen, damit die Feuerwehren bei Anschaffungen für Feuerwehrzwecke von der Mehrwertsteuer befreit sind oder diese refundiert wird.

Herr Bundesminister Mag. Grasser hat in seinen Beantwortungen eine Umsetzung dieses Anliegen im Zuge von Steuerreformmaßnahmen in einem Gesamtpaket in Aussicht gestellt.

Im Zusammenhang mit der Forderung, die Feuerwehren bei Anschaffungen für Feuerwehrzwecke von der Mehrwertsteuer zu befreien, wurde angemerkt, dass Gegenstände für Feuerwehrzwecke in der taxativen Aufzählung der Gegenstände und Dienstleistungen, die von der Umsatzsteuer befreit sind, in den Artikeln 13 bis 16 der 6. MWSt –

Richtlinie, die das gemeinsame Umsatzsteuerrecht regelt, nicht enthalten seien und es daher EU-rechtlich nicht gedeckt ist, solche Anschaffungen von der Umsatzsteuer zu befreien.

Die im Rahmen der Steuerreform 2005 zu ändernden Gesetze wurden bereits im Ministerrat beschlossen und dem Nationalrat zur Beratung und Beschlussfassung zugeleitet.

Für das Freiwillige Feuerwehrwesen lässt diese Steuerreform erhebliche Mindereinnahmen bei den Mitteln des Katastrophenfonds erwarten. Um so mehr erscheint es angebracht zu sein, die Forderungen des NÖ Landtages neuerlich zu bekräftigen.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert im Sinne der Antragsbegründung,

1. an den Parlamentsklub der Österreichischen Volkspartei, die Sozialdemokratische Parlamentsfraktion – Klub der sozialdemokratischen Abgeordneten zum Nationalrat, den Klub der Freiheitlichen Partei Österreichs und den Grünen Klub heranzutreten, und diese zu ersuchen, sich dafür einzusetzen, dass im Rahmen der Steuerreform 2005 die Feuerschutzsteuer von 8 – 10 % erhöht oder, wenn diese Erhöhung nicht durchgeführt werden kann, die Feuerwehr bei Anschaffungen für Feuerwehrzwecke von der Mehrwertsteuer befreit wird;
2. sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Mehrwertsteuerbefreiung der Feuerwehren bei der Anschaffung von Gerätschaften EU-rechtlich möglich wird.“

Ich glaube, dass gerade die steuerliche Struktur oder auch die gesellschaftliche Verantwortung die wir hier mitdiskutieren eine ist, die man nämlich auch unter der Prämisse sehen soll wie der Kollege Cerwenka gesagt hat, weil andere haben vielleicht diese Befreiung die sie nicht so notwendig brauchen. Ich würde mich wehren zu diskutieren wer braucht was wie notwendig. Ich glaube, wir haben ein sehr vernünftiges Sicherheitssystem das mit sehr viel Engagement der Bevölkerung funktioniert. Wir können stolz sein auf dieses Sicherheitssystem. Es ist ein wesentlicher Bestandteil der Struktur Niederösterreichs. Wir haben gesehen im Katastrophenfall was es heißt, Familie Niederösterreich hilft zusammen. Da sind wir gefordert und die Bevölke-

rung. Ein Danke dafür an alle die mitarbeiten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Zweiter Präsident Sacher:** Ich erteile nunmehr Herrn Abgeordneten Mag. Fasan das Wort.

**Abg. Mag. Fasan (Grüne):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe dem Kollegen Friewald sehr gerne applaudiert, weil ich das auch verstehe. Ich bin zwar kein Feuerwehrkommandant, aber ich kenne viele und ich verstehe das durchaus. Was die Verkehrspolitik und die Sicherheit im Straßenbau betrifft, dann, wenn das so ist, Kollege Friewald, wie du sagst, dann frage ich mich schon eines. Wenn Straßenbaupolitik à la ÖVP, Erhöhung der Verkehrssicherheit bewirkt, dann frage ich mich, warum die Anzahl der Verkehrstoten in der Republik zurückgeht und in Niederösterreich ansteigt. Wenn es so ist wie du sagst, Kollege Friewald, Straßenbau schafft Sicherheit, dann frage ich mich, warum es ausgerechnet in Niederösterreich zu erhöhten Unfällen im Zusammenhang mit Kindern kommt. Warum ist gerade in Niederösterreich das Problem so virulent und nicht in anderen Bundesländern? Und dann frage ich mich auch insbesondere wenn es so ist, was ja ganz offensichtlich ist, dass die Hauptursachen für Verkehrsunfälle Alkohol und überhöhte Geschwindigkeit sind, warum nicht die ÖVP schon längst ein Tempolimit einführt und auf 0,0 geht in der Frage Alkohol am Steuer. Da war es die ÖVP die das verhindert hat.

Wenn wir also so ehrlich sind und sagen bitte sehr, wir müssen hier an die Sicherheit denken, warum versteckt ihr euch in diesem Zusammenhang? Warum sind wir nicht so ehrlich? Nehmt ihr da die Verkehrstoten in Kauf beim Alkohol? Nehmt ihr die Verkehrstoten in Kauf beim Tempolimit? Nehmt ihr die Verkehrstoten in Kauf? Ein Ansteigen der ... (*Abg. Nowohradsky: Das ist eine Gemeinheit so etwas vorzuwerfen! Das ist eine billige Demagogie so etwas zu behaupten!*)

Ich frage euch das. Ach so? Dann schau einmal was dein Geschäftsführer sagt zu dem Thema. Nehmt ihr das in Kauf? Da ist es euch „wurscht“. Wer hat denn verhindert 0,0? Wer, Kollege Nowohradsky hat verhindert 0,0 auf Österreichs Straßen? Die ÖVP hat das verhindert. Das ist euch „wurscht“? Das ist eure Politik.

Das ist Janus-Köpfigkeit, das ist klassisch, ihr dreht es euch wie ihr es braucht mit der Mehrheit im Rücken. Leider ist das so. (*Beifall bei den Grünen.*)

**Zweiter Präsident Sacher:** Es liegt noch eine Wortmeldung vor von Herrn Abgeordneten Waldhäusl.

**Abg. Waldhäusl (FPÖ):** Herr Präsident! Werte Kollegen des Landtages! Ich möchte noch kurz zum Resolutionsantrag der Abgeordneten Cerwenka, Friewald und Mag. Fasan Stellung nehmen. Nachdem ich ja einer jener Abgeordneten war der bei sämtlichen Forderungen die die Feuerwehr betroffen haben immer für das Feuerwehrwesen gestimmt hat und nicht so wie manchmal halt die ÖVP andere Interessen verfolgt hat, ich bin immer für die Feuerwehren da gewesen und habe auch immer für die Feuerwehren gestimmt, werde ich selbstverständlich auch diesen Antrag unterstützen und bitte auch darum, hier dem Antrag auch beitreten zu können. *(Beifall bei der FPÖ.)*

**Zweiter Präsident Sacher:** Es ist noch Herr Abgeordneter Friewald zu Wort gemeldet.

**Abg. Friewald (ÖVP):** Wir haben schon die Problematik wenn wir über Verkehrssicherheit diskutieren, Herr Kollege Mag. Fasan, dass wir ganz einfach, sage ich, Kraut und Rüben vermischen. Ich würde einmal ganz provokant formulieren eines, die Situation, gerade die Alkohol angesprochenen Bereiche. Wenn heute einer 2 Promille hat dann hält er sich nicht an die Promille-Grenze. Da ist es „wurscht“ ob ich 0,0 einführe, ist „wurscht“ was ich tu. Wenn ich 2,5 und weiß ich bis zu 3 Promille gibt es, und das ist erwiesen, und dort habe ich die großen Probleme, da ist es wurscht ob 0,0 steht. Das ist eine Frage derer die sich wie verhalten. *(Unruhe bei den Grünen.)*

Das Nächste ist unser Problem, Sie sprechen gerade die Unfälle mit Kindern ganz verstärkt an. Ja warum und wo passieren sie? Sie passieren hauptsächlich dort in neuralgischen Bereichen in Ortschaften, in Städten. Und wenn es nach den Grünen geht würden wir nur durch die Ortschaften und Städte fahren weil sie gegen jede Autobahn sind. Dort entsteht Sicherheit. Das ist auch vernünftige Verkehrspolitik. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Mag. Fasan: Das Gegenteil ist der Fall momentan!)*

Also in der Polemisierung und der Diskussion können wir uns schon sehr wohl finden. Ich glaube, dass wir eine geradlinige Politik brauchen. Wir brauchen beides. Wir müssen mit Maß und Ziel Verkehrseinschränkungen vornehmen, aber auch mit Maß und Ziel und vernünftigerweise Straßenbau betreiben, damit man auch als Standort, als Wirtschaftsstandort und verkehrssicherer Aspekt für die Bevölkerung hier in Niederösterreich reüssieren kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Zweiter Präsident Sacher:** Damit ist die Rednerliste erschöpft. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

**Berichterstatter Abg. Mag. Riedl (ÖVP):** Ich verzichte!

**Zweiter Präsident Sacher:** Er verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 190/S-5/5:)* Das ist die Einhelligkeit. Einstimmig angenommen!

Der diesbezüglich eingebracht Resolutionsantrag der Abgeordneten Cerwenka, Friewald, Mag. Fasan, dem auch Herr Abgeordneter Waldhäusl beigetreten ist, kommt nun zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag betreffend Erhöhung der Feuerschutzsteuer bzw. Befreiung der Feuerwehren von der Mehrwertsteuer:)* Das ist ebenfalls einstimmig angenommen!

Zum nächsten Tagesordnungspunkt beabsichtige ich, die Geschäftsstücke Ltg. 194/A-1/10 und Ltg. 197/A-1/12 wegen des sachlichen Zusammenhanges gemeinsam zu verhandeln. Berichterstattung und Abstimmung werden jedoch getrennt erfolgen. Gibt es einen Einwand dagegen? Das ist nicht der Fall. Ich ersuche daher nun Herrn Abgeordneten Dipl.Ing. Eigner zuerst zum Geschäftsstück Ltg. 194/A-1/10 und danach Herrn Abgeordneten Maier zu Ltg. 197/A-1/12 zu berichten.

**Berichterstatter Abg. Dipl.Ing. Eigner (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zu Ltg. 194/A-1/10 betreffend raumordnungsrechtliche Regelung für Windkraftanlagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Herbst 1999 ist im NÖ Raumordnungsgesetz erstmals die Widmungspflicht für Windkraftanlagen eingeführt worden. Heute, vier Jahre später, hat diese Form der Energiegewinnung so zugenommen, dass sich mit den damit verbundenen Emissionen auch Störungen gegenüber der Nachbarschaft ergeben haben. Insbesondere vor allem für die Wohngebiete, sodass es zu einem gesetzlichen Regelungsbedarf gekommen ist.

Die Materie wurde im Bau-Ausschuss ausreichend diskutiert und der nunmehr vorgeschlagene Mindestabstand zu Wohnbaulandwidmungen soll auch zu Nachbargemeinden eingehalten werden und soll dieser einen berücksichtigten Puffer von 800 Metern aufweisen.

Das soll für allfällige künftige Siedlungserweiterungen in der jeweiligen Nachbargemeinde gelten.

Sollte sich eine Gemeinde nicht daran halten wollen sodass man auch näher heranbauen kann, dann soll dies auch möglich sein. Und ich darf hier den Antrag des Bau-Ausschusses verlesen (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der dem Antrag der Abgeordneten Ing. Rennhofer, Jahrmann u.a. beiliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Raumordnungsgesetzes 1976 wird in der vom Ausschuss beschlossenen Fassung genehmigt.
2. Der dem Antrag gemäß § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Ing. Rennhofer u.a. beiliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Raumordnungsgesetzes 1976 wird genehmigt.
3. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieser Gesetzesbeschlüsse Erforderliche zu veranlassen.“

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich bitte um Einleitung der Debatte und um nachträgliche Abstimmung.

**Zweiter Präsident Sacher:** Danke für den Bericht. Nun Abgeordneter Maier.

**Berichterstatter Abg. Maier (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zum Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses betreffend Änderung des NÖ Elektrizitätswesengesetzes 2001.

Es geht hier darum, Erzeugungsanlagen mit einer Leistung von mehr als 10 Kw bedürfen einer Genehmigung nicht mehr nach der Bauordnung sondern nach dem NÖEIWG bzw. die Standortgemeinden haben künftig Parteienstellung und auch die Fragen des Ortsbildes sollen in die Beurteilung der Eignung des Standortes berücksichtigt werden. Ich darf daher den Antrag verlesen des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über den Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Hiller, Mag. Riedl, Dr. Michalitsch, Friewald, Ing. Rennhofer und Erber betreffend Änderung des NÖ Elektrizitätswesengesetzes 2001 (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der dem Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger u.a. beiliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Elektrizitätswesengesetzes 2001 wird genehmigt.

2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen.“

Herr Präsident! Ich bitte Sie, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

**Zweiter Präsident Sacher:** Ich eröffne die Debatte zu diesen Geschäftsstücken. Zu Wort gelangt als erster Redner Herr Abgeordneter Hensler.

**Abg. Hensler (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben heute auf der Tagesordnung des NÖ Landtages die Raumordnung im unmittelbaren Bereich Windkraftenergie. Ich möchte dahingehend etwas ... Ich persönlich bin sehr froh dass heute dieser Gesetzesentwurf Realität wird. Ich komme persönlich von einem Bezirk, meine sehr geehrten Damen und Herren, wo Alternativenergie gebaut auf der einen Seite und schlicht und einfach auch gelebt wird.

Und es ist sicher so, wenn man sich mit Alternativenergie auseinander setzt, und wir haben in unserem Bezirk Bruck a.d. Leitha die meisten Windkraftträder, und es gibt natürlich auch Diskussionen im unmittelbaren Bereich unter den Bürgerinnen und den Bürgern. Aber ich sage hier ganz wertfrei heraus, der Bezirk und darüber hinaus alle die damit eingebunden sind sind sich im Klaren, dass hier eine Möglichkeit besteht, zielführend und zweckmäßig Energie zu erzeugen. Wir haben aus diesem Grund auch von Seiten der EU eine großartige Auszeichnung bekommen, den Globe 2002 und gleichzeitig haben wir im Bezirk den Klimabündnis-Oskar bekommen.

Sie sehen aus meinen Ausführungen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir stehen voll dahinter und alle in diesem unmittelbaren Bereich unterstützen dies.

Windenergie ist schlicht und einfach in der heutigen Zeit mehr denn je wichtig, aber sie bringt sicher auch gewisse Bedenken in sehr vielen Bereichen. Es ist ein Beitrag, ein wesentlicher Beitrag zum Ökostromgesetz generell. Und Sie wissen alle, die Grundvoraussetzungen sind in diesem Bereich verankert, die Einspeistarife. Hier gab es bis vor geraumer Zeit Diskussionen von Seiten der Länder. Gottseidank wurde es jetzt im unmittelbaren Bereich der Landtagswahlen wieder revidiert. Es gibt



jetzt eine einheitliche Lösung, ab 1. April 2004 die gibt es dahingehend diese Regelung.

Dieses Gesetz geht in die Richtung Alternativenergie, meine sehr geehrten Damen und Herren, auf der einen Seite und gleichzeitig Lebensqualität auf der anderen Seite zu erzeugen. Ich möchte hier jetzt einige Punkte anschneiden was dieser unmittelbare Bereich beinhaltet. Und zwar ist dieser Einwand der Abstand gegenüber den Flächen die gewidmet sind.

Hier in diesem Gesetzesentwurf steht klar und deutlich drinnen, 1.200 Meter von den Sitzgemeinden, wo die Windräder errichtet werden, auf der anderen Seite 2.000 Meter. Ich verstehe sehr wohl, dass dies Grundvoraussetzung ist. Denn es gibt, wie ich erwähnt habe, Diskussionen in diesem unmittelbaren Bereich. Es gibt, Sie wissen von diesem Schattenwurf etc. Es gibt auch Diskussionen ob es nicht zielführender wäre in diesem Bereich noch weiter zu gehen.

Ich persönlich bin überzeugt, hier haben wir die Möglichkeit, eine zielführende Aktivität im unmittelbaren Bereich auf der einen Seite der Betreibergemeinden zu erreichen und gleichzeitig auch der Nachbargemeinden. Es ist sicher sehr richtig.

Ebenfalls ein wichtiger Punkt ist es, der Windkataster ist generell festgelegt. Und zwar Ziel ist es in erster Linie nicht Windanlagen sondern Windparks generell zu errichten. Wenn man sich in Niederösterreich umsieht und sicherlich auch in meinem Bezirk, gibt es hier eine gewisse Auseinanderstreuung der Windräder. Das gibt Diskussionen und das führt zu Diskussionen. Und ich bin davon überzeugt, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist der richtige Weg hier Windparks zu errichten. Parks, die in diesem unmittelbaren Bereich für die Region, für das Land Niederösterreich, und ich sage hier bewusst auch für die Konsumenten wesentlich wichtig sind.

Ebenfalls ein wichtiger Faktor ist es noch, dass die Nachbargemeinden bei der unmittelbaren Betroffenheit über das Elektrizitätswesengesetz Parteienstellung haben. Ist sicher ein wichtiger Punkt. Hier ist ein gewisses Mitspracherecht Grundvoraussetzung.

Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die Österreichische Volkspartei ist es Grundvoraussetzung und Priorität, zwei wichtige Fakten zu vereinen. Auf der einen Seite alternative Energien für die Menschen und für die Bürger und für die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher. Und auf der anderen Seite gleichzeitig auch

generell die Voraussetzungen zu schaffen, hier aktiv an der Entwicklung unserer Zeit dabei zu sein.

Es gibt und gab Diskussionen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Dieses Gesetz geht in die richtige Richtung, in eine lebenswerte Umwelt. Dieses Gesetz geht in die Richtung genauso Lebensqualität in Niederösterreich zu erhalten und zu formen. Die Österreichische Volkspartei wird sehr gerne diesem Gesetz die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Zweiter Präsident Sacher:** Nächster Redner Herr Abgeordneter Waldhäusl.

**Abg. Waldhäusl (FPÖ):** Werter Herr Präsident! Kollegen des Landtages!

Mein Vorredner ist bereits auf die Problematik dieser Thematik eingegangen. Windenergie wird in Zukunft einen noch größeren Stellenwert einnehmen. Windenergie ist eine saubere Energie und man tritt generell für Windenergie ein. Es gibt aber auch Problemfelder, weil es auch auf Grund dieser vermehrten Erzeugung von sauberem Strom Probleme gibt. Bürgerbeschwerden, Anrainerbeschwerden von Wohngebieten. Und es ist daher richtig und wichtig, dass wir diesbezüglich das auch im Raumordnungsgesetz mit dieser Änderung, dieser Novelle richtig stellen und ein Miteinander schaffen. Ich weiß schon, dass es ein hundertprozentiges Miteinander nie geben wird, dass es 100-prozentige Zustimmung auch der Bürger nie geben wird können. Aber ein vernünftiges Miteinander ist selbstverständlich wichtig.

Es ist auch gewährleistet, dass die Nachbargemeinde natürlich mit einem Gemeinderatsbeschluss hier Ausnahmen vornehmen kann. Und ich denke, dass grundsätzlich keine Gemeinde bei einem extremen Widerstand eines Wohngebietes hier diese Möglichkeit in Anspruch nehmen wird. Ich bin daher selbstverständlich für diese Novelle und hoffe, dass dadurch in Zukunft noch sehr viele Windkraftanlagen an guten Standorten entstehen werden.

Die Problematik, die wir auch heute behandeln, über die Zukunft von Buschenschankbetrieben möchte ich auch erwähnen. Es ist wichtig, dass auch in Zukunft ein bäuerlicher Buschenschankbetrieb Zukunft haben soll. Es ist wichtig, dass daher auch hier im Raumordnungsgesetz auch für die Zukunft eine Gewährleistung gegeben ist, dass wir uns auch weiterhin zu diesen Betrieben bekennen. Dass daher auch Änderungen wie Gästebetten im Hofverband, Errichtung eines Ausgedingewohnhauses im Hofverband, eingefügt werden.

Ich glaube nicht, so wie es bereits im Ausschuss diskutiert worden ist, dass es daher jetzt zu einem Wildwuchs von Buschenschankbetrieben kommen wird, so wie es seitens der Sozialdemokratie befürchtet wird. Ich denke mir ganz einfach, dass es Wirtschaftsbetriebe sind die Zukunft haben und der Markt regelt grundsätzlich überall dort. Es kann der beste Gastbetrieb sein, Gastronomiebetrieb, wenn das Angebot nicht stimmt, dann werden die Bürger einen anderen Weg suchen. Und gleichzeitig kann es noch sehr viele Buschenschankbetriebe geben. Wenn das Angebot nicht stimmt und der Bürger nicht zufrieden ist, der Kunde, dann wird er diesen Betrieb auch nicht aufsuchen. Es wird auch zu keinem Wildwuchs kommen. Denn nur auf Grund dieser Änderung dieses Gesetzes ist ja ein Wildwuchs nicht ermöglicht.

Was mir trotzdem aufgefallen ist, bei dieser Thematik, Windkraftanlagen im Generellen und auch Buschenschank, dass wir bei jeder Änderung Novelle eines Raumordnungsgesetzes bis zur letzten Minute vor dem Ausschuss und dann im Ausschuss sehr viele Änderungen noch bringen. Und ich weiß nicht ob es wirklich notwendig ist, weil es erweckt dann immer wieder den Eindruck, dass so doch ein bisschen im Husch-Pfusch zum Schluss noch sehr viel hineingegeben werden möchte. Oft ist man erst draufgekommen, dass es vielleicht wichtig ist, oft sind es erst Interessensvertretungen die da reklamieren. Aber nach außen hin macht das schon den Eindruck, wenn man nicht wirklich weiß was man bis zum Schluss möchte. Und es ist ja gar nicht so wichtig dass die Grünen und die FPÖ da so mitwirken, weil das ist ja eh teilweise nicht gewünscht. Aber wenn sich die zwei großen ... (*Abg. Hensler: Wieso? Jetzt bist ja ohnehin dabei!*)

Aber wenn sich die zwei großen Fraktionen einig wären, dass wenn man in den Ausschuss geht zumindest weiß was wollen die. Da merkt man halt doch ein bisschen, naja, der eine will zwar das, der andere das. Und wenn ich nur denke, da gibt's am 9. März den Hauptantrag und dann gibt's für den 17. März zwei weitere, am 18. März gefolgt von zwei weiteren bis zum, der letzte, glaube ich, war dann mit 24. März ein Antrag. Also es erweckt schon den Eindruck wie wenn gewisse Abgeordnete nicht wirklich wissen was sie wollen.

Ich weiß was ich will. Ich kann mich mit dem auch einverstanden erklären. Ich möchte bei der Änderung des Elektrizitätswesengesetzes noch kurz anmerken, dass der Text in der Begründung nicht wirklich ganz deutsch ist. Ist sicher nicht zurückzuführen auf dich, lieber Herr Klubobmann Mag. Schneeberger, weil du als erster stehst, ich

glaube, dass du das nicht geschrieben hast. Wäre wichtig dass das in Zukunft doch der deutschen Sprache üblich ist. Weil der erste Satz, die Europäische Kommission sieht bei der Umsetzung und zum Schluss beseitigt ist absolut nicht deutsch. Aber da werden mir die profunden Lehrer in diesem Hause Recht geben.

Und wenn dann „durch die Änderung der im § 11 wird klar gestellt“, das ist auch nicht wirklich deutsch, aber trotzdem nicht über den Inhalt hinweg täuschen. Aber wenn ich der Klubobmann bin, ich würde mich schon ärgern und würde hoffen, dass in Zukunft dann im Klub das auch so geschrieben wird, dass jeder Abgeordnete sagt, aha, von diesem Klub geht wirklich was Gescheites aus. Der Inhalt ist in Ordnung, geschrieben ist es nicht ganz richtig.

Bei der Frage des Ortsbildes kann man darüber diskutieren, die Eignung des Standortes zu berücksichtigen, dann wird es wahrscheinlich zu Diskussionen kommen. Mir ist es einmal wichtig dass man es hinein nimmt und dass man sagt, okay, man soll auf ein Ortsbild Rücksicht nehmen. Dass es da vielleicht dann des öfteren zu Diskussionen und Streitereien kommen wird ist auch wahrscheinlich aber im Großen und Ganzen sind diese Änderungen wichtig. Wichtig für erneuerbare Energie, wichtig für unsere Buschenschankbetriebe. Und daher werden wir auch hier unsere Zustimmung erteilen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

**Zweiter Präsident Sacher:** Als nächster Redner kommt Herr Mag. Fasan zu Wort.

**Abg. Mag. Fasan (Grüne):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf mit einem Zitat eines Betroffenen beginnen: Wenn ich mir erlauben darf, als Beispiel meine Person anzuführen muss ich sagen, dass ich mich seit nunmehr 10 Jahren mit dieser Idee trage, viel Zeitaufwand, Fortbildung, Aufklärungsarbeit und Kapital in den Ankauf von Messgeräten in die Sache Windkraftnutzung an sich gesteckt habe und mehr als ein Dutzend Standorte im Raum St. Pölten und den Voralpen vermessen habe und dabei auf durchwegs positives Echo gestoßen bin. Vornehmlich bei den Bauern als Grundstücksbesitzer und möglichen Mitarbeitern oder Grundstücksverpächtern.

Vor einigen Jahren wurden Mindestabstände für Windkraftanlagen eingeführt und damit waren einige Standorte zu vergessen. Und viele Landwirte einer Hoffnung beraubt. Eine verbleibende oder

verbliebene Fläche habe ich westlich der Landeshauptstadt St. Pölten auf einer eigens von der Stadt St. Pölten dafür ausgewiesenen Eignungszone aufbereitet. Die Stadt St. Pölten ließ nach den gültigen Richtlinien des Landes eine Studie erstellen, die sich exakt mit der Fläche deckte die wir für eine Planung erstellen haben lassen. Mittlerweile habe ich nicht nur die Projektierung, sondern auch das Lärm- und Vogelschutzgutachten machen lassen, welches ich für die Widmung bei der Stadt benötige. Und nun möchte das Land durch Änderung der Vorgaben diesem Projekt den Todesstoß versetzen.

Ich habe mich über Jahre hindurch bemüht bei allen Planungen stets die Vorgaben einzuhalten und habe deswegen auch auf die Aufbereitung von Standorten verzichtet die mir auf persönliche Anfrage hin vom Land als kritisch genannt worden sind. Dass drei Jahre später auf just einer dieser Flächen, allerdings um 300 Meter näher am Siedlungsgebiet gelegen als ich mich das überhaupt nur nachzudenken getraut habe, mehrere Windkraftanlagen stehen, kann ich persönlich noch immer schwer verstehen. Gerade aber Anlagen wie diese waren es, die eine negative Stimmung zur Windkraftnutzung in gewissen Regionen Niederösterreichs aufkommen haben lassen.

Diese Projekte wurden aber durchgezogen. Und als Opfer sollen nun jene herhalten, die die Spielregeln von vornherein eingehalten haben. Wenn das Land Niederösterreich mitten im Spiel die Regeln ändert, frage ich mich mit welcher Sicherheit Planer in diesem Bundesland noch rechnen dürfen.

Ich werde diesem Herren antworten und sagen, ich kenne die Sicherheit die Planer haben, sie müssen mit der ÖVP gut Freund sein, weil dann geht nämlich alles. Wären das beispielsweise Schotterwerksbesitzer, na kein Problem. Sie hätten sich zusammen getan mit der ÖVP, sie hätten in langen Gesprächen irgend welche Richtlinien ausgemacht, die unter Garantie dem entsprechen was diese Wirtschaftstreibenden gewollt hätten.

Ich will nicht auf einzelne Branchen losgehen. Ich bin überzeugt ... *(Abg. Mag. Schneeberger: Aber es ist dir schon gelungen!)*  
Na bitte, dann ist es passiert, ist es mir gelungen. Bravo, habe ich es geschafft.

Gehen wir auf eine zweite Branche. Nehmen wir meinetwegen die Branche, nehmen wir die Buschenschankbesitzer her, ist in Ordnung. Auf das werden wir eingehen, dem kann man durchaus zustimmen. Nehmen wir den gesamten Straßenbau

her im Zusammenhang mit dem Vogelschutz beispielsweise. Da haben wir kein Problem, da spielt das alles keine Rolle. *(Unruhe im Hohen Hause.)* Windkraft hängt mit dem Vogelschutz zusammen, da werden wir noch darauf zu sprechen komme, nehme ich an.

Das heißt, es besteht schlicht und ergreifend die Forderung, diesen Beschluss, diesen ganzen Beschluss-Pfusch, anders kann man es nicht nennen, der offensichtlich in einer Hudelei, einer Hektik zusammen gekommen ist, zu überdenken und in Ruhe mit den Betroffenen zu sprechen so wie es einer Wirtschaftspartei wie der ÖVP auch gebührt. Bei allen anderen gesetzlichen Maßnahmen die Sie machen wollen oder die auch von Ihnen verlangt werden, setzen Sie sich insbesondere, wenn es um Wirtschaft geht, mit Betreibern zusammen. Sie diskutieren mit denjenigen, Sie schauen, sprechen sich ab, was ist zumutbar, was ist vertretbar. Ich könnte Ihnen Beispiele nennen. Da geht's um die Wirte, um Industrieanlagen und so weiter und so fort, um Wirtschaftsstandorte, um Eignungszonen, um Raumordnung, um Einkaufszentren. Wie hart war das Ringen in dieser Frage. Aber hier sagen Sie, was scheren uns die Betreiber. Wir fahren da drüber, wir beschließen das. Offensichtlich ist Ihnen das ganz egal.

Natürlich, dass wir eine Regelung brauchen ist unbestritten, das bestreitet niemand. Es ist richtig, dass es hier zu Konflikten kommen kann und die soll man durch gesetzliche Regelungen ausräumen. Aber nicht durch einen Überfall.

Beginnen wir beim Vogelschutz. Na selbstverständlich. Ich nenne das Beispiel Nationalpark. Na selbstverständlich müssen die Nationalparke entsprechend frei gehalten werden. Ich kann Ihnen die Vogelarten nennen die hier gefährdet sind durch die Windkraftanlagen. Seeadler, Kaiseradler, Störche, Milane, viele mehr. Ich würde mir nur wünschen, dass Sie im Bereich der EU-Vogelschutzrichtlinie bei den Natura 2000-Gebieten genauso kleinlich wären und genauso schauen würden und genauso fachlich vorgehen würden wie Sie es hier gemacht haben in der Ausweisung von Eignungszonen, die wir ja grundsätzlich begrüßen. Ist in Ordnung wenn der Landesrat Mag. Sobotka Eignungszonen für Windkraftanlagen festlegt um auf den Vogelschutz einzugehen. Wenn er nur so penibel und fachlich versiert wäre wenn es um die Vogelschutzgebiete geht. Nein, da ist er nicht. Da ist die Zusammenarbeit da mit den Betroffenen. Da ist die Zusammenarbeit da mit den Großgrundbesitzern, mit den Waldbesitzern die dabei sind, wenn man - da hast deine zweite Branche, Kollege Mag. Schneeberger - wenn es darum geht, die Betroffene

nen zu schützen. Da haben wir das Problem nicht. Na selbstverständlich, da richtet sich die ÖVP und die Landesregierung nach den Wünschen die von dort angemeldet werden. Hier sucht man nicht einmal das Gespräch.

Zur Raumordnung: Natürlich muss es hier eine Regelung geben. Natürlich muss es Mindestabstände zu Wohnbauland geben, das ist klar und das ist auch in Ordnung dass man das im Raumordnungsgesetz regeln will. Aber gestatten Sie mir den Vergleich zu einem anderen Gesetz, das zwar ein Bundesgesetz ist, wo aber diese Probleme offensichtlich völlig egal sind.

Gestatten Sie mir den Vergleich zum Mineralrohstoffgesetz. Kollegin Hinterholzer wird mir das verzeihen. Wenn man die Abstände zum Siedlungsgebiet von Steinbrüchen sprechen will, dann spricht man von einem Abstand von 300 Metern. Es gibt in Niederösterreich Steinbrüche, die sind sogar, werden offensichtlich mit Duldung der Behörde für erweiterungsfähig erklärt wo man durch ein Natura 2000-Gebiet noch näher als 300 Meter, bis auf 100 Meter zu einer Siedlung hinrücken möchte. Und da gibt's überhaupt keine Debatten. Wo ist da der Aufschrei des Landes? Wo ist da das Einschreiten des Landes, das Einschreiten der ÖVP? Im Gegenteil. Da wird gemeinsame Sache gemacht mit den Betreibern. Kein Wort von AnrainerInnenschutz, kein Wort von schutzgewidmetem Bauland. Da ist das alles möglich. Also hier denke ich mir, sollte man schon mit gleichem Maß messen.

Ganz zu schweigen natürlich von den Fragen des Klimaschutzes, von wirtschaftlichen Fragen, von Arbeitsplatzfragen. Wir wissen, oder wir hören landauf, landab die Rufe des Herrn Landesrat Mag. Sobotka, der ja auch gleichzeitig Umweltlandesrat ist, nicht nur für die Raumordnung zuständig ist, er lässt eine um die andere Gemeinde zur Klimabündnisgemeinde erklären. Das begrüßen wir, so oft wir können kommen wir auch hin, arbeiten hier zusammen, unterstützen wo wir können, auch in fachlicher Hinsicht. Nur, es gelingt dem Land nicht seine eigenen Klimaschutzziele umzusetzen. Da reden wir uns lieber auf die USA aus. Die machen das nicht, brauchen wir es auch nicht machen. Werbung damit machen wir. Weil das ist schön, das nutzt, jetzt hätte ich bald gesagt Arterhaltung, aber das ist ein Begriff aus der Biologie, der Machterhaltung, das ist ein Begriff aus der Politik den Sie sehr gut verstehen.

Also hier wird auch mit zweierlei Maß gemessen. Wo ist der Klimaschutz in der Frage der Windkraftanlagen? Wo ist das Gutachten das sagt, wie betroffen sind welche Anlagen wenn man diese

Regelung einführt? Wo ist hier das gerechte Maß was Klimaschutz betrifft? Wo, meine Damen und Herren von der ÖVP und SPÖ, ist denn Ihre wirtschaftspolitische Kompetenz wenn es um diese Fragen geht? Wo sind Sie hier als Vertreter der Wirtschaft? Windkraft ist ein Wirtschaftsfaktor. Nirgends in der Republik gibt es mehr Windkraftanlagen als in Niederösterreich. Wo ist hier der Schutz? Wären das Biomasseanlagen, ich schwöre Ihnen, so eine Regelung wäre nie zustande gekommen. Am nächsten Tag wären die Betreiber bei Ihnen gesessen oder beim Herrn Landesrat gesessen oder beim Ing. Penz, beim Bauernbunddirektor gesessen und man hätte das ausgeräumt. Man hätte da eine Lösung gefunden. Und die wäre sicher nicht gegen die Betreiber ausgegangen. Nein, wenn es um die Windkraft geht, das ist nicht Ihre Klientel, dort beschneiden Sie. Und das ist leider Gottes Ihre Politik. *(Unruhe bei der ÖVP. - Abg. Hensler: Das ist aber ein Stumpfsinn!)*

Na was denn sonst! Ich habe eine Ahnung. Na wunderbar, wo bist du dann? Wo ist deine Initiative? Wie regelst du das? Du bist mit dem einverstanden. Das ist aber ein großer Fehler von dir! *(Abg. Hiller: Ich bin selber Mitglied! Du drückst dich um die Antwort wofür du bist!)*

Ich werde es dir gleich sagen. Du wirst dann die Möglichkeit haben es zu unterstützen. Du kriegst es gleich. Sofort. Lass mich nur zuerst noch das Arbeitsplatzargument bringen, dann bringe ich dir meinen Vorschlag, wenn es Recht ist.

Also Arbeitsplatzfrage. Pro Windkraftanlage werden ein bis zwei Arbeitsplätze in der Erhaltung gesichert. Das scheint Ihnen da egal zu sein. In der Errichtung noch mehr. Wo ist das Arbeitsplatzargument im Zusammenhang mit der Windkraft in diesem Bereich? Da ist es Ihnen egal. Ansonsten sind Sie sofort, wenn Sie über Steuerpolitik, wenn Sie über Arbeitsmarktpolitik, wenn Sie über Wirtschaftspolitik diskutieren, da sind Sie da mit dem Arbeitsplatzargument. Jetzt, das ist egal. Ich möchte wissen, ob Sie überhaupt untersucht haben wie viele Anlagen davon betroffen sind. Das würde mich sehr interessieren.

Aber der Kollege Hiller möchte einen Gegenvorschlag, daher darf ich ihn bringen *(liest:)*

„Abänderungsantrag

des Abgeordneten Mag. Fasan und FreundInnen zum Antrag betreffend Änderung des NÖ Raumordnungsgesetzes 1976, Ltg. 194/A-1/10, in der Fassung des Berichtes des Bau-Ausschusses.

Es besteht kein Zweifel, dass es für Windkraftanlagen vernünftige Regelungen geben muss, um

AnrainerInnen vor allzu großer Belästigung durch Lärm oder Eiswurf zu schützen. Die nun geplanten Änderungen gehen den Grünen allerdings zu weit. Der im vorliegenden Gesetzesentwurf vorgesehene Mindestabstand von Windkraftanlagen von Wohngebieten im Ausmaß von 1.200 m bzw. 2.000 m ist sachlich nicht gerechtfertigt.“ -

*(Abg. Hensler: Na bist du denn gescheit? Du hast doch keine Ahnung was Windkraft heißt!)*

Kollege Hensler! Ja, ich habe keine Ahnung was Windkraft heißt. Auf jeden Fall ... *(Abg. Hensler: Du hast keine Ahnung wovon du redest. Das muss ich wirklich sagen!)*

Kollege Hensler, es steht dir ja frei dich zu echauffern. Aber lass dir das gesagt sein, das ist ein Willkürakt was ihr hier macht. Und ich ersuche ... *(Abg. Hensler: Bitte, komm in den Brucker Bezirk! – Abg. Hiller: Was ist mit dem Abänderungsantrag?)* Na bitte, wenn er zwischenruft, habe ich jetzt im Text unterbrochen. Also daher darf ich fortfahren in der Begründung. -

„Im Normalfall ist ein Abstand von 1 km jedenfalls ausreichend, da die Windräder mittlerweile technisch so ausgereift sind, dass sie aus dieser Entfernung kaum mehr gehört werden können. Der Mindestabstand von Wohngebieten sollte für die Aufstellung von Windrädern in der eigenen Gemeinde 1 km betragen, der Abstand zum Wohngebiet in der Nachbargemeinde 1,3 km. Damit ist auch für die Nachbargemeinde ein gewisses Entwicklungsgebiet gewährleistet.“

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher den Abänderungsantrag:

Der dem Antrag der Abgeordneten Ing. Renhofer, Jahrman u.a. betreffend raumordnungsrechtliche Regelung für Windkraftanlagen beiliegende Gesetzesentwurf betreffend Änderung des Raumordnungsgesetzes 1976 idF des Bau-Ausschusses wird wie folgt geändert:

1. In Artikel I Z.2 lautet § 19 Abs.3a:

„(3a) Bei der Widmung einer Fläche für Windkraftanlagen sind folgende Mindestabstände einzuhalten:

- 1.000 m zu gewidmetem Wohnbauland
- 750 m zu landwirtschaftlichen Wohngebäuden und erhaltenswerten Gebäuden im Grünland (Geb), Grünland Kleingärten und Grünland Campingplätzen
- 1.300 m zu gewidmetem Wohnbauland, welches nicht in der Standortgemeinde liegt. Wenn sich dieses Wohnbauland in einer Entfernung von weniger als 300 m zur Gemeindegrenze befindet, dann beträgt der Mindestabstand zur Gemeindegrenze 1.000 m. Mit Zustimmung der betroffenen Nachbargemeinde(n) kann der Mindestabstand von 1.300 m auf bis zu 1.000 m reduziert werden.“

Bei der Widmung derartiger Flächen ist auf eine größtmögliche Konzentration von Windkraftanlagen hinzuwirken und die Widmung von Einzelstandorten nach Möglichkeit zu vermeiden.“

Ich glaube, das ist ein guter Kompromissvorschlag. Ich glaube, das ist ein annehmbarer Kompromissvorschlag. Er unterscheidet sich nicht so weitgehend von dem Ihren, aber er macht viele Projekte in Niederösterreich erträglich und er macht vielen Leuten, die schon sehr, sehr viel investiert haben, wie das Beispiel das ich vorher genannt habe, möglich und er behandelt die Leute nicht, ich weiß es nicht, wie irgend welche ... *(Abg. Hiller: Hat aber nie die Umweltqualität die wir haben!)*

Ja, die Qualität, Kollege Hiller, über die Qualität von dem Antrag auf die komm' ich jetzt zu sprechen.

Der Kollege Waldhäusl hat es schon angedeutet. Ich bin dafür, dass man in der Raumordnung eine vernünftige Planung betreibt, dass man sich bei Änderungen der Raumordnung zusammen setzt, ein bisschen in die Ferne schaut und ein bisschen auf die Auswirkungen zu einer Gesetzesänderung auch schaut. Genau das ist bei dem vorliegenden Antrag nicht geschehen. *(Abg. Hensler: Warum nicht?)*

Das sag ich dir gleich.

Da kommt ein Antrag am 9. März, dann kommt ein Abänderungsantrag, ich weiß ja nicht, wahrscheinlich weil man irgendwas vergessen hat oder plötzlich kommt man drauf man will irgendwas anderes. Dann kommt man drauf, jessas, die Buschenschanken müssen wir auch noch mit hinein nehmen. Machen wir einen Zusatzantrag. Dann kommt ein Ergänzungsantrag, dann kommt ein Abänderungsantrag. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen, wenn die Raumordnung in Niederösterreich so ausschaut wie der Prozess der Gesetzeswerdung dieses Antrages, na dann „pfiat mi Gott“.

Dann möchte ich nicht Leidtragender der Raumordnungspolitik in Niederösterreich sein. *(Beifall bei den Grünen.)*

Jetzt kommen Sie wieder mit einem Antrag daher, offensichtlich geht's Ihnen noch nicht streng genug. Ich weiß es ja nicht welche Intentionen Sie da haben. Es ist ja geradezu absurd wie Sie Raumordnungspolitik betreiben. Raumordnung ist die weitblickende, vorausschauende Planung des Landes. Was machen Sie? Sie setzen in der

Raumordnung einen Willkürakt nach dem anderen. Und das ist Ihre Raumordnungspolitik. Wie soll sich jemand in Niederösterreich richten können, wenn er nicht zu Ihrer Klientel gehört? Wie soll sich jemand richten können, der nicht von Ihrer Freunderlwirtschaft profitiert? Der nicht zu Ihnen gehen kann und sagen kann, Herr Kollege, das machen wir so und so und so regeln wir das. Wie soll das jemand in Niederösterreich? Wo hat jemand in Niederösterreich Rechtssicherheit wenn er mit dieser Raumordnungspolitik konfrontiert ist?

Daher ersuche ich Sie, unserem Abänderungsantrag zuzustimmen. Vielleicht wäre eine andere Möglichkeit auch überhaupt sich grundsätzlich zu überlegen wie man dieses Problem regelt und insgesamt einmal sagt, wir verschieben die ganze Materie, setzen uns noch einmal mit den Betroffenen zusammen und warten überhaupt ab.

Und jetzt noch eine Anmerkung zu der Frage des Elektrizitätswesengesetzes. Es ist in Ordnung wenn Nachbargemeinden Parteienstellung haben. Aber erlauben Sie noch einmal mir den Vergleich zum Mineralrohstoffgesetz. Wo ist da jemals die Rede von einer Parteienstellung einer Nachbargemeinde? Nicht die Bohne. Wozu auch? Diese Gemeinde könnte ja vielleicht den falschen Bürgermeister haben, der dann nicht so tut wie wir das wollen. Daher lassen wir es in diesem Bereich natürlich weg. *(Abg. Mag. Schneeberger: Glaubst du überhaupt das was du sagst?)* Ich glaube das sehr wohl! *(Abg. Mag. Schneeberger: Dann würde ich das sehr wohl hinterfragen!)*

Und weißt du warum ich es glaube, Kollege Mag. Schneeberger? Ich bin jetzt sechs Jahre Mitglied dieses Hauses und beobachte euch landauf, landab. Und ich lerne eben sehr genau eure Art der Politik und die lässt mich genau zu diesem Schluss kommen den ich hier vortrage. Ich weiß sehr genau was ich hier sage. *(Abg. Hinterholzer: Die Grünen reden nur von Demokratie! – Abg. Mag. Schneeberger: Der Mensch ist dir eigentlich egal! – Unruhe im Hause.)*

Das ist genau eure Vorgangsweise. Was heißt der Mensch? Euch sind die Menschen egal die da betroffen sind. Euch sind die Menschen egal die da betroffen sind. *(Abg. Mag. Schneeberger: Du musst immer unterscheiden ob du in der Schule bist oder ob du da bist!)*

Aber Kollege Mag. Schneeberger! Ihr seid nicht meine Schüler. Also meine Schüler sind braver als ihr. Aber gut. Ihr seid ja Gottseidank nicht meine Schüler, weil dann müsste ich verzweifeln.

Da müsste ich an meiner pädagogischen Kompetenz zweifeln, was ich Gottseidank nicht tue.

Aber offensichtlich, immerhin ist jetzt die Aufmerksamkeit zu diesem Thema gestiegen. Ich habe schon gedacht, Sie haben ohnehin kein Interesse an dem. Immerhin, das konnte erreicht werden.

Also: Was das Ortsbild betrifft. Es ist ja auch interessant dass wir auf der einen Seite mittels Raumordnung die Anlagen aus dem Ortsbild und aus den bebauten Gebieten hinaustreiben wollen, auf der anderen Seite machen Sie sich Sorgen ums Ortsbild. Also das passt ja eigentlich auch nicht zusammen. Man kann diesen Anträgen die Zustimmung so nicht erteilen. Wir rufen Sie noch einmal auf, am besten die ganze Sache zu überdenken. Wenn Sie das nicht wollen, dann ersuchen wir Sie, zumindest unserem Abänderungsantrag die Unterstützung zu geben und ihm zuzustimmen, damit zumindest die Härtefälle von diesem Gesetz ausgenommen sind. *(Beifall bei den Grünen.)*

**Zweiter Präsident Sacher:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Jahrmann das Wort.

**Abg. Jahrmann (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzter Herr Abgeordneter Mag. Fasan!

„Also wir brauchen auf jeden Fall Regeln für die Windkraftanlagen, aber nicht so schnell bitte. Und wenn es schon schnell gehen muss, dann sind wir natürlich vorne mit dabei und wenn schon Entfernungen beschlossen werden dann auf jeden Fall die die von den Grünen vorgeschlagen werden. Und wir brauchen Windkraftanlagen und alles andere ist uns egal. Ob es da Anrainer gibt die da unmittelbar betroffen sind oder nicht, das steht hier auch nicht zur Debatte. Zusätzlich ein Wirrwarr von Anträgen, Abänderung im Ausschuss dort und da, aber wenns schon passiert, tun wir natürlich auch mit, und dann stellen wir da mitten in der Diskussion hier einen zusätzlichen Antrag der einen Kompromiss schaffen soll, der zumindest Zustimmungswürdig ist.“ Also, Kollege Mag. Fasan, ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass du hier einer der üblichen Pawlowschen Reaktion aufgegessen bist: Alles was von den anderen kommt muss prinzipiell abgelehnt werden und so gebogen, dass es den grünen Erfordernissen entspricht. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

Soweit also zur Wortmeldung von Kollegen Mag. Fasan. Wir können uns dann gern darüber unterhalten. Wie gesagt, wir befassen uns heute

mit einer Facette des Raumordnungsgesetzes, der die Errichtung von Windkraftanlagen betrifft. Ein bedeutender Zweig der Energiegewinnung, keine Frage, mit enorm starkem Wachstum und der nicht zu unterschätzen ist. Abgesehen davon dass diese Art der Stromerzeugung keinerlei Umweltbelastung produziert, drehen sich derzeit etwa 320 dieser Windräder in Österreich, davon allein in Niederösterreich meines Wissens 146. Insgesamt werden auf diesem Weg etwa 780 Millionen Kilowattstunden pro Jahr erzeugt. Das entspricht dem Energieverbrauch von 220.000 Haushalten.

Und trotz gelegentlicher Ablehnung solcher Anlagen aus eher, würde ich sagen, ortsspezifischen und persönlichen Gründen, sind über 80 Prozent der Bevölkerung für einen weiteren Ausbau und sind sogar bereit dafür etwas mehr zu bezahlen für diese umweltfreundliche Form der Energiegewinnung.

Seit 1999 ist nun die Widmungspflicht für Windkraftanlagen im ROG 1976 verankert. Eine Schwäche dieser Novelle 1999 war allerdings die unzureichend geregelten Abstände solcher naturgemäß sehr hohen und daher auch weit sichtbaren Anlagen zu Nachbargemeinden bzw. zu Wohngebieten. Schattenwurf, Eiswurf, Lärmentwicklung und ähnliches werden oft von Anrainern nicht goutiert und bergen, wie gesagt, ein nicht zu unterschätzendes Konfliktpotenzial.

Dies wird in Zukunft vermutlich noch größer, weil sich aus technischen Gründen - und deshalb möchte ich auch voraussagend sagen, dass wir dem Antrag der Grünen über Verringerung der vorgeschlagenen Abstände nicht zustimmen können - aus technischen Gründen zum Beispiel des Wirkungsgrades oder der Effizienz die Rotordurchmesser vergrößern werden. Auch die Bauhöhen werden größer. Es gibt bereits jetzt Windkraftanlagen die einen Rotordurchmesser von 105 Metern haben und die natürlich hier entsprechend weiter wirken, sowohl lärm- als auch sichtmäßig als die bisher größten Anlagen die in Niederösterreich bekannt sind.

Es ist also grundsätzlich sinnvoll vorausblickend Regeln für die Errichtung solcher Anlagen im ROG zu verankern, dabei aber eine gewisse Flexibilität an den Tag zu legen. Vorgeschlagen ist im Entwurf ein Mindestabstand von 800 Metern zu Wohnbauwidmungen, in der Nachbargemeinde natürlich nur dann wenn die Wohnbauwidmung nicht bereits näher an der Gemeindegrenze liegt. Allerdings kann die zuständige Behörde bei Genehmigungsverfahren, das sei auch erwähnt, andere Abstände einfordern.

Als weitere Richtlinie ist vorgesehen 1.200 Meter Abstand vom gewidmeten Wohnbauland, 750 Meter Abstand zu landwirtschaftlichen Gebäuden bzw. erhaltenswerten Gebäuden im Grünland oder Kleingarten und Campingplatzwidmungen. Und schließlich das Wichtigste 2.000 Meter Abstand vom Wohnbauland das sich nicht in der Standortgemeinde befindet. Wenn sich das Wohnbauland näher als 800 Meter zur Gemeindegrenze befindet muss mindestens 1.200 Meter von der Gemeindegrenze abgerückt werden.

An dieser Stelle sei erwähnt, dass es sinnvoll ist, auch hier eine Einschränkung von 220 Watt pro Quadratmeter Windfläche zu berücksichtigen. Das ist deshalb sinnvoll, weil damit verhindert wird, dass nicht besonders effiziente Windkraftanlagen errichtet werden, die dann nach, sage ich, Änderung von Förderungsrichtlinien oder Strompreisen als nicht rentable, als technische Ruinen in der Gegend herumstehen würden.

Und es ist auch sinnvoll, diese Novelle sofort in Kraft zu setzen, damit nicht noch jemand draufkommen könnte, bestehende Richtlinien noch schnell auszunützen um nicht gerade zukunfts-trächtige Anlagen vor Inkrafttreten eines Gesetzes noch einzubringen.

In der angepeilten Gesetzänderung ist auch die Empfehlung nach einer größtmöglichen Konzentration solcher Windkraftanlagen enthalten um die Widmung von Einzelstandorten hintanzuhalten. Dies ist für mich zwar ein Schritt in die richtige Richtung, sollte aber durch zukünftige weitere Schritte ergänzt bzw. ausgeweitet werden. Ich denke in diesem Zusammenhang an eine Art Raumordnungsprogramm, das gewisse Gebiete von vornherein ausschließt, zum Beispiel die Wachau oder die Alpen fallen mir als Beispiele ein. Bei einer allfälligen Erweiterung der Abstandsregelung dürfen wir auf die Abstände bei Landschaftsschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten usw. nicht vergessen. Als sachliche Grundlage würde sich hier eine Art Windverteilungskataster anbieten.

Auch die IG Windkraft befürwortet eine Regelung prinzipiell als einen Schritt zum geordneten und koordiniertem Ausbau der Windkraft. Hat allerdings Bedenken bezüglich der Entfernungen. Diese Entfernungen, die hier im Gesetzesentwurf vorgeschlagen werden, sind aber schon meiner Meinung nach ein richtiger Kompromiss und zwar im Hinblick auf Anlagen die, wie ich schon vorhin ausgeführt habe, in Zukunft vermutlich größer und höher sein werden, daher auch eine größere Wirkung haben bezüglich ihrer Entfernung zum Wohnbauland. Ich

finde die vorgeschlagenen Abstände daher durchaus passend und zukunftsorientiert.

Aus dieser Novelle eine Gegnerschaft zur Errichtung von Windkraftanlagen herauszulesen, finde ich, gelinde gesagt, als falsch. Die Regelungen sind eindeutig darauf ausgerichtet, die Akzeptanz solcher Anlagen bei der betroffenen Bevölkerung, denn auf die dürfen wir nicht vergessen, zu erhöhen und werden dort größtenteils auch so verstanden.

Ich darf also feststellen, dass diese Änderung im ROG ein sinnvoller Schritt in die richtige Richtung eines Reglements bei der Errichtung von Windkraftanlagen ist, der vielleicht unter dem Titel „Windkraft ja – Wildwuchs nein“ zusammengefasst werden könnte. Selbstverständlich wird die sozialdemokratische Fraktion diesem Entwurf zustimmen.

Abschließend noch eine Bemerkung zu der geplanten Regelung oder zum Ausschuss-Antrag bezüglich der Ermöglichung von Bauwerken zur Ausübung von Buschenschankbetrieben im Grünland bzw. zur Ermöglichung der Errichtung von Ausgedinge-Wohnhäusern im Hofverband.

Abgesehen davon, dass mir der Zusammenhang mit der Windkraft hier etwas weit hergeholt erscheint - als Klammer wurde ja das ROG angeführt - also wie gesagt diese Zusammenführung der beiden doch grundsätzlich sehr verschiedenen Gesetzesmaterien scheint mir sehr weit hergeholt. Und auch dem Antrag kann man in dieser Form nicht zustimmen.

Einerseits tun wir in diesem Gremium oder haben wir in der Vergangenheit sehr viel getan zum Schutz des Grünlandes. Eine Erlaubnis, Buschenschanken im Grünland zu errichten würde aber eine wesentliche Durchlöcherung dieser Materie bedeuten.

Mir fällt wieder als Beispiel die Wachau ein. Stellen Sie sich vor, in jeder größeren Weinbauerrasse oder in jedem größeren Weingarten in der Wachau stünde eine Buschenschank. Selbstverständlich mit dem dazu gehörigen Parkplatz und der dazu gehörigen Zufahrtsstraße. Was das für das Landschaftsbild bedeuten würde können Sie sich vorstellen.

Und ebenso können wir nicht zustimmen wenn ohne Widmungsänderung Ausgedingehäuser im Hofverband errichtet werden. Diese Häuser würden sicherlich, ich bin hier von der lauterer Absicht völlig überzeugt, am Anfang für Ausgedinge verwendet werden. Allerdings würde sich, so nehme

ich einmal an, sehr häufig in nicht allzu entfernter Zeit die Widmung ändern, es würden hier z. B. Betriebe Einzug halten und es könnten hier Betriebe Einzug halten ohne die entsprechende Widmungsänderung, ohne die entsprechende Infrastruktur und so der ursprünglichen Widmung nicht entsprechen.

Ich meine also, dass man in diesem Bereich keinen Hüftschuss machen sollte, dass man sich diesen Teil oder diesen Antrag noch einmal gründlich überlegen sollte und bitte daher um Verständnis dass die Sozialdemokratie diesem Antrag nicht zustimmen kann. (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Zweiter Präsident Sacher:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Ing. Rennhofer das Wort.

**Abg. Ing. Rennhofer (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Niederösterreich bekennt sich zum Klimabündnis, zu den Kyoto-Zielen. Und eine Maßnahme auf dem Weg zu diesem Ziel hin ist unbestritten der Einsatz der erneuerbaren Energie. Wir wissen, vier Prozent des Strombedarfes wollen wir aus erneuerbarer Energie produzieren. Und die Windenergienutzung ist ein Sektor bei der erneuerbaren Energie. Gerade diese Form hat auf Grund der raschen Umsetzbarkeit im letzten Jahr einen sehr großen Entwicklungsschub genommen. Es wurden zahlreiche Anlagen errichtet.

Und ich denke, dass im Bereich Windenergie bereits sehr, sehr viel erreicht wurde. Nicht nur auf der einen Seite was den hohen Nutzungsgrad betrifft, sondern es sind natürlich entsprechende Investitions- und Beschäftigungseffekte davon ausgegangen und eingetreten. Das darf man sicher nicht vergessen oder außer Acht lassen.

Man darf aber auch das Wohlbefinden der Bevölkerung nicht außer Acht lassen. Und mit der Raschheit dieser Entwicklung ist in manchen Bereichen der Eindruck entstanden, dass überall ohne Rücksicht auf die öffentliche Meinung und ohne Rücksicht auf das Empfinden der Bevölkerung Windräder aufgestellt werden. Dieser Eindruck ist entstanden, obwohl im Herbst 1999 das verpflichtende Widmungsverfahren eingeführt wurde. Und die Gemeinden, die diese Verfahren abzuwickeln hatten, das heißt, eigentlich sollte dort ein entsprechender Diskussionsprozess stattgefunden haben und durchgeführt worden sein.

Was nicht geregelt war ist eigentlich der Einfluss auf Nachbargemeinden. Und man muss



zugeben, dass in einigen Fällen einfach mit der Bevölkerung hier nicht gesprochen oder zu wenig gesprochen wurde und hier Teile der Bevölkerung vor vollendete Tatsachen gestellt wurden. Solche Vorgangsweisen sind nie gut, sind nicht vorteilhaft und führen zwangsläufig zu Widerständen und zu Ängsten.

Ein weiterer Aspekt, denke ich, ist auch die technische Entwicklung der Windkraftanlagen. Sie führt dazu, dass immer größer geplant wird und konzipiert wird und damit dazu, dass immer mehr auch davon betroffen und sich davon beeinflusst fühlen. Wir sind in der technischen Entwicklung bei einer Nabenhöhe von 100 Meter und darüber und einem Rotordurchmesser von über 70 Meter angelangt.

Und die Diskussion ist teilweise sehr emotional und über die Medien und nur wenig sachlich geführt worden. Ich meine daher, dass wir hier eine sachliche Regelung treffen sollten und mit einer sachlichen Regelung antworten sollten. Sie liegt vor in der Form der entsprechenden Anträge mit einer Regelung von Mindestabständen, die von jedem leicht nachvollziehbar sind und verständlich sind.

Und auch wenn die Grünen mit ihrem Antrag etwas anderer Meinung sind, das Wohlbefinden der Bevölkerung stand im Vordergrund und ist uns ganz einfach wichtig. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Mit dieser Regelung werden die Windkraftstandorte zwar eingeschränkt von der Anzahl, dort wo negative Auswirkungen zu erwarten sind, aber die möglichen Standorte werden dadurch aufgewertet und wertvoller. Ich darf daher einen weiteren Antrag einbringen, und zwar *(liest:)*

„Antrag

der Abgeordneten Ing. Rennhofer, Jahrmann, Hensler, Mag. Motz, Doppler, Kautz, Dipl. Ing. Eigner, Gartner, Grandl, Maier und Nowohradsky zum Antrag der Abgeordneten Ing. Rennhofer, Jahrmann u.a. betreffend raumordnungsrechtliche Regelungen für Windkraftanlagen, Ltg. 194/A-1/10.

Der Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Raumordnungsgesetzes 1976 wird in der vom Bauausschuss beschlossenen Fassung wie folgt geändert:

1. In der Ziffer 2 lautet es im § 19 Abs. 3a anstelle ‚sind folgende Mindestabstände einzuhalten:‘ wie folgt ‚müssen

1. eine Mindestleistungsdichte des Windes von mindestens 220 Watt/m<sup>2</sup> in 70m Höhe über dem Grund vorliegen und
2. folgende Mindestabstände eingehalten werden:‘

2. In der Ziffer 2 wird im § 19 Abs. 3a nach der Wortfolge ‚1200 m zu gewidmeten Wohnbauland‘ folgende Wortfolge angefügt ‚und Bauland-Sondergebiet mit erhöhtem Schutzanspruch‘.

3. Im Artikel II wird die Wortfolge ‚der Kundmachung dieses Gesetzes‘ ersetzt durch das Datum ‚dem 25.3.2004‘. Weiters wird dem Artikel II folgender Satz angefügt: ‚Bei Widmungsverfahren, die am 25.3.2004 gemäß § 21 Abs. 1 NÖ ROG 1976 zur Einsichtnahme aufliegen und bei denen der Mindestabstand von 2000 m zum gewidmeten Wohnbauland einer Nachbargemeinde nicht vorliegt, bedarf die Widmung für Windkraftanlagen, bei sonstiger Rechtswidrigkeit, der Zustimmung der betroffenen Nachbargemeinde(n).‘“

Die Intention dieses Antrages geht daher in Richtung, dass ertragsversprechende Standorte umgesetzt werden und die Bevölkerung berücksichtigt wird. Letztendlich muss der positive Aspekt der erneuerbaren Energienutzung die in der erneuerbaren Energienutzung vorhanden ist, Vorrang haben und für alle verträglich umsetzbar sein. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Zweiter Präsident Sacher:** Es hat sich noch Herr Abgeordneter Mag. Fasan zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Mag. Fasan (Grüne):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf noch ganz kurz auf den Kollegen Jahrmann eingehen. Also dass die Grünen alles ablehnen in diesem Haus, das ist wirklich nicht wahr. Also ich glaube ... *(Abg. Mag. Schneeberger: Zumindest alles was vernünftig ist!)*

Nein! Weil das würde nämlich bedeuten, Kollege Mag. Schneeberger, dieser Zwischenruf ist es wert dass ich ihn aufgreife. Kollege Mag. Schneeberger! Dieser Zwischenruf ist es wert dass ich ihn aufgreife. Die Grünen stimmen also in etwa, glaube ich, 60 Prozent der Anträge hier zu. Das würde also bedeuten, dass alles andere was dieser Landtag beschließt, meistens auf Anregung der ÖVP, unvernünftig ist. Und für so unvernünftig halte nicht

einmal ich die ÖVP, Kollege Mag. Schneeberger. Also deshalb würde ich meinen, da würde ich meinen, seien wir ein bisschen vorsichtig mit den Zwischenrufen.

Ich möchte mich beim Kollegen Ing. Rennhofer sehr herzlich bedanken für den Aufruf zur Sachlichkeit, ich greife das gerne auf und meine auch, wenn wir die Diskussion beruhigen, dann geben wir uns gegenseitig Recht. Es geht für uns um unterschiedliche Abstände. Wir beide, wir alle wollen, wie hast du es genannt, das Wohlbefinden der Bevölkerung heben. Darum geht es. Wohlbefinden der Bevölkerung hängt in diesem Fall hier nicht zusammen mit Abgasen, nicht zusammen mit Steigerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen, nicht zusammen mit zusätzlicher Lärmbelastung, nicht zusammen mit Zerstörung von Naturschutzgebieten, nein, sondern mit der Distanz dieser Windräder, die sonst gewisse Belastungen hervorrufen könnten, okay, einigen wir uns auf das.

Gehen wir also jetzt nur mehr auf den vorliegenden Antrag ein den der Kollege Ing. Rennhofer eingebracht hat. Zum Ersten möchte ich sagen, wenn ich es ganz sachlich ausdrücke, dann kann ich mit der Regelung, dass sozusagen im Widmungsverfahren heute, am heutigen Tag, 25. März 2004, eingereichte Projekte noch nach dem alten Gesetz geregelt werden, alle anderen nach dem neuen. Wenn ich das nicht sachlich beurteilen würde müsste ich sagen, das ist ein Überfall der einzigartig ist. Keinem anderen Wirtschaftszweig würden Sie das zumuten, meine Damen und Herren. Und jeder andere Wirtschaftszweig würde sich mit Recht dagegen wehren dass mit dem Tag des Beschlusses sich die gesamte gesetzliche Materie nach der er sich zu richten hat, die er vielleicht schon vorbereitet hat, plötzlich geändert wird. Wenn jemand etwas geplant hat, etwas beantragt hat, etwas längerfristig vorbereitet und geplant hat und dann die Einreichung geplant hat, dann wird das dadurch zu Nichte gemacht. In jeder anderen Branche würde man das völlig zu Recht als zutiefst wirtschaftsfeindlich betrachten und bezeichnen wenn das so beschlossen würde oder beantragt würde wie Sie das hier beantragen. *(Abg. Mag. Schneeberger: Das ist menschenfreundlich!)*

Das ist sehr, sehr ... Ich habe noch nie eine Branche erlebt die von der ÖVP derartig, nur was diesen Absatz betrifft, derartig attackiert wurde. Jede andere Branche hat das Recht und die Möglichkeit sich einzustellen ... Überhaupt nicht. Jede andere Branche hat das Recht sich einzustellen auf eine gesetzliche Änderung, damit zu kalkulieren und das gibt man mit gutem Grund. Hier ist das nicht der Fall. Das ist das eine.

Das Zweite, worauf ich Sie aufmerksam machen möchte, das ist der Antragstext der lautet: 1. In der Ziffer 1 lautet es im § 19 Abs.3a an Stelle sind folgende Mindestabstände einzuhalten: Wie folgt müssen erstens eine Mindestleistungsdichte des Windes von mindestens 220 Watt in 70 Meter Höhe vorliegen. Ich frage Sie also, welche Mindestleistungsdichte wollen Sie vorschreiben? Mindestens 220, mindestens, was ist die gesetzliche Regelung? Wenn die Mindestleistungsdichte 400 Watt zum Beispiel hat pro Quadratmeter dann entspricht es immer noch der Mindestleistungsdichte. Sie definieren keine Mindestleistungsdichte. Sie müssten das Wort „mindestens“ streichen. Das ist die Sorgfalt mit der Sie Ihre Anträge hier machen.

Sie definieren nicht. Und ich sagen Ihnen eines, meine Damen und Herren. Es gibt den Artikel 18 Bundesverfassungsgesetz. Da ist das Legalitätsprinzip verankert mit dem sozusagen darauf Rücksicht genommen werden soll dass die gesamte staatliche Verwaltung nur auf Grund der Gesetze ausgeübt werden darf. Diese Gesetze aber verfassungskonforme Grundlagen schaffen müssen für die Vollziehung. Wie soll sich jemand der das vollzieht danach richten? Ich prophezeie Ihnen, es wird Ihnen genau dasselbe passieren was Ihnen bei der Bauordnung schon zweimal passiert ist, nämlich dass jemand vor den Verfassungsgerichtshof gehen wird und das anfechten wird. Da rede ich jetzt gar nicht von den bundesgesetzlichen Regelungen die der Verfassungsgerichtshof Ihrer Bundesregierung immer wieder aufhebt. Sondern da behandle ich jetzt nur das was wir in Niederösterreich hier haben. Aber daher sage ich Ihnen, Herr Präsident ... *(Abg. Mag. Freibauer: Dafür gibt's ja die Höchstgerichte! Dann sind sie ja arbeitslos!)*

Ja, mein Gott, das ist aber lieb dass Sie zumindest an diese Arbeitsplätze denken wenn schon nicht an die in der Windkraft. Aber da prophezeie ich Ihnen, da provozieren Sie wieder einen verfassungsrechtlichen Streit der völlig unnötig ist. Ich mache Sie nur darauf aufmerksam. Es ist Ihr Antrag, Sie müssen ihn korrigieren. Aber wenn Sie nicht genaue, präzise, gesetzliche Grundlagen schaffen, dann werden Sie mit dem Antrag vor dem Verfassungsgerichtshof nicht halten und dann wird etwas Interessantes passieren. Dann wird man nämlich die gesamte Regelung kippen. Und dann wird die Frage sein, was passiert mit denen die in der Zwischenzeit die Möglichkeiten des alten Gesetzes nicht nutzen konnten.

Also ich ersuche Sie zumindest diesen Fauxpas in Ihrem Antrag zu beheben, zu korrigieren und möchte Sie dazu aufrufen, zukünftig in der Raumordnung planender, genauer, präziser und langfris-

tiger vorzugehen. Es wäre zum Nutzen dieses Landes und zum Nutzen der Bevölkerung. *(Beifall bei den Grünen.)*

**Zweiter Präsident Sacher:** Hoher Landtag! Damit ist die Rednerliste erschöpft, die Berichterstatter haben das Schlusswort.

**Berichterstatter Abg. Dipl.Ing. Eigner (ÖVP):** Ich verzichte!

**Berichterstatter Abg. Maier (ÖVP):** Ich verzichte!

**Zweiter Präsident Sacher:** Sie verzichten darauf. Ich möchte nun zur Abstimmung kommen und ich bitte jetzt um Aufmerksamkeit. Es liegen hier verschiedene Anträge vor. Zum Ersten wurde ein Abänderungsantrag zum Antrag Ltg. 194/A-1/10 eingebracht vom Abgeordneten Mag. Fasan und FreundInnen. Er ist aber nur von Mag. Fasan und keinen FreundInnen oder sonstigen Abgeordneten unterschrieben. Daher muss ich die Unterstützungsfrage stellen. Wer unterstützt diesen Antrag damit ich ihn zur Abstimmung bringen kann? Der Antrag wird unterstützt, daher bringe ich diesen Antrag zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den Abänderungsantrag Mag. Fasan:)* Damit ist der Antrag abgelehnt!

Es gibt nun einen zweiten Abänderungsantrag, Ltg. 194/A-1/10, Antrag der Abgeordneten Ing. Rennhofer, Jahrman, Hensler, Mag. Motz, Doppler u.a. *(Nach Abstimmung über diesen Abänderungsantrag:)* Das ist die Mehrheit. Dieser Abänderungsantrag ist angenommen!

Ich komme nun zur Abstimmung des Antrages des Bau-Ausschusses, Ltg. 194/A-1/10 zum Punkt 1. Denn im Punkt 2 gibt es einen § 34-Antrag. Ich lasse über den Punkt 1 abstimmen. Das ist also der Antrag der Abgeordneten Ing. Rennhofer, Jahrman u.a. bezüglich Änderung des Raumordnungsgesetzes. *(Nach Abstimmung über diesen Antrag:)* Das ist mehrheitlich angenommen!

Ich komme nun zur Abstimmung über den Punkt 2 dieses Antrages gemäß § 34 LGO, Antrag der Abgeordneten Ing. Rennhofer. *(Nach Abstimmung über diesen Antrag:)* Das ist die Mehrheit. Dieser Antrag ist angenommen!

*(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Bau-Ausschusses, Ltg. 197/A-1/12:)* Das ist die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen!

Zum nächsten Tagesordnungspunkt beabsichtige ich, die Geschäftsstücke Ltg. 132/A-2/9 und Ltg. 133/A-2/10 sowie Ltg. 195/A-1/11 wegen des sachlichen Zusammenhanges gemeinsam zu verhandeln. Berichterstattung und Abstimmung werden jedoch getrennt erfolgen. Gibt es gegen diese Vorgangsweise einen Einwand? Das ist nicht der Fall. Ich ersuche daher zuerst Frau Abgeordnete Vladyka zum Geschäftsstück Ltg. 132/A-2/9 und Ltg. 133/A-2/10 und danach Frau Abgeordnete Rinke zu Ltg. 195/A-1/11 die Berichte zu erstatten.

**Berichterstatterin Abg. Vladyka (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich berichte zum Antrag Ltg. 132/A-2/9 der Abgeordneten Cerwenka, Vladyka, Dworak, Ing. Gratzner, Jahrman und Prof. Dr. Nasko betreffend die Sicherung der Pflichtschulinfrastruktur und Bildungsqualität in Niederösterreich.

In diesem Antrag geht es um die Aufrechterhaltung der ländlichen Struktur die gewährleistet sein muss. Vorstellbar wäre hier ein Zuschlag für Kleinstschulen, die Berücksichtigung besonderer Problemlagen, die Bereitstellung der finanziellen Mittel die es ermöglichen, dass drei Gegenstände und unverbindliche Übungen wiederum angeboten werden können. Darüber hinaus geht es hier auch darum, gegenüber dem Bund dafür einzutreten dass ein Qualitätsverlust der schulischen Bildung durch weitere Mittelreduktion hintangehalten wird.

Des weiteren darf ich auch gleich zur Landtagszahl 133/A-2/10 berichten. Auch wieder ein Antrag der Abgeordneten Cerwenka, Vladyka, Dworak, Ing. Gratzner, Jahrman und Prof. Dr. Nasko. In diesem Antrag geht es um Prüfung der Auswirkungen der Beibehaltung der geltenden Klassenschülerhöchstzahl sowie der Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25. Hier geht es darum zu prüfen, welche positiven und negativen Auswirkungen kommen. Und eben um einen Bericht der zur Kenntnis gebracht werden soll. Der Inhalt ist ohnehin den Fraktionen bekannt. Ich darf daher zu den Anträgen des Ausschusses kommen.

Ich berichte zum Antrag des Schul-Ausschusses über den Antrag gemäß § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Mag. Heuras, Cerwenka, Dipl.Ing. Eigner, Dworak, Grandl, Dr. Nasko, Nowohradsky, Ing. Penz, Rinke und Adensamer betreffend Schulorganisation in Niederösterreich *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung beim Bund in folgender Richtung vorstellig zu werden:

- Abänderung der derzeitigen Berechnungsmodalität für die Zuteilung der Lehrer-Personalressourcen zur Erhaltung von Schulstandorten. Dies könnte durch ein Absenken der Schlüsselzahlen auf ein bedarfsgerechtes Ausmaß oder durch die Einführung von Zuschlägen für jede Klasse einer Volksschule mit weniger als 4 Klassen (bis zu 11 Stunden pro Klasse) und für jede Hauptschule mit weniger als 8 Klassen (mindestens 1 Planstelle) zusätzlich erfolgen.
  - Zuteilung der Verstärkungsressourcen für die ganztägige schulische Betreuung in den Schulen nach den tatsächlichen Bedürfnissen.
  - Zuteilung eines Zweitlehrers für Klassen mit einem hohen Anteil von Kindern mit nicht deutscher Muttersprache.
2. Die Anträge der Abgeordneten Cerwenka u.a. betreffend die Sicherung der Pflichtschulinfrastruktur und –bildungsqualität in Niederösterreich, Ltg. 132/A-2/9, und betreffend Prüfung der Auswirkungen der Beibehaltung der geltenden Klassenschülerhöchstzahl sowie der Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25, Ltg. 133/A-2/10, werden mit diesem Antrag gemäß § 34 LGO 2001 erledigt.“

Des weiteren darf ich den Antrag des Schul-Ausschusses über den Antrag gemäß § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Mag. Heuras, Dipl.Ing. Eigner, Grandl, Nowohradsky, Ing. Penz, Rinke und Adensamer betreffend sprengelfremder Schulbesuch (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung eine Änderung des § 5 Schulorganisationsgesetzes dahingehend zu erreichen, dass die Eltern bei sprengelfremden Schulbesuch freiwillig Schulerhaltungsbeiträge leisten können.“

Herr Präsident, ich darf Sie bitten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen. Danke.

**Zweiter Präsident Sacher:** Danke für den Bericht und nun Frau Kollegin Rinke bitte.

**Berichterstatterin Abg. Rinke (ÖVP):** Hoher Landtag! Sehr geehrter Herr Präsident! Ich berichte zum Antrag der Abgeordneten Nowohradsky, Cerwenka, Dipl.Ing. Eigner, Dworak, Grandl, Dr. Nasko, Mag. Heuras, Ing. Penz und Rinke betref-

send der Mittagspause der allgemein bildenden Pflichtschulen.

Darum geht es, dass in allgemein bildenden Pflichtschulen Schüler am Vormittag und am Nachmittag unterrichtet werden. Zwischen diesen beiden Unterrichtsteilen eine Mittagspause von mindestens einer Stunde stattzufinden hatte. In der Praxis hat sich gezeigt, dass aus verschiedenen Gründen, wie zum Beispiel Schülertransporte es sinnvoll erscheint, dass man diese Mittagspause auf eine halbe Stunde festlegt. Es besteht aber nach wie vor die Möglichkeit, durch den Bezirksschulrat eine Änderung vorzunehmen.

Es ist so, dass darüber hinaus vorgesehen ist, dass der Bezirksschulrat vor der Entscheidung über die Änderung des Unterrichtsbeginns oder der Dauer der Mittagspause auch eine Stellungnahme des Schulforums bzw. des Schulgemeinschafts-Ausschusses einholen kann. Dadurch soll gewährleistet sein, dass die Betroffenen an der Entscheidung mitwirken können.

Ich stelle daher den Antrag des Schul-Ausschusses über den Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Nowohradsky, Cerwenka, Dipl.Ing. Eigner, Dworak, Grandl, Dr. Nasko, Mag. Heuras, Ing. Penz und Rinke betreffend Änderung des NÖ Schulzeitgesetzes 1978 (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der dem Antrag der Abgeordneten Nowohradsky, Cerwenka u.a. beiliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Schulzeitgesetzes 1978 wird genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen.“

Ich ersuche, Hoher Landtag, Herr Präsident, um Debatte und um Beschluss dieses Antrages.

**Zweiter Präsident Sacher:** Ich danke für die Berichterstattung. Ich eröffne die Debatte. Als erster Redner gelangt Herr Abgeordneter Prof. Dr. Nasko zu Wort.

**Abg. Dr. Nasko (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich glaube, wir alle sind hier einer Meinung. Uns allen geht es um die Zukunft, damit um unsere Jugend und natürlich um eine Hauptressource des größten Bundeslandes unserer Republik Nieder-

österreich: Nämlich Bildung, meine Damen und Herren, kann man nicht ersparen. In Bildung muss man investieren! Und Bildung, das ist das lebensertüchtigende Instrumentarium, das der Staat und damit unser Land den Kindern und Jugendlichen auf den Weg in ihre Zukunft mitgeben kann.

Mit diesen Überlegungen, so glaube ich, bin ich mit Ihnen allen im Konsens. Das Zauberwort unserer Zeit aber lautet offensichtlich nicht, Investition in die Zukunft durch Halten, ja durch Festigung und Ausbau des Bildungsniveaus, das Zauberwort heißt sparen. Lassen wir es nicht zu, dass der an sich gute Gedanke von Sparen durch ein Kaputtsparen an unseren wichtigsten Ressourcen, an unserer Jugend und an der Bildungsqualität pervertiert wird.

Wie hat dieses Schuljahr 2003/04 begonnen? Kürzungen beim Dienstpostenplan. Grundsätzlich wurden die erste und zweite Klasse sowie die dritte und vierte in den Volksschulen zusammen gelegt, wenn die Schülerzahl unter 29 liegt. Gleichzeitig wurde geregelt, dass bei mehreren Standorten innerhalb eines Sprengels, wie es in städtischen Räumen der Fall ist, bei der Klassenbildung rigoros durch 30 zu dividieren ist.

100 Volksschulklassen und 10 Hauptschulklassen waren zu streichen. Damit stieg die Klassenschülerdurchschnittszahl im ländlichen Raum von 14,5 auf 21 plus Abteilungsunterricht an, im städtischen Raum von 21,2 auf 26,6. Bei den ersten Klassen der betroffenen Hauptschulen stieg die durchschnittliche Schülerzahl von 23 auf 27,3.

Meine Damen und Herren, was ist geschehen? Es war doch bisher unser Bestreben, die Klassenschülerzahl möglichst gering zu halten, um Bildungsqualität zu garantieren! Jetzt aber ist das Anheben der Klassenschülerzahlen oft erstes Ziel geworden. In welchem Land leben wir dass nicht ein Zukunftsministerium die Organisation von Schule und Bildung qualifiziert und beurteilt sondern mitunter der Rechnungshof? Dieser hat nämlich den Abbau der Lehrerreserve, ja deren langfristige Auflösung gefordert. Bei Erkrankungen ist damit ein Unterricht nicht mehr aufrecht zu erhalten. Die Idee, statt Fachunterricht einfach Beaufsichtigungsunterricht durchzuführen, ist abzulehnen, ich glaube von uns allen. Wir können Randstunden nicht einfach entfallen lassen. Die Schüler und Schülerinnen haben ein Recht auf einen geregelten Unterricht. Oder wird der Staat auch hier weiter ausgehöhlt und müssen Schüler nach und nach in Privatschulen ausweichen, um sich dieses Recht zu sichern? Gleichzeitig geht es um die Berücksichtigung der Problematik von Fahrschülern,

also Pendlern, die doch einen guten Teil der Schülerpopulation ausmachen.

Und nicht zuletzt kann man doch nicht einfach Kinder vor dem normalen stundenplanmäßigen Ende des Unterrichts ohne vorhergehende Verständigung der Eltern entlassen. Ich bin auch für ein Sparen am richtigen Platz. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass wir auf einen oder auf alle Abfangjäger verzichten und dafür unsere Schulorganisation ins Reine bringen. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. Weiderbauer.)*

Nach den Vorstellungen des Rechnungshofes gibt es derzeit in Niederösterreich 100 Volksschulen mit bis zu 50 Schülern, was bedeuten würde, dass etwa 25 Volksschulen zu schließen wären. Darum geht es heute. Um ein Nein zu derartigen Streichungen, um ein Ja zur Zukunft der Schulstandorte, gleichgültig ob in Ballungszentren oder im ländlichen Raum. Ausgleich war immer unser Ziel. Grenzlandförderung, Strukturausgleich, wohin sind wir eigentlich gekommen, wohin hat uns der Wohlstand und der Fortschritt letztlich geführt? Wie weit wird man es mit der Streichungs- und Kürzungspolitik noch treiben?

Grundsätzlich könnten wir ja wieder Klassen mit 60 und mehr Schülern anfüllen, am Vormittag die eine Gruppe und am Nachmittag die andere Gruppe unterrichten und damit Klassenraum sparen. Mit der Verringerung der Klassenschülerhöchstzahl etwa auf 25 wäre eine von den Pädagogen aller Parteien immer wieder geforderte Möglichkeit verbunden unser Bildungssystem den neuen Anforderungen anzupassen und damit mit Europa mitzuziehen, vorne als Leuchtspur, nicht irgendwo hinten.

Die Arbeit an einer Schule kann nur gelingen, wenn wir mit großer Ehrlichkeit und dem nötigen Realitätssinn für das, was machbar ist, an alles herangehen. Zu den wesentlichen Erziehungsaufgaben unserer Zeit gehört es, Jugendliche fit zu machen für das Leben in einer immer komplexer werdenden Zukunft.

Es sind nicht alle Kinder gleich begabt. Wir wissen um das Engagement der Lehrer, wir wissen um die Bereitschaft der Eltern zu Kooperation. Aber was im Grundschullehrplan festgehalten ist, muss unser reales Anliegen bleiben. Ich zitiere: „Der umfassende Bildungsauftrag der Grundschule setzt sich die individuelle Förderung eines jeden Kindes zum Ziel. Dabei soll einerseits der individuellen Erziehungsbedürftigkeit und Bildsamkeit der Schüler entsprochen werden, andererseits bei allen Schülern eine kontinuierliche Lernentwicklung an-

gebahnt werden. Damit soll die Grundschule die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Lernen in den weiteren Schulen schaffen.“ Soweit das Zitat.

Soziales Lernen, Integration, neue, bis ins Spielerische gehende Lernformen und kooperative Arbeitsformen dürfen nicht bürokratisch einfach aufgegeben werden. Wir kennen die Fesseln aus dem Finanzausgleich, wir wissen um die Auswirkungen der Praxis in den Ländern, die Stundenkontingente zugunsten des ländlichen Raumes zu gewichten. Wir wissen auch, dass niederorganisierte Schulstandorte für die Identität der jeweiligen Gemeinde ausschlaggebend sind. Wir wollen uns mit dem Abbau von Lehrern, mit der Schließung von Standorten, der Zusammenlegung von Klassen nicht abfinden. Wir wollen die gesunde Altersdurchmischung der Lehrer nicht für alle Zeiten verlieren. Wir können derzeit keine Lehrer einstellen, von den pädagogischen Akademien gehen die Absolventen in der Regel in die Arbeitslosigkeit. An den Schulen aber wären frische Lehrer notwendig, um die neuen Lehr- und Lernformen auch an den bestehenden Lehrkörper weiter zu geben. Es darf keine Stagnation geben. Wir wenden uns gegen diese entstehende Lücke im pädagogischen Bereich!

Die Geburtenentwicklung bleibt weiter rückläufig. Das ist ein Faktum. 2004/05 gibt es bei den Volksschülern bundesweit einen Verlust von 11.000. Das wieder bedeutet einen entsprechend hohen Verlust an Planstellen. Bildung, meine Damen und Herren, dürfen wir als wertvolle Ressource nicht einfach aufs Spiel setzen.

Wir wollen unseren 1.035 Schulen mit insgesamt 132.200 Schülern in Niederösterreich eine reale Perspektive bieten. Reform in der Bildung darf nie Abbau von Angebot und Qualität bedeuten, es muss immer neues Niveau erobern, Lebenssicherung bewirken. Darin sind wir hier sicher im Konsens! Nicht reduzieren, Zuschlag ist erforderlich.

*(Dritter Präsident Ing. Penz übernimmt den Vorsitz.)*

Zum Schluss, meine Damen und Herren, möchte ich noch einen Resolutionsantrag betreffend des Termins der Semesterferien 2005 sowie zukünftige Semesterferien einbringen (*liest:*)

„Resolutionsantrag

des Abgeordneten Prof. Dr. Nasko zum Antrag der Abgeordneten Nowohradsky, Cerwenka u.a. betreffend Änderung des NÖ Schulzeitgesetzes 1978, Ltg. Zl. 195/A-1/11, betreffend Termin der

Semesterferien 2005 sowie zukünftiger Semesterferien.

Im Jahr 2005 würden die Semesterferien der beiden einwohnerstärksten Bundesländer Wien und Niederösterreich mit jenen von Bayern, den Niederlanden, Belgien und Teilen Frankreichs, zusammenfallen. Bis zu 23 Millionen Menschen wären somit innerhalb derselben Woche auf Urlaub.

Laut dem Schulzeitgesetz 1985 beginnen die Semesterferien in Österreich immer mit dem ersten Montag im Februar.

Im Jahr 2005 fällt der 31. Jänner auf einen Montag, die Ferien verschieben sich daher um eine Woche nach hinten. Die Kollegien der Landesschulräte haben die Möglichkeit, andere Regelungen zu beantragen, allerdings ist dieser Antrag bis spätestens 31. Dezember des vorangegangenen Schuljahres zu stellen. Diese Frist für die Änderung der Semesterferien 2005 ist somit mit 31. Dezember 2003 abgelaufen. Ein Antrag wurde nicht gestellt.

Zum vorprogrammierten Verkehrschaos, überfüllten Schipisten, welche das Ferien- und Erholungsvergnügen massiv beeinträchtigen, steigenden Preisen in dieser Woche und zum Nachteil für die Tourismuswirtschaft durch den Wegfall einer Vollauslastungswoche steht zu befürchten, dass viele Familien nicht ihr gewünschtes oder überhaupt kein Quartier erhalten werden, weil viele Tourismusbetriebe, besonders in Salzburg, Tirol und Vorarlberg, langfristige Verträge mit ausländischen Reiseunternehmen abgeschlossen haben.

Das Bundesland Salzburg, Teile der Wirtschaftskammer sowie der Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft haben sich in den Medien deutlich für eine Verlegung der Semesterferien 2005 ausgesprochen. Für 2008 würde sich dieselbe Problematik stellen.

Der gefertigte Abgeordnete stellt daher den Antrag:

Der NÖ Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert an den Bund heranzutreten, damit die erforderlichen Schritte veranlasst werden, um durch eine Änderung des Schulzeitgesetzes 1985 eine Verlegung der Semesterferien im Jahr 2005 festzulegen sowie eine Neuregelung des Schulzeitgesetzes 1985 zu erreichen, welche es ermöglicht, ein derartiges Zusammenfallen von Semesterferienzeiten mit anderen Ländern in Zukunft hintanzuhalten.“

Soweit der Resolutionsantrag.

Meine Damen und Herren! Die Aktion „Kritischer Schüler und Schülerinnen“ stellte kürzlich fest, dass die Semesterferien unangetastet bleiben müssen, da sie in einer stressigen Phase die notwendige Erholung bieten. Diese Erholung aber ist kaum gegeben, wenn ein internationaler Run auf den Ferienort neuen Stress, reduzierte Urlaubsqualität und höhere Urlaubspreise verursachen. Flexibilität beim Beginn ist daher angesagt. Es geht um den Erholungswert für die Familien.

Unter Hinweis auf Verkehrsstaus, vor allem auch auf den Lkw-Transit hat auch die ÖAMTC-Juristin Ursula Zelenka eine Koordination aller betroffenen Länder, neben Österreich, Deutschland, der Schweiz, den Niederlanden und Norditalien, auch der neuen EU-Länder Ungarn, Slowenien, Tschechien und Slowakei angeregt. Grund genug für uns, glaube ich, zum Handeln. Ich ersuche daher die Debatte einzuleiten und die Beschlussfassung durchzuführen. Danke schön! (*Beifall bei der SPÖ und Abg. Weiderbauer.*)

**Dritter Präsident Ing. Penz:** Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Ram.

**Abg. Mag. Ram (FPÖ):** Geschätzter Herr Präsident! Werte an der Bildungspolitik interessierte Anwesende!

Wenn die Schulen zunehmen, dann steht wohl im Land. Das sagte Martin Luther im Jahre 1530. Der Umkehrschluss für mich ist, wenn die Schulen weniger werden dann steht es schlecht um unser Bundesland. In diesem Satz von Martin Luther liegt sehr viel Wahrheit. Es geht, wenn man eine Gesellschaft betrachtet, in erster Linie darum, die Ausbildungschancen für die Jugend zu erhöhen, die Ausbildungschancen für die Jugend auch für die Zukunft sicher zu stellen.

Es geht bei uns in Niederösterreich aber auch darum, den ländlichen Raum zu unterstützen. Es besteht die große Gefahr, dass der ländliche Raum durch eine Aushöhlung der Schulstruktur zu Schaden kommt. Wir haben derzeit in Niederösterreich 25 einklassige Volksschulen, 107 zweiklassige Volksschulen und 65 dreiklassige Volksschulen. In diesen Volksschulen wird sehr Wichtiges geleistet und diese Volksschulen haben eine Funktion. Sie haben vor allem auch in den Dörfern die Funktion, den dörflichen Charakter zu erhalten und auch den Schüler im Dorf in seiner Heimatgemeinde verwurzelt zu lassen.

Eine Auflassung von Kleinstschulen im Bereich der Volksschulen hätte Verschiedenes zur Folge. Das Erste wäre, es würde zur Entwurzelung der Schüler kommen, es würde zur Entwurzelung der jungen Menschen von ihrer Gemeinschaft kommen. Das Zweite, und das sollte man heutzutage auch nicht unterschätzen, wäre ein Sicherheitsrisiko. Ein Sicherheitsrisiko für die Schüler die einen weiteren Schulweg zurücklegen müssen.

Wenn man sich das heute anschaut wie es teilweise in manchen Gegenden zugeht so kann man sagen, dass die Schüler der Volksschule teilweise schon das Pendlerschicksal in der frühesten Jugend, in der Kindheit erleiden. Ein Pendlerschicksal das sie vielleicht als Erwachsene dann auch erleiden werden.

Geschätzte Damen und Herren! Prof. Dr. Nasko hat, wie so oft, einiges Richtiges gesagt und mir schon sehr viel vorweg genommen. Es geht in der Problematik Sparen, Bildung geht es darum, sicherlich das Sparen ist wichtig, sparen muss sein. Aber man sollte nicht vergessen dass die Bildung die beste Investition für die Zukunft ist. Und hier gibt es einen sehr interessanten und wie ich meine sehr wichtigen Ausspruch von Benjamin Franklin. Der hat nämlich gesagt, eine Investition in Wissen bringt immer noch die besten Zinsen.

Und ich glaube, wenn man deinen Ausführungen zugehört hat, so wurde das Ganze, diese Aussage nur bestätigt. Wir Niederösterreicher, und das liegt mir auch am Herzen und das steht auch in diesem Antrag sehr schön beschrieben, können auch stolz auf unsere Hauptschulen sein. Bei den Hauptschulen ist es im Gegensatz zu Wien so, dass die niederösterreichischen Hauptschulen sehr gut besucht sind und sehr gut angenommen werden. Und man sieht es auch dann, dass die Bildung in den Hauptschulen in Niederösterreich eine sehr effiziente ist. Und zwar deswegen, weil es sehr viele Hauptschüler gibt die dann später die Matura machen.

Gut und sehr positiv ist es auch, dass es speziell bei den Hauptschulen in Zukunft eine verstärkte Nachmittagsbetreuung geben soll. Wir sprechen uns zwar natürlich für die Stärkung der Familien aus, aber es gibt natürlich auf Grund der aktuellen Situation, auf Grund auch der Arbeitsmarktsituation, der Entwicklung auf dem Arbeitsmarktsektor, die Notwendigkeit, eine umfassende Nachmittagsbetreuung durchzuführen. Und diese Nachmittagsbetreuung wird jetzt auch vom Land gefördert und auch in den Hauptschulen dementsprechend durchgeführt. Das sehen wir sehr positiv.

Wir sehen auch den zugrunde liegenden Antrag sehr positiv. Ich glaube, es war wichtig, dass man einen Kompromiss hier in diesem Hause gefunden hat. Weil gerade die Schulpolitik weg sein sollte von einer parteiideologischen Politik. Man hat sich hier zusammen gesetzt und wie ich glaube, einen sehr guten und tragfähigen Kompromiss zustande gebracht. Diesen Kompromiss werden wir selbstverständlich gerne unterstützen und auch unsere Zustimmung geben.

Wir werden aber auch unsere Zustimmung dem Antrag auf sprengelfremden Schulbesuch geben, da wir glauben dass es wichtig und richtig ist wenn die Eltern schon bereit sind, einen freiwilligen Schulerhaltungsbeitrag zu leisten, dass man ihnen hier die Möglichkeit gibt, das Konfliktpotenzial etwas zu entschärfen und hier auch durch unsere Zustimmung dem Ganzen eine Basis gibt, sodass hier auch vielleicht für die Zukunft bessere Lösungen getroffen werden können.

Selbstverständlich werden wir auch dem Antrag bezüglich des Schulzeitgesetzes die Zustimmung geben, weil wir auch der Meinung sind, dass hier die Schulen möglichst ein Mitspracherecht haben sollten und dass es hier, wenn es der Fall sein sollte, dass eben eine halbstündige Pause ausreicht oder eine halbstündige Pause für die Schule, für die Schüler am Besten ist, dass man hier auch die Möglichkeit geben sollte.

Der Kollege Dr. Nasko hat einen Antrag vorgelegt, und zwar einen Resolutionsantrag betreffend den Termin der Semesterferien 2005 sowie zukünftige Semesterferien. Hier ist es so, dass schon in der Öffentlichkeit darüber diskutiert wurde. Ich teile die Ansicht des Prof. Dr. Nasko dass es sicherlich vernünftiger wäre, hier eine andere Regelung herbeizuführen. Wir glauben auch, dass es gegenüber der Eltern, gegenüber den Schülern unverantwortlich ist, dieses Verkehrschaos, diese überfüllten Schipisten, diese Trübung des Erholungsvergnügens hinzunehmen. Und vor allem, und das sollte man auch nicht vergessen, die steigenden Preise hinzunehmen. Weil es kommt, und das ist ganz klar in der Wirtschaft, es konzentriert sich dann alles auf diese eine Woche. Klarerweise müssen die Tourismusbetriebe, um einen Gewinn zu erzielen, auch hier die Preise erhöhen und werden auch, das befürchte ich zumindest, die Preise erhöhen. Und gerade deswegen sollten wir im Interesse der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher, vor allem auch im Interesse der niederösterreichischen Familien diesem Antrag zustimmen. Und wir werden als Fraktion diesem Antrag des Kollegen Dr. Nasko die Zustimmung erteilen. Weil wir glauben, dass es vernünftig ist, im Inte-

resse unserer Bevölkerung hier eine verantwortungsbewusste Lösung zu finden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

**Dritter Präsident Ing. Penz:** Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Weiderbauer.

**Abg. Weiderbauer (Grüne):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste auf den Tribünen!

Ich glaube, dass die Vermischung der SPÖ-Anträge und des ÖVP-Antrages den vorliegenden Antrag sicher nicht besser gemacht haben. Denn es fehlt vor allem ein entscheidender Faktor, und zwar die Forderung der Senkung der Schülerzahl, der KlassenschülerInnenhöchstzahlen auf 25. Der ist nicht mehr enthalten. Deswegen wird es von uns dazu einen eigenen Resolutionsantrag geben den ich Ihnen anschließend zur Kenntnis bringen möchte.

Ich darf Sie daran erinnern, es hat im Jahr 1989 schon ein Volksbegehren dazu gegeben, dass die KlassenschülerInnenhöchstzahl auf 25 gesenkt werden soll. Damals waren alle entscheidenden Gremien, Verband der Elternvereine, Familienbund, Kinderfreunde, katholischer Familienverband, alle waren dafür das durchzuziehen. Und es hat auch innerhalb der Parteien Zustimmung gefunden. Bis jetzt ist leider nichts passiert und ich gebe dem Kollegen Dr. Nasko völlig Recht, dass es ein Gebot der Stunde wäre das endlich durchzuziehen.

Der Jugendkongress, der 2003 im Dezember hier getagt hat, hat ebenfalls diese Forderung zum wiederholten Male aufgegriffen und gefordert, dass die Schülerzahlen gesenkt werden müssen, dass es zwei Lehrerinnen in einer Klasse geben soll, dass es das Modell Gesamtschule, gemeinsamer Unterricht bis zur Oberstufe geben soll und dass ab der Oberstufe ein Unterricht im Kurssystem durchzuführen sei.

Sie wissen ganz genau, besonders in den höheren Schulen ist die Situation mit den SchülerInnenzahlen sehr kritisch. Denn hier kann bis zu 36 aufgestockt werden. Und jeder, der von der Schulsituation Bescheid weiß und in einer Klasse gestanden ist kann sich vorstellen wie schwierig es ist 36 SchülerInnen zu unterrichten. Das ist nur mehr mit Frontalunterricht möglich und neue Schul- und Unterrichtsformen können hier nicht angewandt werden.

In dem Antrag steht, das Schulwesen funktioniert sehr gut. Ich glaube, dass das der ÖVP immer



besonders wichtig ist darauf hinzuweisen. Ich teile das zu einem gewissen Punkt. Natürlich funktioniert das Schulwesen bei uns in Niederösterreich. Ich zitiere dazu hier die Pisa-Studie, die ja allgemein bekannt ist. Also so einfach darf man es sich nicht machen wie die Bildungsministerin, die dann Plakate aussendet und sagt, bei uns ist einfach alles in Ordnung, es ist alles so super, wir liegen im oberen Mittelfeld. Na gut, damit kann man sich zufrieden geben. Wir sind an 10. Stelle. Aber wenn man sich die Studie genauer ansieht, dann wird man merken, dass der Abstand nach unten relativ gering ist, der Abstand aber zu denen die vor uns liegen, zu den neun, relativ groß ist.

Zwei Aspekte möchte ich dabei noch herausgreifen. Es hat sich gezeigt, wenn man sich diese Studie genauer ansieht, dass interessanterweise die Mädchen bei uns in Österreich benachteiligt sind und dass wir bei den Migrantinnen, das heißt bei den Leistungen der nicht österreichischen Schülerinnen an letzter Stelle liegen. Das hat natürlich mit der Sprache zu tun, es wird zu wenig der muttersprachliche Aspekt gefördert. Also so rosig wie hier getan wird schaut es mit der Pisa-Studie nicht aus. Und es ist großer Handlungsbedarf gegeben, damit wir bei der nächsten Studie die in einigen Jahren kommen wird, keinen Absturz erleben werden. *(Beifall bei den Grünen.)*

Es ist schon die Hauptschule angesprochen worden. Ich bin selber Hauptschullehrer und ich teile auch hier zu einem großen Teil Ihre Meinung dass in diesen Schulen Gutes geleistet wird. So lange die Hauptschule im ländlichen Bereich und nicht zu nahe an ein Gymnasium gerät funktioniert das wunderbar. Aber wenn das der Fall ist wird die Konkurrenz sehr groß. Und während man Gymnasien 1. Klassen fünf bis sechs 1. Klassen voll stopft und diese aus allen Nähten platzen, hat man in der Hauptschule Probleme, die nötigen SchülerInnenzahlen zu bekommen.

Dass 80 Prozent, wie es auch in diesem Antrag steht, der AbgängerInnen der Hauptschulen zu einem Maturaabschluss kommen, das bezweifle ich allerdings. Denn im Jahre 2002/2003 gab es zirka 20.000 AHS-UnterstufenschülerInnen in Niederösterreich und der überwiegende Teil von denen geht natürlich in weiterführende Schulen und schließt mit Matura ab. Im gleichen Jahr gab es 34.000 SchülerInnen in Schulen mit Maturaabschluss aber nur 50 Prozent der HauptschülerInnen sind zu einem Maturaabschluss gekommen obwohl zweieinhalb Mal so viele SchülerInnen in der Hauptschule sind. Also da stimmt irgendwas nicht. Da muss man das um diesen Faktor noch verringern.

Auch die Volksschulen wurden schon angesprochen. Jeder von uns weiß, dass das heurige Schuljahr eine große Problematik gebracht hat, dahingehend, dass einfach durch die sinkenden SchülerInnenzahlen es Probleme mit den Schulstandorten gegeben hat. Es ist auch der Abteilungsunterricht schon angeführt worden, 1., 2. Schulstufe, 3., 4. Aber es gibt auch Schulen wo alle vier Schulstufen in einer Klasse vertreten sind.

Und gerade deswegen fordern wir, dass unbedingt auch hier die Schülerzahl abgesenkt wird. Stellen Sie sich vor, 1., 2. Schulstufe 28 SchülerInnen sind derzeit möglich. Also hier einen produktiven Unterricht durchzuführen stelle ich mir sehr schwer vor. Also genau da setzen auch unsere Forderungen an, auf 25 abzusinken, damit hier ein guter Unterricht gewährleistet ist. *(Beifall bei den Grünen.)*

Dass alle Schulstandorte gehalten werden können bezweifle ich. Ich habe das Beispiel aus dem Bezirk Melk, die Schule Plankenstein. Da sind die Kinder für den Kindergarten schon jahrelang in den Kindergarten des Nachbarortes transportiert worden bis man dann sich endlich doch entschließen musste auch die Volksschule zu schließen. Auch einiges in diese Richtung wird uns nicht erspart bleiben, obwohl ich den Vorrednern Recht gebe dass es wichtig ist, Volksschulstandorte möglichst zu erhalten. Sinkende Schülerzahlen sind ein Faktum. Die Geburtenraten gehen zurück, wir wissen das. Aber wenn ich jetzt überlege, man hat sechs Jahre Zeit gehabt sich darauf einzustellen. Wenn ich ein schwaches Geburtsjahr habe, dann habe ich sechs Jahre Zeit bis diese Kinder in die Volksschule kommen. Und ich frage mich, was ist in dieser Zeit passiert, was sind hier für Maßnahmen gesetzt worden. Auch hier meine Forderung, die KlassenschülerInnenhöchstzahlen zu senken. Und man vergisst auch dabei, dass die Verhältniszahlen LehrerInnen/SchülerInnen jedes Jahr angehoben werden. Das heißt, es werden Dienstposten eingespart. Kollege Dr. Nasko, ich gebe dir vollkommen Recht, wir haben keine jungen LehrerInnen mehr die wir so dringend brauchen um den frischen Wind hineinzubringen, um neue Lernformen hier einzuführen.

Wir haben, Sie verzeihen, einen etwas oder schon sehr alten Lehrkörper der konfrontiert ist mit immer mehr verhaltensoriginellen SchülerInnen in der Klasse. Und dass das nicht einfach ist, glaube ich, wird jeder verstehen.

Sparmaßnahmen. Sie bezeichnen es in diesem Antrag als Budgetkonsolidierung. Ich bezeichne es als Sparmaßnahmen im Bildungsbe-

reich. Und das kann auch, wie von den Vorrednern schon angesprochen wurde, so nicht sein. Auf der anderen Seite gibt es Maßnahmen oder gibt es noch Situationen wo eigentlich nicht so gespart wird. Ich gebe nur zu bedenken, es gibt sehr viele betraute BezirksschulinspektorInnen. Und diese betrauten BezirksschulinspektorInnen können Reiserrechnung legen von ihrem früheren Schulstandort zu ihrem neuen Dienstort. Ein Beispiel aus dem Bezirk Melk. Eine Kollegin ist jetzt betraut worden mit der Bezirksschulinspektorinnenstelle in Gmünd und reist jeden Tag von Persenbeug nach Gmünd und retour. Also kann man sich vorstellen was hier an Ausgaben zusammen kommt.

Gestern lese ich im „Kurier“, es wurde ein Posten geschaffen für einen Kollegen aus Niederösterreich im Bildungsministerium, der nicht einmal ausgeschrieben wurde. Und man argumentiert damit, er wurde ja nur aus dem Land ausgeborgt. Ja bitte, von welcher Position wurde er denn ausgeborgt? Er ist nach wie vor der Vorsitzende der Landeslehrerernennungskommission wo er angeblich sehr selten vertreten ist und wird dafür bezahlt. Dazu kommt noch eines: Er ist Mitglied des Kollegiums des Landesschulrates und Vorsitzender der Landeslehrerernennungskommission. Das heißt, er macht sich selber im Kollegium des Landesschulrates Vorschläge, die er dann in der Landeslehrerernennungskommission unter Umständen wieder umdreht. Also das passt meiner Meinung nach überhaupt nicht zusammen.

Ein weiteres Qualitätsmerkmal der Schulorganisation sind für mich die Leiterinnen. Und ich möchte das jetzt noch einmal ganz ausdrücklich betonen, auch in Richtung des Herrn Präsidenten der mich das letzte Mal kritisiert hat, sehr viele Schulen in Niederösterreich werden ausgezeichnet geleitet, keine Frage. Das ist sehr positiv. Was nicht positiv ist in diesem Lande sind die Objektivierungsverfahren die hier angewandt werden. Und zwar deswegen, weil sie der parteipolitischen Einflussnahme Tür und Tor öffnen. Also das gehört dringendst geändert. Und auch hier finde ich in diesem Antrag nichts davon. *(Beifall bei den Grünen. - Abg. Nowohradsky: Sie leben in einer anderen Zeit!)*

Die Objektivierung wie wir sie uns vorstellen, Herr Kollege, würde so ausschauen: Neben den Anhörungen ist dringend notwendig die Schulpartnerinnen mit einzubeziehen erstens. *(Abg. Nowohradsky: Das geschieht ja alles!)* Bitte, das ist lächerlich. Ich sitze im Kollegium drinnen. Ich erlebe das jedes Mal mit. Ich habe das am Freitag wieder miterlebt. Das stimmt so nicht. *(Abg. Nowohradsky: Ich sitze auch drinnen! Da sind Sie in der falschen Sitzung!)*

Und was dabei passiert. Die Sache geht jetzt super auf. Leider ist der Kollege Karner nicht herinnen. Ich bekomme laufend jetzt über unseren Briefkasten, hervorragend, Meldungen. Endlich sind die Lehrer so weit und sagen, wir melden uns dazu, wir nehmen Stellung dazu und so kann es nicht weiter gehen. Und das werde ich nicht müde werden weiter zu betonen und so wie Sie das sehen stimmt das auf keinen Fall. *(Beifall bei den Grünen. - Abg. Nowohradsky: Jeder hat ein Recht Einspruch zu erheben!)*

Ein paar Bemerkungen noch zu dem zweiten Antrag. Dem können wir nicht zustimmen. Eine freiwillige Leistung der Familien um eine sprengelfremde Schule zu besuchen würde für mich bedeuten Schulgeld in der Pflichtschule, also dem stimme ich sicher nicht zu. Und es passiert genau das was man bei der Volksschule nicht will, man schickt die Schülerinnen und Schüler in andere Schulen die außerhalb ihres Wohnortes oder ihres Bezirkes liegen.

Und zur Pausenordnung, keine Frage, dem kann man zustimmen. Letzter Punkt, auch der Antrag über die Semesterferienänderung wird unsere Zustimmung finden. Wir wollen uns im Prinzip nicht den wirtschaftlichen Interessen unterwerfen, aber in diesem speziellen Fall für das nächste Jahr sind die Argumente so schlagend dass wir dem zustimmen werden.

Ich komme jetzt zu meinem Resolutionsantrag *(liest:)*

#### „Resolutionsantrag

der Abgeordneten Weiderbauer, Dr. Krismer und Mag. Fasan zum Verhandlungsgegenstand Antrag gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Mag. Heuras, Cerwenka u.a. betreffend Schulorganisation in Niederösterreich, betreffend KlassenschülerInnenhöchstzahlen in Niederösterreichs Schulen und Ausbildung von VolksschullehrerInnen.

Bereits 1989 haben Eltern mit dem Volksbegehren zur Senkung der Klassenschülerzahlen auf die unhaltbaren Zustände der zu hohen Klassenschülerzahlen hingewiesen. Trotz großer Anstrengung von Eltern- und Lehrerseite, ist in all den Jahren keine Verbesserung bzw. kein Wille zur Änderung von Seiten der Bundesregierung erkennbar gewesen.

Besonders schwierig ist die Situation an den AHS, BHS und BMHS, in denen nach wie vor auf Grund einer Ausnahmebestimmung 36 SchülerInnen

nen in einer Klasse unterrichtet werden. Im Pflichtschulbereich ist ebenfalls die Senkung von 30 auf 25 ein Gebot der Stunde.

Gründe für die Senkung aus Sicht der Eltern und SchülerInnen:

- Die in den Lehrplänen geforderte Individualisierung ist in Klassen mit 36 bzw. 30 Schüler/innen nicht möglich.
- In großen Klassen ist die Mitarbeit für alle äußerst schwierig (sollte jeder Schüler in die Mitarbeit einbezogen werden, so wäre bei einer 50-Minuten-Stunde eine durchschnittliche Zuwendung des Lehrers/der Lehrerin von knapp über einer Minute pro Schüler/in maximal möglich).
- Reines Faktenwissen wird zunehmend weniger vermittelt, immer mehr moderne Fertigkeiten sollen gelehrt bzw. eingeübt werden, dazu muss mehr Zeit pro Schüler/in aufgewendet werden.
- Sprachunterricht (verstärkte Kommunikation erforderlich), aber auch handlungsorientierter Unterricht, wie Biologie, Physik, Chemie, sind fast unmöglich mit 30-36 Kindern in der Klasse zu unterrichten.
- Projektunterricht, Teamarbeit, individuelle Betreuung, etc. sind in großen Klassen ein Problem.

Die derzeitige Situation ist für alle Betroffenen unzumutbar. Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden Resolutionsantrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ziel heranzutreten

- die KlassenschülerInnen-Höchstzahl auf 25 zu senken und
- eine spezielle Ausbildung von VolksschullehrerInnen für den immer öfter auftretenden Abteilungsunterricht vorzusehen.“

Danke schön! (*Beifall bei den Grünen.*)

**Dritter Präsident Ing. Penz:** Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Cerwenka.

**Abg. Cerwenka (SPÖ):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Schulorganisation in Niederösterreich und der Kernbereich sind die Strukturfragen des ländlichen Raumes, des ländlichen Bereiches. Nach dem wir in den letzten Jahren gesehen haben, wo der Weg hinführt war es notwendig, initiativ zu werden. Das sind wir vergangenes Jahr. Und die ÖVP ist einseitig geworden und ist in Wirklichkeit auf diesen Zug, Gottseidank, aufgesprungen. Denn gemeinsam ist es leichter etwas zu erreichen.

Ich denke da nur zurück an die Pressekonferenz des Klubobmannes oder jetzt an den Landtagsgeschäftsordnungsantrag der die anderen erledigt. Für uns steht nicht der Urheberstreit im Vordergrund, obwohl das Antragsdatum natürlich eine ganz klare und deutliche Sprache spricht, sondern entscheidend sind die Chancen für unsere Jugend.

Wendungen, manchmal ja sehr gut im Sinne der Sache, gibt es ja relativ oft, speziell auf Bundesebene. Wenn ich daran denke, wie die Frau Bundesminister vor einiger Zeit zu den ganztägigen Schulformen gestanden ist und jetzt hier eine ganz andere Richtung einschlägt. Oder in Niederösterreich die Initiative des Landeshauptmannes und der Frau Landesrätin mit der Förderung von 10.000 Euro pro Jahr pro Standort, leider, muss ich dazu sagen, nur eingeschränkt auf den Bereich der Tagesheimschulen. Und das ist mir zu wenig. Sondern in Wirklichkeit müsste es heißen für alle ganztägigen Schulformen. Denn entscheidend ist der Bedarf, der Wunsch der Eltern, welches Angebot gelegt ist.

Wir wissen sehr wohl die unterschiedlichen Ausformulierungen: Während die Tagesheimschule in Wirklichkeit das NachmittagsaufbewahrungsmodeLL ist und die Ganztageschule verschränkt Unterricht und Freizeitbereich über den ganzen Tag bietet, dass es hier qualitativ sehr große Unterschiede gibt. Und nachdem heute schon Pisa so oft angesprochen worden ist, skandinavische Länder beweisen uns ja was das in Wirklichkeit bringen kann.

Es steht auch im Antrag so drinnen, nach Bedarf. Und das ist für mich die Prämisse, das ist der Vordergrund. Und man merkt auch, auch Helm wurde heute schon vom Kollegen Weiderbauer angesprochen, hat ja bei der Enquete der Frau Landesrat Kranzl auch schon zugegeben dass er sich Zuschlüge, Lösungen für die ländliche Struktur durchaus vorstellen kann.

Ein Problem habe ich mit der Aussage von Kollegen Mag. Ram, der sich gegen das Sparen verwehrt. Das ist sehr löblich und zeigt, dass der Bildungsbereich für ihn einen Stellenwert hat. Nur habe ich die Schwierigkeit, deine Partei trägt auf Bundesebene alle Beschlüsse mit die zu Lasten des Bildungssystems gehen. Und da ist in meinen Augen ein bisschen eine Doppelbödigkeit gegeben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es muss uns nämlich einmal klar sein, gewisse Betriebe, Bereiche sind gut betriebswirtschaftlich geführt zu werden. Schule lässt sich nicht rein betriebswirtschaftlich nach dem Rechenstift führen, sondern hier gibt es eine volkswirtschaftliche Komponente. Und der Erfolg stellt sich über die Umwegrentabilität im Bildungsbereich ein.

Und daher jetzt, worum geht es uns. Uns geht's in erster Linie darum, nach Möglichkeit keine Schließung von Schulstandorten. Denn es ist wirklich so, das Letzte was wir wollen ist, dass sechsjährige Kinder zu Pendlern werden die lange Zeit mit Autobussen oder anderen öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sind. Dagegen verwehren wir uns.

Schule ist auch eine Identifikation für eine Gemeinde und hat einen ganz besonderen Stellenwert. Und es steht ja auch im Antrag drinnen. Ich denke da an die Schließungswellen Gendarmerieposten, Postämter, das nächste vielleicht die Schule, dann wird man das Gasthäusl zusperren oder vielleicht der letzte Greißler im Ort. Diese Orte, diese kleinen Strukturen werden nicht mehr attraktiv sein und werden aus der Kleinheit noch kleiner werden. Und genau das ist es was wir nicht zulassen können. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Hensler: Wie soll man das verhindern?)*

Es gibt einige Möglichkeiten. Es gibt einige Möglichkeiten und genau, Herr Kollege, genau das ist der Kristallisationspunkt dieses Antrages. Dass wir versuchen, zusätzliche Mittel für die Struktur im ländlichen Raum zu bekommen um auch weniger Schüler qualitativ hochwertig, nach Möglichkeit auch reinstufig unterrichten zu können. Genau über das reden wir jetzt. Dass Niederösterreich versucht, hier den Weg zu gehen. Und wir haben auch schon Zustimmung aus einigen Bereichen der Bundesebene. Werden wir schauen ob das dann wirklich drüber geht.

Wir haben nämlich noch ein Problem. Derzeit, ein Kollege hat schon vorher die Standorte der Ein-, Zwei-, Dreiklassigkeit angesprochen, muss dort Abteilungsunterricht erteilt werden. Ich bin nicht gegen Abteilungsunterricht. Er hat durchaus auch seine positiven Seiten. Aber, und das muss uns klar sein, Niederösterreich verfügt kaum über ausgebil-

dete Pädagoginnen oder Pädagogen, die gelernt haben Abteilungsunterricht abzuhalten. Mit Ausnahme der Sonderpädagogen haben weder die Volksschullehrer noch die Hauptschullehrer jemals in ihrer Ausbildung diesen Schwerpunkt inkludiert gehabt. Und jetzt können Sie sich vorstellen was dann herauskommt.

Es ist schon wichtig, die Landesspezifika, die Struktur zu berücksichtigen. Und wir wissen, die zwei Probleme, die verantwortlich sind für die Misere im Schulbereich. Auf der einen Seite sind es die sinkenden Geburtenzahlen und damit die rückläufigen Schülerzahlen. Und auf der anderen Seite, und das ist politisch wichtig, die Vorgaben des Finanzausgleichs, der Rechenstift. Die Quote, pro Lehrer so viele Schüler. Durchdividiert und damit sind wir, speziell im städtischen Bereich, auf den 30. Und der ländliche Bereich ist auch mittelfristig nicht aufrecht zu erhalten wenn wir nicht zusätzlich Ressourcen bekommen. Ob das Stunden sind, ob das Planstellen sind, wir brauchen das.

Und ich kann Ihnen jetzt eines sagen: Die heurigen Zahlen wurden genannt. Allein in meinem Bezirk, der eigentlich nicht schlecht liegt im Zentralraum Niederösterreichs, werden wir im nächsten Jahr wieder um acht Klassen weniger haben. Und rechnen Sie das auf Niederösterreich hoch wie viele Klassen das sind und wie viele Standorte damit gefährdet werden. Und genau darum geht's, dass wir uns heute hier zusammenfinden und gemeinsam versuchen, Verbesserungen zu erreichen. Das ist eine Frage der Politik und des Willens der Politik. Wollen wir den Rechenstift oder geht es uns um pädagogische Komponenten und um die Chancen für unsere künftigen Generationen. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Ich kann Ihnen den Prozentsatz gerne sagen. Es sind knapp 50 Prozent die durch den Geburtenrückgang hervorgerufen werden und es sind, ähnlich verhält es sich mit den Zahlen des Finanzausgleichs. Wenn Sie es wollen habe ich genau die Prozentzahlen hier. Das heißt 42:58. Zirka die Hälfte, ist politisch gewollt. Und da kann man sich nicht zurückziehen und kann sagen nur die Geburtenzahlen sind es. Es ist auch die bundesgesetzliche Vorgabe. Und das lässt sich einfach nicht wegdiskutieren. Wenn man es noch so oft sagt, es wird nicht richtiger.

Wichtig ist es auch zusätzliche Lehrer bei hohem Anteil von Kindern mit nicht deutscher Muttersprache zu bekommen. Und das haben wir genauso drinnen wie verstärkte Ressourcen für die ganztägigen Schulformen. Und da darf kein Ideologiewettstreit entstehen, sondern der Bedarf ent-

scheidet es sind gesellschaftspolitische Veränderungen, das ist uns allen bewusst. Und daher ist es notwendig, Angebote zu erstellen damit auch die Frauen ihre Rolle verwirklichen können, die Möglichkeit haben und der Wirtschaft kommt es ja schlussendlich auch zugute.

Manchmal ist natürlich ein bisschen Inkonsequenz in den Reihen der ÖVP zu bemerken. Und da komme ich jetzt auf das Thema das der Kollege Weiderbauer angesprochen hat mit den Klassenschülerhöchstzahlen. Ich habe nicht nachgeschaut wie oft wir diesen Antrag auf Senkung schon eingebracht haben. Und jetzt haben wir in Wirklichkeit im ursprünglichen Antrag vom November drinnen gehabt, dass wir eine Überprüfung der Auswirkungen sowohl im positiven als auch im negativen Bereich wollen. Und was ist passiert? Im Kompromiss, im Gemeinsamen, ist nicht einmal die Prüfung mehr drinnen. Geschweige denn dass man sich über eine Senkung unterhält.

Und da fällt mir meine letzte Landtagsrede ein zu Schulproblematiken wo ich von den Pädagogen der ÖVP verbale Zustimmung erhalten habe, dass es notwendig ist, die Klassenschülerhöchstzahlen zu senken. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nur, wenn die Nagelprobe kommt bei den Abstimmungen, dann tritt manchmal so eine komische Armstarre ein dass der absolut nicht in die Höhe gehen will oder vielleicht auch nicht gehen darf. *(Abg. Mag. Fasan: Aber warum macht ihr dann immer mit mit Ihnen?)*

Weil wir Verbesserungen erreichen wollen. *(Abg. Mag. Fasan: Was habt ihr denn schon erreicht?)*

Es sind doch einige Verbesserungen drinnen für die niederösterreichische Struktur die wir gemeinsam erreichen können, wenn der Bund mitspielt, das ist ganz klar. Aber Kollege Mag. Fasan, dir ist auch sicher klar, dass ein Großteil der Schulgesetze bundesgesetzliche Kompetenz ist. *(Abg. Mag. Fasan: Das ist es ja. Deshalb werden eure Anträge noch kleiner die ihr mit der SPÖ stellt! – Abg. Weninger: Wir sind ja die SPÖ. Du bist ein bisschen verwirrt weil Kollegin Petrovic nicht da ist!)*

Kommen wir wieder zurück. Es ist klar, dass der Rechenstift viele Dinge in der Bildungspolitik dominiert. Und da komme ich auf noch einen Punkt der mir fehlt oder der nicht mehr drinnen ist oder nicht mehr in der Form, das sind die Zusatzangebote die bislang selbstverständlich waren für unsere jungen Menschen. Ob das Förderstunden waren, ob das Logopädie, Legasthenie oder wenn man den großen Bereich unverbindliche Übungen, Freigegegenstände. All das wird nur mehr in minima-

len Varianten gefahren weil einfach die Finanzen dafür nicht bereit gestellt werden.

Was ist denn noch passiert? Stundenkürzungen um die Schüler zu entlasten obwohl gerade die Schüler die schon eine gewisse Reife haben gar nicht dafür sind, sondern in Wirklichkeit sagen, da fehlt uns ja dann ein Stück in dieser Ausbildung.

Und das hat natürlich gravierende Auswirkungen. Genauso wie es Auswirkungen gegeben hat durch dieses Vorruhestandsmodell exklusiv für den Bereich der Lehrer. Das natürlich sehr sensibel gehandelt wurde. Nämlich mitten im Unterrichtsjahr Wechsel bei den Klassenvorständen. Jetzt überlegen Sie sich einmal bei sechs-, siebenjährigen Kindern, die Bindungen zu den Lehrern, persönliche Bindungen entwickeln, was das heißt. Und überlegen Sie noch mehr was das heißt im Maturajahr plötzlich jemanden den man mehrere Jahre gehabt hat nicht mehr zur Verfügung hat. Und ein anderer Lehrer vielleicht ganz andere Schwerpunkte setzt oder ganz andere Anforderungen stellt. Da frage ich schon Bildung quo vadis? Das ist nicht sehr feinfühlig.

Aber jetzt haben wir wieder mit diesem Antrag einen Korrekturversuch zur Bundespolitik. Und ich bin froh dass die ÖVP da in weiten Bereichen mitzieht. Wir haben so etwas Ähnliches in der Vergangenheit ja schon gemacht mit den Studiengebühren. Normalerweise wenn ich zahle erwarte ich mir eine Leistung. Und ich bin derzeit in der Situation mit meiner Tochter die studiert, dass ich zwar brav die rund 700 Euro einzahlen darf, aber keine Garantie habe dass ich etwas bekomme dafür. Sie muss sich nämlich dem Losentscheid stellen ob sie zu einer Prüfung antreten kann oder ob sie zu einem Seminar zugelassen wird. Das kanns doch bitte wohl nicht sein. Wenn ich zahle, dann kann ich Leistung erwarten.

Und in Niederösterreich haben wir da einiges korrigieren können mit den Top-Stipendien, mit der Ausweitung auf die Fachhochschulen dass man diese Bundesmaßnahme ein bisschen abfedert. Anscheinend ist Niederösterreich verständiger und auch die ÖVP in manchen Bereichen bereit mit uns zu ziehen um ein Korrektiv zu dieser restriktiven Bundespolitik zu setzen.

Damit komme ich zu dem ÖVP-Antrag wo es geht um den Kostenbeitrag bei sprengelfremdem Schulbesuch. Es mag schon sein, dass es ein Vorteil für den einen oder anderen Bürgermeister ist wenn ihm so die Entscheidung abgenommen wird. Aber gleichzeitig, und das sage ich mit aller

Schärfe, ist es die Abkehr vom kostenfreien Schulbesuch. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. Weidbauer.)*

Natürlich, wir haben bitte Kollege Doppler, wir haben im Schulorganisationsgesetz § 5 den kostenfreien Schulbesuch drinnen stehen. Und genau dieser § 5 müsste für diese Maßnahme geändert werden. Und damit sind wir am ersten Schritt zur Privatisierung des Bildungswesens. Das muss uns klar sein. *(Abg. Nowohradsky: Es kann jeder auch in eine Privatschule gehen! Ich sehe das Problem nicht das du hast!)*  
Ja natürlich.

In Wirklichkeit haben wir den kostenfreien Schulbesuch und damit Bildungschancen für alle Gesellschaftsschichten. Und da denke ich jetzt an die Haltung der ÖVP beim Kindergartengesetz. Was war das für ein Dogma dass es keinen Beitrag geben darf, zumindestens für den Vormittag damit der kostenfrei bleibt. *(Abg. Hinterholzer: Ist in Ordnung!)*  
Bitte, Frau Kollegin, setzen Sie sich genauso stark ein dass hier der Schulbesuch auch kostenfrei bleibt. Weil ich sage Ihnen jetzt was heraus kommt. Der es sich leisten kann, kann sein Kind dann in die Schule geben die er auswählt. *(Abg. Hinterholzer: Das ist jetzt auch schon mit den Privatschulen!)*

Das ist eine zweite Schiene Privatschulen. Moment, wir reden vom öffentlichen Schulsystem. Und jetzt sage ich Ihnen noch was damit heraus kommt. In Wirklichkeit wird folgendes herauskommen. Der es sich leisten kann, schickt sein Kind in einer Schule seiner Wahl die vielleicht eine bessere Struktur, bessere räumliche Einrichtungen aufweist. Und was glauben Sie was dann passiert mit den anderen die es sich nicht leisten können? Dann kommt der soziale Druck. Mein Kind geht dorthin und das ist halt der dickste Freund vom anderen, der will auch hingehen. Die Eltern können es sich nicht leisten, die werden sich dann Kredite aufnehmen müssen um ihren Kindern auch solche Chancen zu ermöglichen. Und genau diese Auswirkung wollen wir nicht. Der Wohlstand in Österreich ist in Wirklichkeit auch mit begründet worden durch den freien Zugang zur Bildung den wir seit Jahrzehnten haben. Und da denke ich zurück an einen Kreisky-Vorschlag ... *(Abg. Nowohradsky: Das hat er weiter an der Stammschule! Drehen Sie das nicht um!)* Entschuldigung, das ist die Privatisierung durch die Hintertür. Machen wir uns da nichts vor.

Da denke ich an den Kreisky-Vorschlag, jedem Bezirk seine höhere Schule. Keiner redet mehr davon. Heute ist es selbstverständlich. Und Gottseidank ist es selbstverständlich. Und wir haben

eine Chancengleichheit im Bildungsbereich. Denn das ist mir schon wichtig, dass es nicht aufs Brieftaschl ankommt wie dick das ist oder wie gut ausgestattet das Konto ist, sondern dass es auf das ankommt was unsere jungen Leute da drinnen haben. Das ist das Entscheidende. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir wollen keine ideologische Elitenbildung nach finanziellen Voraussetzungen. Das ist nicht der Weg der Sozialdemokratie, sondern das persönliche und menschliche Potenzial muss ausschlaggebend sein. Daher werden wir diesen Antrag keinesfalls mittragen. Das ist für mich ein bildungspolitischer Rückschritt ins bildungspolitische Mittelalter.

Oder es ist der Weg, der American way of life. Fragen Sie einmal drüben was ein Studium kostet wie viele Millionen pro Studenten anfallen. Fragen Sie einmal drüben welche Abgänger genommen werden. Die von den Elite-Universitäten. Der vom College kommt der hat die geringeren Chancen. Das ist die öffentliche Einrichtung. Und die zählt nicht sehr viel. Und diesen Weg wollen wir in Österreich nicht! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und da bleibe ich gleich bei den Begriffen wenn das schon so ein polarisierendes Thema ist. Wir unterscheiden uns in einer Begriffsformulierung. Die ÖVP redet immer nur von der Begabtenförderung. Bin ich sofort dafür. Begabte Menschen gehören gefördert. Da haben wir absolut nichts dagegen. Aber bitte, fassen wir den Begriff doch weiter und reden wir von Begabungsförderung. Jeder Schüler und jede Schülerin gehört dort abgeholt wo es steht, und das ist für uns das Wichtigste, die Potenziale des Einzelnen zu entwickeln. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und abschließend zum Schulzeitgesetz, zur Änderung. Da finden wir uns wieder. Denn das ist administrativ meiner Meinung nach eine Erleichterung. Da geht's darum, dass oft Rückfahrmöglichkeiten günstiger erreichbar sind. Da geht's darum dass wir wissen wie in der gelebten Praxis oft die tatsächliche Mittagsgestaltung der jungen Menschen ausschaut. Und da geht's auch darum, dass diese Maßnahme nicht aufgesetzt wird, sondern dass es eine breite Einbindung der Schulpartnerschaft gibt. Und das ist eine wesentliche Sache gemeinsam so was zu machen.

Für die SPÖ kann ich sagen, für Verbesserungen im Bildungssystem sind wir jederzeit zu haben, wir kämpfen auch dafür. Aber die ideologischen Standorte wo keine pädagogischen Vorteile sind oder eine Systemänderung angeregt wird die wir

nicht wollen, dafür sind wir nicht zu haben. Danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Dritter Präsident Ing. Penz:** Ich erteile dem nächsten Redner, Herrn Abgeordneten Mag. Heuras das Wort.

**Abg. Mag. Heuras (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Es wurde jetzt im Rahmen dieser sehr, sehr ausführlichen Schuldebatte schon sehr viel übers Sparen gesprochen. Vom Erstredner bis zum letzten Redner. Und immer wieder wundere ich mich schon ein wenig. Ich möchte wieder einmal einige Dinge ins rechte Licht rücken. Zum Sparen noch einmal: In der letzten Legislaturperiode wurden grundsätzlich in jedem Ressort die Mittel um 4,5 Prozent erhöht, nur in einem um 8,5. Das war das Bildungsressort. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das heißt, man muss die Sache schon ein bisschen grundsätzlicher betrachten, von den tollen Offensiven im Fachhochschulwesen, von verschiedenen Bildungsoffensiven im Lande Niederösterreich. Man muss die Kirche schon im Dorf lassen. Und wenn man vom Sparen redet auch dazu sagen, ein Mehr von 8,5 in wenigen Jahren für die Bildungspolitik.

Und noch etwas zum Sparen. Bitte, schaut euch die Schulen in Niederösterreich an. Von der Ausstattung begonnen bis zur ... *(Unruhe bei der SPÖ.)*

Moment! Lass mich den Satz fertig sagen. Von der Ausstattung begonnen bis zur baulichen Infrastruktur. Ein Beispiel: Ich habe auch eine Schule und einen Kindergarten saniert. Kommt eine Wienerin, Zweitwohnsitzerin zu mir und sagt, was tut ihr da? Sage ich den Kindergarten dringend sanieren. Sie sagt mir, in Wien ist das ein Top-Kindergarten. In Wien ist das eine Top-Schule. Schaut euch bitte die Gebäude und die Schulen und die Kindergärten in Wien an. Die sind bei Gott nicht in dem Zustand wie wir sie in Niederösterreich für unsere Kinder und Schüler erhalten und zur Verfügung stellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es muss nämlich schon auch das erwähnt werden was hier von unseren Gemeinden und auch die Stadt Wien ist als Gemeindegeldhalter, so ist es ja nicht, was hier von unseren Gemeinden und auch vom Land Niederösterreich durch entsprechende Fördermaßnahme in der Investition für unsere Schulen passiert.

Und dann noch etwas. Die Pisa-Studie wurde erwähnt. Die Pisa-Studie spricht unseren Schulen

... Also man kann alles negativ und positiv sehen. Aber wenn man versucht es objektiv zu sehen, spricht die Pisa-Studie unseren Schulen ein wirklich gutes Zeugnis aus.

Es gibt aber noch andere Parameter die unsere Schulen in wirklich gutes Licht stellen. Zum Beispiel: Wenn 80 Prozent der Eltern und etwa auch 80 Prozent der Schülerinnen und Schüler unseren Schulen eine Note von 1 bis 2 ausstellen, 80 Prozent, dann ist das ein sensationeller Wert und unterstreicht die Qualität, die Bildungsqualität im Bundesland Niederösterreich.

Und noch ein Beispiel: Wenn 4.800 Manager, verteilt auf 80 Länder dieser Welt, bestätigen dass sie sagen, Österreichs Schulen sind die weltbesten, dann gehe ich davon aus, dass sich nicht alle irren. Ich will damit nur sagen, dass Österreich im Rahmen der Bildungseinrichtungen Europas und der Welt zur Spitzenklasse gehört und dass mich daher Sätze stören, Herr Kollege Dr. Nasko, die lauten, wir wollen mit Europa mitziehen. Es ist doch überzogen, maßlos überzogen, weil wir vorangehen in der Bildungspolitik europaweit und weltweit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und jetzt möchte ich bei der Gelegenheit schon auch etwas sagen was ich ein bisschen mit Verwunderung hier beobachtet habe, weil es keiner, weder grün, rot und blau getan hat: Warum sind denn unsere Schulen so gut? Das ist unsere Entwicklung in Österreich und Niederösterreich die immer sehr offensiv in diesem Bereich war und das sind die Maßnahmen der Bildungsoffensive die alle kennen und der wesentlichste Punkt – und niemand hat es hier erwähnt – das sind ganz einfach unsere engagierten Pädagoginnen und Pädagogen, Lehrerinnen und Lehrer die trotz schwieriger Rahmenbedingungen, schwieriger sozialer Rahmenbedingungen erstklassige, engagierte Arbeit in diesem Land für unsere Schulen leisten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich gebe zu, dass uns der Schülerrückgang jetzt unter Druck setzt. Das ist vollkommen klar. Es sind die Zahlen auf den Tisch gelegt worden. Die insgesamte Schülerzahl in Niederösterreich 1970/71 188.000, im Jahre 2004/05, also im kommenden Schuljahr 128.000. Dass hier etwas passiert ist was uns zu Handlungen zwingt, das liegt auf der Hand. *(Abg. Cerwenka: Und der Finanzausgleich!)*

Auch. Aber entscheidender ist dieser Schülerrückgang, der macht sich wesentlich stärker bemerkbar. Und daher ist Handlungsbedarf da.

Herr Kollege Cerwenka, wenn du sagst, wir sind auf den Zug aufgesprungen, ich habe es um-

gekehrt gesehen. Nach neuerlichen Verhandlungen sehe ich es so als seid ihr auf diesen Zug aufgesprungen und unterstützt uns dabei – Gottseidank – diese ländlichen Schulen jetzt abzusichern und stärker zu positionieren durch mehr Ressourcen personeller Art, durch mehr finanzielle Ressourcen. Ganz einfach mehr für diese Schulen zu tun um diese ländlichen Schulen verstärkt abzusichern. Das ist der heutige Antrag, das ist unser gemeinsames Ziel. Und ich glaube, es ist auch ein sehr gutes Ziel, weil die Schulen in den ländlichen Gemeinden für mich der Kristallisationspunkt für Bildung, für Kultur, für Identitätsstiftung und Gemeinschaftsstiftung, wichtig auch für die Vereine, für die Gemeinschaftsstiftung sind, daher müssen wir sie erhalten. Und daher dieser Antrag, diesen Schulen mehr Spielraum und mehr finanzielle Mittel und personelle Ressourcen zu geben.

Nur, ein Punkt dazu ist meines Erachtens schon auch der Antrag über die sprengelfremden Schulbesuche. Jeder Bürgermeister hier herinnen weiß, dass es immer wieder zu Druckstellen kommt bei Gemeinden, bis zur BH, bis zu den Eltern, dass dieser sprengelfremde Schulbesuch eine Situation darstellt die nicht befriedigend ist.

Und du sagst Bildung wird nicht mehr kostenlos angeboten. (*Abg. Cerwenka: Warum wird der § 5 Schulorganisationsgesetz geändert?*) Also noch einmal: Wir bieten selbstverständlich in unseren Schulen dieses wichtige Gut der Bildung jedem Bürger, jeder Bürgerin kostenlos an. So wie den Kindergarten. Aber es ist schon ein Unterschied ob ich etwas zur Verfügung stelle und sage, das ist deine Einrichtung die kannst du kostenlos besuchen oder ihm freizustellen etwas anderes zu wollen und dafür auch eine gewisse Leistung verlangen zu dürfen. Es hat daher nichts zu tun mit dem Schlagwort Schule zu privatisieren. Also ich möchte das wirklich zurückweisen weil es ganz einfach nicht stimmt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Kollege Cerwenka, du weißt das ganz genau dass das nicht so ist. Und tu mir bitte nicht dramatisieren. Sondern dieser Antrag dient dazu, auch die kleinen Landschulen abzusichern. Wir kommen unter Druck wenn die Schüler immer stärker in diese Privatschulen abwandern, die Gemeinden die Schulerhaltungskosten zahlen und auch noch die Kopfquote.

Und eine Frage, Kollege Cerwenka, möchte ich dir auch noch stellen. (*Abg. Mag. Leichtfried: Was das zur Absicherung beitragen soll, das verstehe ich nicht!*) Wir wollen versuchen, unsere Schüler in unseren Gemeinden zu halten. Durch gute Schulen, durch

qualitätsvolle Schulen, durch kostenlose Schulen. Und wenn jemand einen anderen Sprengel besuchen möchte, steht es der Gemeinde frei. Steht es der Gemeinde frei, die Eltern zu Zahlungen heranzuziehen. Nicht mehr und nicht weniger.

Und eine Frage noch, Kollege Cerwenka. Du schimpfst über die Privatschulen. Du schimpfst hier über die vielen Privatschulen die kostenpflichtig sind. Oder du schimpfst über die Tatsache, dass wir die Leute in die Privatschulen bringen wo wir doch kostenlose Einrichtungen haben. Ich frage dich, warum haben so viele SPÖ-Entscheidungsträger ihre Kinder in kostenpflichtigen Privatschulen? (*Beifall bei der ÖVP.*) Bitte, das muss man sich schon anschauen.

Und eine letzte Sache, die Feriendiskussion. Also die halte ich wirklich für köstlich. Und zwar nur einige Argumente. Jetzt sagt man, die Semesterferien 2005 müssen dringend verlegt werden weil man sich Sorge macht um die Tourismusbetriebe Salzburg, Vorarlberg und Tirol. Ich erwarte aber von einem niederösterreichischen Abgeordneten dass sein Herz in erster Linie blau-gelb schlägt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das steht für mich schon fest. Und zum Zweiten sagt der Kollege Cerwenka, nicht der Rechenstift sondern die Pädagogik sollte im Vordergrund sein. Und das ist der Punkt. Ich sage jetzt vier Argumente die wirklich dagegen sprechen: Erstens: Wir machen das heute, der Nationalrat muss sich damit beschäftigen, anschließend der niederösterreichische und der Wiener Landesschulrat, der NÖ Landtag und der Wiener Landtag. Das heißt, es wird Herbst. Es wird Herbst bis dort irgend etwas rechtlich passieren kann. (*Abg. Kautz: Es darf schneller gearbeitet werden! – Abg. Mag. Fasan: Blau-gelbe Beamte werden das doch schaffen!*) Das schau ich mir an. Das geht mit diesem Fristenlauf geht sich das nicht aus. Und dann sage ich dir noch etwas. Dann könnte es passieren, Kollege Cerwenka, dann könnte es passieren, dass es auf Grund reiner Anlassgesetzgebung vielleicht auch noch der Verfassungsgerichtshof diese Sache hebt. Und wie lange das dauert brauch ich euch nicht sagen. (*Abg. Cerwenka: Es geht um einen Tag!*) Nein, es geht um eine Woche! Es geht um eine Woche!

Und was passiert dann? Wir haben das Chaos pur. Regressansprüche der Wirtschaft, Ballsäle sind gemietet, Flugzeuge, Reisebüros haben sich eingestellt. Wir haben jede Menge Regresse. Und ein wichtiger Punkt vielleicht noch. (*Unruhe bei der SPÖ.*) Frau Landesrat Kranzl, darf ich dich etwas fragen? Wenn das so essenziell wichtig ist und eine Frage



des Überlebens ist offensichtlich, dann frage ich mich schon wieso hat man das nicht bis 31. Dezember 2003 getan. *(Beifall bei der ÖVP. – Unruhe bei der SPÖ. – Abg. Kautz: Weil der Stricker schläft in der Pendeluhr!)*

Ja ich weiß nicht wer da in der Pendeluhr geschlafen hat. Das ist doch bitte nicht sehr seriös was du da sagst. *(Unruhe bei der SPÖ und bei Abg. Mag. Fasan.)*

Einen zweiten Punkt möchte ich noch ansprechen, den wirtschaftlichen. Warum sollten wir nicht gerade in der Woche nächsten Jahres im Februar dadurch der niederösterreichischen Tourismuswirtschaft eine neue und zusätzliche Chance geben, hier sich stärker zu positionieren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dritter Punkt und für mich einer der wichtigsten: Bitte, man muss sich eines vorstellen. Die Schule beginnt am 10. Jänner, weil ich davon ausgehe, dass der 7. als Freitag schulautonom frei agiert wird. Die Schule beginnt am 10. Jänner und endet am 28. Das sind 14 Tage, fünf Tage davon kannst streichen wegen der Fristen, Konferenzen, Leistungen usw. Du hast in Wahrheit eine gute Woche nach den Weihnachtsferien für die entscheidenden Prüfungen, für die entscheidenden Schularbeiten, für die wichtigen pädagogischen Entscheidungen. Ich möchte das unseren Schülerinnen und Schülern in Niederösterreich nicht antun. Das möchte ich schon sagen. *(Beifall bei der ÖVP. – Unruhe bei der SPÖ.)*

Das wird dir jeder Psychologe, Kollege Kautz, das wird dir jeder Psychologe bestätigen dass das nicht gescheit ist. *(Abg. Mag. Fasan: Und dass zwischen 2004 und 2005 kein Unterschied ist! Das wird dir auch jeder Psychologe sagen!)*

Und als Letztes, und das wundert mich schon auch, Kollege Cerwenka: Ich habe im Vorjahr eine rein pädagogisch motivierte neue Ferienordnung vorgeschlagen. Nach diesem Vorschlag wäre es unheimlich einfach, den Februar flexibel zu gestalten. Semesterschluss zu Weihnachten. Ich brauch' auf nichts Rücksicht zu nehmen. Nach diesem Modell wär das alles viel leichter handelbar. Ihr habt damals gesagt das wollt ihr nicht und habt nicht mitgestimmt. Und jetzt dieser pädagogisch nicht sehr stark motivierte Antrag dem wir nicht zustimmen können. *(Zwischenruf Abg. Cerwenka.)*

Das haben wir hineingeschrieben. Tatsache ist, es spricht wirklich sehr vieles dagegen das jetzt zu tun und zu machen. Es kommt noch dazu der enge Konnex zwischen den Bundesländern Wien und Niederösterreich. Es ließen sich noch viele Argumente finden. Aber ich bin schon zu lange und komme zum Schluss. Ich würde wirklich bitten,

erstens in erster Linie an Niederösterreich zu denken und zweitens in erster Linie an unsere Schülerinnen und Schüler in Niederösterreich zu denken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Dritter Präsident Ing. Penz:** Zum Wort gelangt Frau Landesrätin Kranzl.

**LR Kranzl (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich werde versuchen jetzt diese emotionale Ebene wieder etwas auf die sachliche Ebene zu holen. Ich glaube, da gibt es einige Missverständnisse die ich jetzt hier aufklären möchte. Weil ich doch merke, dass besonders diese Semesterferienregelung, glaube ich, dass Sie nicht über diese Informationen verfügen die von essenzieller Wichtigkeit sind.

Zuvor gestatten Sie mir aber zu den eingegangenen Anträgen einige Anmerkungen. Herr Kollege Mag. Heuras, Sie wissen genau, dass am 25. November 2003 zwei Anträge eingebracht worden sind vom SPÖ-Landtagsklub, dass im Endeffekt dann im Jänner Ihr Antrag eingegangen ist. Es ist ein Kompromiss herausgekommen, ich freue mich persönlich dass dieser Kompromiss herausgekommen ist. Weil eines damit zum Ausdruck kommt: Das Ziel, nämlich von dieser Kopfquote, von diesem derzeitigen Berechnungsschlüssel abgegangen werden soll der ganz einfach für die Aufrechterhaltung der Schulstruktur in Niederösterreich sich negativ auswirkt. Das ist ein Kompromiss, ich bin sehr stolz dass dieser Antrag eingebracht worden ist. Dass er gefunden hat werden können. Selbstverständlich hätte ich mir gewünscht, dass besonders diese Kontrolle, diese Überprüfung der Absenkung der Klassenschülerhöchstzahlen auf 25 in Angriff genommen wird. Wir werden es aber trotzdem machen, das kann ich versichern, auch aus meiner Zuständigkeit heraus.

Zu dem zweiten Antrag sprengelfremder Schulbesuch. Sie haben argumentiert, dass im Endeffekt dieser Antrag gerade zur Aufrechterhaltung der Schulstruktur, des Pflichtschulbereiches dienen soll. Ich habe Ihnen sehr aufmerksam zugehört. Ich habe daraus gelesen, dass es eigentlich darum geht, wenn jetzt Eltern ihre Kinder in anderen Schulen praktisch geben wollen, teils beruflich bedingt natürlich, dass es vor allem darum geht, dass die Gemeinden dann diese Schulerhaltungsbeiträge nicht mehr zahlen sollen. Also das heißt, man delegiert hier von den Gemeinden an die Eltern. Und ich muss appellieren, wir haben gesetzlich verankert die kostenlose Schulpflicht in Niederösterreich. *(Abg. Mag. Schneeberger: Wenn man*

*es nicht verstehen will nützt es gar nichts!)*

Und vielleicht zu Ihrer Information eine ganz wichtige Aussage: Sie wissen, dass im Endeffekt es ja die Möglichkeit gibt des sprengelfremden Schulbesuches.

Herr Klubobmann! Darf ich dir mitteilen, es gibt gesetzlich die Möglichkeit des sprengelfremden Schulbesuches. Das bedeutet, dass Eltern sehr wohl ihre Kinder in auswärtige Schulen geben können. Ich möchte vielleicht eine ganz interessante Zahl hier kundtun. Sie wissen, dass es rund 133.000 Pflichtschüler in Niederösterreich gibt. Was glauben Sie wie viele Anträge im vergangenen Jahr eingelangt sind, nämlich Anträge auf sprengelfremden Schulbesuch. Es waren exakt 837 Anträge. Und ich muss wirklich ein Kompliment den Gemeinden aussprechen, einzig 17 Anträge von diesen 837 wurden negativ beantwortet, wurden abgelehnt, alle anderen wurden positiv, also auch von den Gemeinden, mitgetragen. Daher gibt es diese Möglichkeit sehr wohl. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Jetzt komme ich vielleicht dann zum Letzten ... *(Abg. Mag. Heuras: Das geht auch in Zukunft!)* So ist es. Aber damit ich im Endeffekt genau das erreiche, nämlich ihre Schule aufrecht zu erhalten, ist diese Sprengelenteilung meines Erachtens derzeit der beste Weg. Denn Sie wissen es selber, als Schulerhalter wissen Sie vor Beginn des Schuljahres wie viele schulpflichtige Kinder Ihre Schule besuchen werden. Das ist eine wesentliche Absicherung um genau diese Investitionen tätigen zu können.

Ich habe bis jetzt, muss ich sagen, noch kein einziges System gefunden dass diese Sicherheit den Gemeinden geben könnte. Und wie gesagt, den Eltern, die tatsächlich ihre Kinder aus beruflichen Gründen teilweise in andere Schulen geben wollen haben diese Möglichkeit mit dem sprengelfremden Schulbesuch.

Zum Dritten, zur Semesterferienregelung ist mir einmal eines ganz wichtig. Ich glaube, wir reden da ein bisschen vorbei. Sie wissen, es ist 2005 diese Problematik dass die Semesterferien von Wien und Niederösterreich mit den großen deutschen Bundesländern, mit Holland, mit Teilen von Frankreich und Belgien zusammenfallen. Das ist nicht nur 2005, das wird auch 2008 wieder passieren. Hängt teilweise mit dem Schaltjahr zusammen.

Tatsache ist, und das ist vollkommen klar, da müsste ich überhaupt keine Schuldzuweisung machen, es gibt das Bundesschulzeitengesetz. Da steht drinnen, dass die Semesterferien Wien und Niederösterreich mit 1. Montag im Februar begin-

nen. Es gibt die Möglichkeit, dass die jeweiligen Landesschulratskollegien bis zum 31. Dezember praktisch des Vorjahres, das wäre für 2005 der 31. Dezember 2003 gewesen, dass sie einen anderen Antrag eingebracht hätten. Das muss ich ganz ehrlich sagen, das hat man übersehen. Das ist keine Schuldzuweisung, sondern das hat man ganz einfach übersehen. Außerdem gibt's auch Bundesländer die sehr spät ihre Ferienregelungen treffen, also jetzt im Ausland.

Tatsache ist, dass im Prinzip Tourismusregionen, besonders jetzt von Salzburg, Tirol die ersten waren die das bemerkt haben und jetzt natürlich in der öffentlichen Meinung darauf aufmerksam gemacht wird. Denn Sie wissen alle, Semesterferien ist eine starke Urlauberreisezeit. Und Sie haben angesprochen, dass das Herz blau-gelb schlägt, meines schlägt auch blau-gelb, aber vor allem bitte für die Konsumentinnen und die Konsumenten. Weil viele, viele Eltern, die praktisch Urlaub in den Semesterferien machen. Wir wissen alle, dass es ein Chaos, ein Verkehrschaos derzeit schon in den Semesterferien gibt weil die zwei Bundesländer Wien und Niederösterreich bereits jetzt alle Tourismusregionen voll ausnutzen und ausbuchen. Also 23 Millionen Menschen, und das sind 23 Millionen allein aus diesen Regionen, die jetzt in dieser einen Woche Urlaub machen könnten, das kann Österreich ganz einfach nicht schaffen.

Das heißt, das ist angekündigt worden teilweise vom Hotelleriegewerbe dass die Preise entsprechend hinaufgesetzt werden. Es ist darauf hingewiesen worden, dass viele natürlich Verträge mit Deutschen, mit Holländischen Unternehmungen haben. Das heißt, da wird es wahrscheinlich zu Überbuchungen kommen, viele werden wahrscheinlich ein Quartier gar nicht bekommen. Und ich darf richtig stellen, mein Quartier bekomme ich. Der hat keinen Vertrag mit einem deutschen Unternehmen. Aber ich fahr' natürlich immer in den Semesterferien auf Urlaub weil ich selber ein schulpflichtiges Kind noch habe, ich kann nicht ausweichen. Und daher kenne ich natürlich diese Situation sehr, sehr genau. Tatsache ist aber, dass es sehr wohl eine Möglichkeit gibt, dieses Gesetz abzuändern. Sie wissen das, die Frau Bundesminister hat die Möglichkeit, wenn ein entsprechender Beschluss mit Zweidrittelmehrheit im Parlament gefällt wird. Also die Möglichkeit ist gegeben. Und liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt März 2004. Es muss doch möglich sein, einen entsprechenden Beschluss bis zum Ferienbeginn bitte 2005 zu fassen. Das wäre eigentlich, sage ich nicht unbedingt eine gute Optik wenn das egal welches Parlament in dieser Zeit nicht schaffen würde.

Zum Anderen ist mir noch wichtig, es existiert ja bereits ein Antrag, es ist bereits mit 25. Februar 2004 ein Antrag im Nationalrat eingebracht worden. Das heißt, eigentlich bräuchten ja nur mehr alle Fraktionen zustimmen, dann könnte das sehr rasch beschlossen werden.

Und eines ist mir jetzt wichtig: Die Ferien 2005, der 1. Montag 2005 ist leider Gottes nicht der 1. Februar sondern der 31. Jänner. Aus dem Grund beginnen die Ferien nicht in der ersten Februarwoche, sondern sie beginnen später, nämlich am 7. Februar.

Der 1. Februar, bitte, ist der Dienstag. Es heißt, es geht um diesen 31. Jänner. Wir haben 2004 die Semesterferien, Beginn mit 2. Februar gehabt. Wenn der 31. Jänner dazugenommen werden könnte, und das ist genau dieser eine Tag, dann könnten die Semesterferien gleich bitte beginnen wie 2004. Und wenn 2003, 2002, 2001, 2004 bitte die gleichen Voraussetzungen gegeben waren dass der Abstand zwischen Weihnachten und Semesterferien nichts ausmacht, dann wird es ja hoffentlich auch noch ... *(Abg. Mag. Schneeberger: Das stimmt ja nicht! dann ist ja der 6. der Schluss der Ferien!)*

Herr Klubobmann! Der 31. Jänner, um diesen einen Tag geht es. Ich darf noch etwas aufklären. Ich habe intensive Kontakte mit dem Bundesministerium. Auch dort ist mir bestätigt worden, dass es um diesen einen Tag geht. Und wenn Herr Kollege Sie angesprochen haben, danke, Herr Kollege Mag. Fasan, es ist so, der 31. Jänner ist es. Herr Kollege Mag. Heuras, wenn Sie angesprochen haben, dass es dann dieser 7. Jänner 2005 zum schulautonomen Tag erklärt werden würde, dann muss man vielleicht da nachdenken darum man das dann verlängert und damit diesen Abstand zwischen Weihnachtsferien und zwischen Semesterferien verkürzt.

Aber meine Damen und Herren, ich appelliere jetzt wirklich. Da geht es um viele Familien. Wir haben 290.000 schulpflichtige Kinder, von null, also einem Jahr praktisch bis 15 Jahren mit ihren Eltern die in diesem Zeitrahmen Urlaub machen könnten. Und ich fühle mich bitte auch verpflichtet diesen Eltern gegenüber vorzubeugen dass tatsächlich die Semesterferien genossen werden können.

Und ich möchte vielleicht ein Argument noch anführen. Es ist auch falsch dass ein Schadenersatz bitte für Stornierungen oder für Umbuchungen zu leisten ist. Auch das ist falsch. Sie wissen, dass es ein Hotelgesetz gibt das für alle Beherbergungsbetriebe gilt. Sie wissen, dass bis zu drei Monate vor Reiseantritt jeder Beherbergungsbetrieb kos-

tenlos sämtliche Umbuchungen und sämtliche Stornierungen tätigen muss. Also ich bitte Sie wirklich, das richtig darzustellen. Es entstehen für niemanden Kosten. Das Wichtigste wäre nur, dass jetzt rasch ein Signal gesetzt wird. Schön wäre es wenn es von Niederösterreich ausgehen könnte, damit diese Semesterferienregelung entsprechend abgeändert wird.

Und vielleicht auch zu Ihrer Information. Ich habe alle Pflichtschullandesräte Österreichs kontaktiert. Ich habe alle Wirtschaftslandesräte kontaktiert. Ich habe alle Wirtschaftskammern Österreichs kontaktiert. Und ich habe von allen eine positive Meldung zurückbekommen dass sie für die Verlegung der Semesterferien wären mit genau exakt zwei Ausnahmen. Die eine Ausnahme ist die Wirtschaftskammer Wien, die angibt weil eben Bälle praktisch in diese Phase fallen, weil unter anderem besonders der Opernball da hineinfällt. Und meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bezweifle, dass viele Familien den Opernball besuchen können. *(Abg. Präs. Mag. Freibauer: Das müssen Sie aber dem Bürgermeister von Wien sagen! – Unruhe im Hohen Hause.)*

Es tut mir leid, Herr Kollege, das habe ich wirklich mitgeteilt bekommen. Zum Anderen, bitte, Niederösterreich, die Wirtschaftskammer argumentiert, die Wirtschaftskammer in Niederösterreich argumentiert, dass es unter Umständen ein Vorteil für niederösterreichische Beherbergungsbetriebe sein könnte. Ich muss dazu sagen, das wünsche ich mir selbstverständlich. Aber nicht nur für Beherbergungsbetriebe, sondern vor allem für rund 600.000 Familien, denen fühle ich mich verpflichtet. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Mag. Schneeberger: Das stimmt ja nicht! Es sind ja nur 10 Prozent!)*

Herr Kollege! Es sind 20 Prozent, die von den Schulpflichtigen in den Urlaub fahren. Und ich darf bitte in Erinnerung geben dass ich in den letzten Wochen intensiv beschäftigt war die Meinungen auch von Lehrerkollegen einzuholen, die Meinungen von Eltern einzuholen. *(Abg. Mag. Freibauer: Die ganze Arbeit ist für die Katz! Im Dezember hätten Sie daran denken sollen!)*

Herr Präsident! Ich stimme Ihnen zu. Die Landeschulratskollegien mit dem Landeschulratspräsidenten hätten daran denken müssen. Ich darf aber nur auf eines hinweisen, Herr Präsident, ich habe überhaupt kein Problem zu sagen, da hat man einfach darauf vergessen, das hat man übersehen. Das sage ich noch einmal offen, da möchte ich keine Schuldzuweisung machen. Ich glaube nur, so lange die Möglichkeit ist, das zu reparieren, sollte man es tun. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Dritter Präsident Ing. Penz:** Die Rednerliste ist erschöpft. Ich frage, wird seitens der Berichterstattung ein Schlusswort gewünscht?

**Berichterstatterin Abg. Vladyka (SPÖ):** Ich verzichte!

**Berichterstatterin Abg. Rinke (ÖVP):** Ich verzichte!

**Dritter Präsident Ing. Penz:** Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Schul-Ausschusses, Ltg. 132/A-2/9 und Ltg. 133/A-2/10 betreffend Schulorganisation in Niederösterreich:)* Ich stelle fest, das ist die Stimmenmehrheit. Der Antrag ist angenommen!

Zu diesem Geschäftsordnungsstück liegt auch ein Antrag der Abgeordneten Weiderbauer, Dr. Krismer und Mag. Fasan vor der als Resolutionsantrag betitelt ist. Ich stelle fest, dass das kein Resolutionsantrag sein kann, sondern ein Zusatzantrag und verweise diesbezüglich auf unsere Geschäftsordnung.

*(Abg. Mag. Fasan: Zur Geschäftsordnung!)*  
Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

**Abg. Mag. Fasan (Grüne):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf nur feststellen, dass es sich unserer Ansicht nach um einen Resolutionsantrag handelt und dass wir nicht der Ansicht sind dass der Präsident einen Antrag umdeuten kann. Er kann ihn bestenfalls nicht zulassen. Wir wollen aber jetzt die Sitzung nicht länger aufhalten, wir wollen an anderer Stelle über dieses Problem weiter diskutieren. Wir haben in der letzten Präsidiale schon darüber diskutiert. Wir wollen aber festgehalten haben, dass unserer Ansicht nach der Antragsteller oder der Antragstellerin die Intention des Antrages bestimmt. Und in diesem Sinne hoffen wir auf weitere fruchtbringende Diskussionen. *(Beifall bei den Grünen.)*

**Dritter Präsident Ing. Penz:** Herr Abgeordneter Mag. Fasan! Auch wenn Sie feststellen dass Sie hier eine Auffassung haben, ich habe eine andere Auffassung weil ich die Geschäftsordnung zu vollziehen habe. Und daher stelle ich die Frage ob dieser als Zusatzantrag eingebrachte Antrag die notwendige Unterstützung erhält. Das ist die Minderheit. Daher lasse ich über diesen Antrag nicht abstimmen.

*(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Schul-Ausschusses, Ltg. 132/A-2/9 und Ltg. 133/A-2/10 betreffend sprengelfreier Schulbesuch:)* Ich stelle fest, das ist die Stimmenmehrheit. Der Antrag ist angenommen!

*(Nach Abstimmung über den Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Schul-Ausschusses, Ltg. 195/A-1/11:)* Ich stelle die einstimmige Annahme dieses Antrages fest.

Zu diesem Antrag liegt auch ein Resolutionsantrag von Prof. Dr. Nasko betreffend der Wintersemesterferien 2005 sowie zukünftige Semesterferien vor. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Ich stelle fest, das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt!

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Dr. Prober, die Verhandlungen zum Geschäftsstück, Ltg. 185/V-11/1 einzuleiten.

**Berichterstatter Abg. Dr. Prober (ÖVP):** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich berichte über die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über gemeinsame Maßnahmen zur vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde (Asylwerber, Vertriebene und andere aus rechtlichen oder faktischen Gründen nicht abschiebbare Menschen) in Österreich.

Ziel dieser Gesetzesinitiative ist die Vereinheitlichung der vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde in Bund und Ländern. Mit Verwirklichung dieses Modells können Doppelgleisigkeiten und parallele Strukturen vermieden werden und es kann auf regional bedingte Kostenentwicklungen und Gegebenheiten flexibler reagiert werden. Ich stelle daher den Antrag des Rechts- und Verfassungs-Ausschusses *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über gemeinsame Maßnahmen zur vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde (Asylwerber, Vertriebene und andere aus rechtlichen oder faktischen Gründen nicht abschiebbare Menschen) in Österreich (Grundversorgungsvereinbarung – Art. 15a B-VG) wird genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieser Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG Erforderliche zu veranlassen.“

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

**Dritter Präsident Ing. Penz:** Ich eröffne die Debatte und erteile Herrn Abgeordneten Mag. Ram das Wort.

**Abg. Mag. Ram (FPÖ):** Geschätzter Herr Präsident! Meine Präsidenten auf der Regierungsbank! Geschätztes Mitglied der Landesregierung! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Asylproblematik ist ja eine sehr heikle Materie. Es geht hier darum, die Problematik dahingehend zu regeln, dass man sowohl die Interessen der österreichischen Bevölkerung berücksichtigt, aber auch die Interessen derjenigen die zu Recht in Österreich um Asyl ansuchen.

Die Bundesregierung hat ja hier dementsprechende Maßnahmen getroffen und das Bundesasylgesetz geschaffen womit glaube ich, richtige und richtungsweisende Maßnahmen gesetzt worden sind.

Und wenn hier im Vorblatt unter dem Punkt Problem steht, dass man einer Überbelastung verschiedener Regionen entgegen treten möchte und dass man zu einer Verteilung, zu einer besseren Verteilung der Menschen im Bundesgebiet kommen möchte, so ist doch zu sagen, dass gerade Niederösterreich in der Asylproblematik ein besonders belastetes Bundesland im Vergleich zu anderen Bundesländern ist. Wir haben ja hier den Herrn Vizebürgermeister Gartner der als Traiskirchner die Problematik besonders gut kennt. Und viele andere Mitglieder dieses Hohen Hauses waren auch schon in Traiskirchen und haben sich die Situation vor Ort für die Gemeinde Traiskirchen auch angesehen.

Ich glaube, dass wichtig ist, hier dieser Überbelastung entgegenzutreten, eine gerechtere Verteilung herbeizuführen und im Sinne der zu Recht Asylsuchenden, aber auch im Sinne der österreichischen Bevölkerung eine vernünftige Regelung zu finden.

Und ich glaube, dass diese Vereinheitlichung dieser Gesetzesinitiative, die uns jetzt zur Beschlussfassung vorliegt, eine überaus vernünftige ist. Und ich finde, dass es wichtig und richtig wäre, dass wir hier als Landtag dem Ganzen auch beitreten und hier auch unsere Zustimmung geben. Deswegen wird unsere Fraktion gerne diesem Vorschlag zustimmen. Ich danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

**Dritter Präsident Ing. Penz:** Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Weiderbauer.

**Abg. Weiderbauer (Grüne):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Man müsste fast sagen, endlich ist dieser einstimmige Beschluss im Parlament gefasst worden. Und trotz der Mängel die er auch enthält, und zwar dass es keinen Rechtsanspruch auf die Grundversorgung gibt, dass die Kostensätze zu niedrig für die Unterbringung und für die Versorgung angesetzt sind, haben die Grünen im Parlament gerne dieser Vereinbarung zugestimmt weil sie sinnvoll und längst überfällig war.

Ernüchternd allerdings die Vorkommnisse, und darauf möchte ich jetzt ein bisschen näher eingehen, die in Gmünd passiert sind. Folgendes: Vor dem 31. Oktober 2003 wurden die Kontrollen durch die Gendarmerie durchgeführt und es wurde mitgeteilt, dass 98,5 Prozent der aufgegriffenen Menschen dort einen Asylantrag stellen konnten und auch gestellt haben, dass die entgegen genommen und bearbeitet worden sind.

Nach dem Vorfall in der Nacht vom 31. Oktober zum 1. November wo 74 Tschetschenen aufgegriffen wurden, führten auf Weisung – das war die erste Weisung – nicht mehr die Gendarmen diese Befragungen durch, sondern die Beamten der BH Gmünd. Und die Folge sind jetzt nur mehr sehr wenig Asylanträge, da auf Weisung des Bundesministeriums für Inneres Flüchtlingen geraten wurde wegen Erschöpfung der Kapazitäten der Bundesbetreuung freiwillig nach Tschechien zurückzukehren.

Es stellt sich jetzt die Frage, ob die Maßnahmen der BH Gmünd als Fremdenpolizei erster Instanz die betreffenden Personen daran hindert, ihr Recht auf Asyl durch Einbringung eines Antrages nach dem Asylgesetz geltend zu machen. Und da gibt es jetzt anonyme Hinweise an die Menschenrechtsbehörde. Und weiters deuten Medienberichte darauf hin, dass die betroffenen Menschen, nicht wie hier angenommen wurde, freiwillig nach Tschechien zurückgekehrt sind. Und auch ein Gespräch mit dem Fremdenreferenten der BH Gmünd konnte leider diese Vorwürfe nicht entkräften. Im Gegenteil. Sie haben sich eher bestätigt.

Es verdichtet sich daher der Verdacht, dass durch die seit 1. November angewandte Praxis sowohl die einschlägigen Bestimmungen des Asylgesetzes als auch die der Menschenrechte auf Asyl verletzt worden sind.

Und jetzt kommt die zweite Weisung. Meiner Meinung nach problematischer als die erste. Es kommt noch hinzu, dass – und da ist man sich jetzt nicht sicher, ist die Weisung vom Sicherheitsbüro Niederösterreich oder ist sie direkt vom Landeshauptmann gekommen. Vielleicht gibt es jemanden in der ÖVP der heraus kommt und sagt, diese Weisung hat das Sicherheitsbüro oder diese Weisung hat der Landeshauptmann persönlich erteilt.

Und zwar das Verbot der Familientrennung wurde ausgesetzt. Was heißt das? In der Praxis ist es dann so dass die Männer in Schubhaft genommen werden und Frauen und Kinder in Traiskirchen untergebracht werden. Das heißt, man hat die aufgegriffenen Menschen vor die Alternative gestellt, ihr könnt zwar natürlich um Asyl ansuchen, keine Frage, das steht euch zu, das ist euer Recht, aber wenn dem so ist, kommen die Männer in Schubhaft und die Frauen und Kinder werden nach Traiskirchen geliefert. Da haben sich sicher viele Familien das überlegt und haben um kein Asyl angesucht und sind nach Tschechien zurückgekehrt.

Die Frage ist, ist das so rechtens? Ich möchte betonen, es gibt hier keinen Vorwurf gegenüber den Beamten in Gmünd. Im Gegenteil. Was notwendig wäre, die Anzahl der Beamten auszubauen und sie so zu schulen dass sie mit diesen Dingen umgehen können und dass die Leute, die über die Grenze kommen, ihr Recht wahrnehmen können. Wenn wir schon so stolz sind, und das sind wir auch berechtigterweise, dass wir in einem Rechtsstaat leben, dann muss auch gewährleistet sein, dass jeder der zu uns über die Grenze kommt ein Anrecht auf Asyl hat. Und dann wird geprüft ob dieses rechtens ist oder nicht. Und dann wird entschieden ob er abgeschoben wird oder nicht. (*Beifall bei den Grünen.*)

Daher mutet es etwas befremdend an, dass das in dieser Form durchgeführt wurde. Und daher kommt der Menschenrechtsbeirat zu dem Schluss, dass erstens geeignete Schritte eingeleitet werden müssen um die größtmögliche Effizienz bei der Aufarbeitung der Fälle zu erfolgen hat.

Ein wichtiger Punkt noch, das ist ja fast ungläublich und das deutet darauf hin dass einfach zu wenig Beamte dort tätig sind und zu wenig gut ausgebildete. Man hat hier mit losen Blättern gearbeitet, diese sogenannten Anhalteblätter. Die hat es in doppelter Ausführung gegeben. Auf dem einen Blatt ist das gestanden, auf dem anderen ist jenes gestanden. Und dadurch ist es zu großen Missverständnissen gekommen. Warum stattet man nicht diese Institutionen mit der nötigen Software aus dass sie zum Beispiel per Computer diese Amts-

handlungen durchführen können und dass solche Pannen nicht passieren.

Ein weiterer Punkt: Man hat Barmittel anderer Flüchtlinge herangezogen die gar nicht unterhaltspflichtig für andere waren und hat ihnen das Geld abgenommen für die Verpflegung von denjenigen die kein Geld hatten. Die BH Gmünd soll weiters angewiesen werden, Asylanträge entgegen zu nehmen und keinen wie immer gearteten Druck auszuüben und diese nicht zu stellen bzw. zurückzuziehen.

Es ist ein Round table-Gespräch angedacht dass diese Dinge mit den betroffenen Personen, mit den Beamten und den Institutionen klären soll. Wir unterstützen das voll inhaltlich und hoffen, dass sich die Zustände dort ändern werden. Danke schön! (*Beifall bei den Grünen.*)

**Dritter Präsident Ing. Penz:** Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Vladyka.

**Abg. Vladyka (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Hohes Haus!

Entfremdet und entwürdigt ist nicht nur der der kein Brot hat, sondern auch der, der keinen Anteil an den großen Gütern der Menschheit hat. Das hat schon Rosa Luxemburg gemeint. Der Schutz der Menschenwürde laut Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention und die sich für uns daraus ergebende Verpflichtung, existenzbedrohende Armut ausnahmslos hintanzuhalten, sind nur einige der Gesichtspunkte unter denen ich die heutige Beschlussfassung der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern zur vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde beleuchten möchte.

Wir stehen kurz vor der großen Erweiterung der Europäischen Union. Mit dieser Erweiterung tritt auch das neue, nicht unumstrittene und bereits beeinspruchte Asylgesetz in Kraft. Kernpunkt darin ist, dass innerhalb von maximal 72 Stunden in einer Erstaufnahmestelle entschieden werden soll ob es zur Aufnahme, einer Abschiebung oder einer weitergehenden Prüfung des Antrages kommt.

Bedenklich hierbei ist, wonach laut neuem Gesetz Flüchtlinge während der Berufungsfrist abgeschoben werden können. Ebenso das Neuerungsverbot. Dieses sieht vor, dass in der zweiten Instanz das Vorbringen neuer Fluchtgründe nur mehr in Ausnahmefällen möglich ist, etwa bei Folteropfern und Traumatisierten.

Und gerade in diesem Bereich ist eine rasche Beurteilung kaum möglich. Traumatisierte Opfer können ihr Leid oft gar nicht in Kürze und in geeigneter Form darlegen. Es sind aber auch oft Schamgefühl, Angst vor neuem Leid und Verständigungsprobleme die dazu führen, dass gerade diese Menschen dadurch noch größeres Leid auf sich nehmen müssen indem sie abgewiesen werden.

Eine Traumatisierung sieht man vielen Flüchtlingen nicht an und es ist das Wesen einer posttraumatischen Störung dass die Betroffenen nicht ohne weiteres über die Schrecken, die sie überlebt haben, auch sprechen können. Laut Fachleuten kann eine genaue Feststellung einer Traumatisierung oft erst nach bis zu einem halben Jahr getroffen werden. Und nach einer Erhebung mit der UNHCR im vergangenen Oktober gibt es auch kein anderes EU-Land, das eine solche Einschränkung im Berufungsverfahren, sprich Neuerungsverbot, vorsieht.

Auch eine neuerliche Statistik liefert eindeutige Fakten gegen das ab Mai 2004 geltende Neuerungsverbot im Asylverfahren. Im Jahr 2003 hat die erste Instanz gleich viele positive Entscheidungen im regulären Verfahren getroffen wie der Unabhängige Bundesasylsenat im Berufungsverfahren. 2003 ist die Anzahl der Asylanträge zwar um 18 Prozent zurückgegangen von 39.354 auf 32.364. Aber zu Jahresende waren noch immer 37.137 Verfahren offen. Nach Schätzungen wären für eine rasche und ordnungsgemäße Abwicklung aller Verfahren mindestens 300 zusätzliche Beamte notwendig.

Und bemerkenswert ist daher auch die Tatsache, dass 80 Prozent der Asylanträge in Österreich nicht durch Verfahrensabschluss, sondern auf sonstige Weise erledigt werden. Darunter fallen die bei Botschaften gestellten Anträge, die als unbeachtlich abgelegt werden, 7003, Antragsrückziehungen 3008 und vor allem Verfahrenseinstellungen 18.052 weil der oder die Asylwerber oder –werberin keine Adresse hat oder an der letzten Adresse nicht mehr angetroffen wurde.

Und für jene rund 10.200 Asylwerber, die durch die Bundesbetreuung, nicht zuletzt auch festgestellt durch ein OGH-Urteil, versorgt werden müssen, gilt es nunmehr faire Grundlagen zu schaffen.

Ein faires Asylverfahren, meine sehr geschätzten Damen und Herren, setzt eine Unterkunft voraus. Obdachlose können nur sehr schwer an einem Asylverfahren mitwirken und Parkbänke haben keine Postzustellung. Echte Betreuung der Asylwerber durch qualifiziertes Personal aus den Bereichen Recht, Sozialarbeit, Psychologie, Medi-

zin, sind ebenso wichtig und zwingend nötig wie eine menschenwürdige Unterbringung während der Wartefrist. Ebenso ist erforderlich der Zugang zu umfassender Rechts- und Rückkehrberatung, zur Selbstbeurteilung der Chancen im Asylverfahren wie eine spezielle Betreuung von Personengruppen mit besonderen Bedürfnissen wie alleinstehende Frauen, Familien und unbegleitete Minderjährige, offensichtlich Traumatisierte und Folteropfer.

Und um hier eine einheitliche und gerechte Vorgangsweise zu finden, haben sich nunmehr Bund und Länder eben für eine gemeinsame Grundversorgung zusammengefunden und eine Vereinbarung fixiert. Ziel dieser Vereinbarung soll sein die Gewährleistung einer bundesweit einheitlichen mit den Ländern partnerschaftlich umgesetzten Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde die sich in unserem Bundesland aufhalten.

Und darunter fällt neben der Aufteilung der Grundversorgung finanzieller Art 60:40 auch die räumliche Aufteilung. Und das bedeutet für Niederösterreich eine Quote von 19,24 Prozent für die Unterbringung. Mit derzeit 3.959 Personen liegt Niederösterreich bei 26,36 Prozent. Das heißt 1.221 Plätze über dem Soll.

Weiters gibt es nur mehr das Bundesland Wien das derzeit die Quote erfüllt. Was diese Zahlen für Niederösterreich und speziell Traiskirchen, das laut Stand Februar mit 1.600 Personen total überbelegt ist, von einer wirklich sinnvollen und menschenwürdigen Unterbringung kann nur bei einer Belegung von rund 500 bis maximal 700 Personen dort gesprochen werden, bedeutet, brauch ich nicht näher zu erwähnen.

Durch die BürgermeisterInnenregelungen sind die Gemeinden ja auch nicht unbedingt angeregt, Quartiere zur Verfügung zu stellen. Und es ist daher nicht verwunderlich, wenn die Appelle des Innenministers ins Leere gehen. Auch die nunmehr ins Auge gefasste Obergrenzenregelung ist keine wirkliche Entscheidungshilfe. Ebenso gibt es auch betreffend die Kosten noch viele ungeklärte Aspekte. Einerseits erscheint mir die Obergrenze von 17 Euro für Unterkunft und Verpflegung pro Person und Tag als äußerst bedenklich und steht in keiner Weise in Relation was damit bestritten werden muss, wenn ich daran denke, dass für eine bestimmte Tierart im Safaripark in Gänserndorf auch fast so viel zur Verfügung gestellt wird.

Und wo bleibt die Regelung der Kosten für zusätzliche Aufwendungen, wie zum Beispiel Alten- und Kinderbetreuung. Nur eine genaue Feststellung der Qualitätskriterien, eine Flexibilität bei der

Unterschiedlichkeit der Bedürfnisse, eine laufende Evaluierung der Grundlagen sowie eine sorgfältige, kompetente Aufklärungskampagne in den Bundesländern bzw. Gemeinden kann hier zum Abbau der Ängste und Sorgen der Bevölkerung im Zusammenleben mit Schutzbedürftigen beitragen.

Dies gilt auch für den Schutzbedürftigen ebenso. Denn denken wir stets daran, dass es auch in der österreichischen Geschichte Zeiten gab, in denen Staatsbürger auf Grund von Verfolgung und Lebensgefahr gezwungen waren zu fliehen. Gerade wenn wir uns dessen bewusst sind, muss Hilfe für verfolgte Menschen eine Selbstverständlichkeit sein. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Helfen wir aber auch jenen, die wie in Traiskirchen bereit sind zu helfen, dass sie dies auch im Sinne aller Betroffenen unter menschenwürdigen Bedingungen tun können. In diesem Sinne darf ich mich bei allen den Organisationen, wie zum Beispiel ganz besonders bei der Volkshilfe, die hier wirklich hervorragende Arbeit geleistet hat, der Gemeinde Puchenstuben, die im Gegensatz zum Beispiel zu Langenlois zusätzlich und unkompliziert bereit war, sofort Flüchtlinge aufzunehmen, ebenso der Caritas, der Diakonie des Evangelischen Flüchtlingsdienstes, SOS-Menschenrecht, dem Roten Kreuz um nur einige zu nennen, die tagtäglich für diese Schutzbedürftigen Sorge tragen, für ihren Einsatz im Dienste der Menschlichkeit auf das Herzlichste bedanken. Ich darf Herrn Landesrat Dipl.Ing. Plank auffordern, hier als zuständiges Regierungsmitglied raschest tätig zu werden und hoffe, dass diese Beschlussfassung dazu beiträgt, das Leid der hilfs- und schutzbedürftigen Fremden ein wenig zu lindern. Danke! *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Dritter Präsident Ing. Penz:** Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Nowohradsky.

**Abg. Nowohradsky (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn wir heute hier diese 15a-Vereinbarung zur Beschlussfassung im NÖ Landtag haben, dann muss man feststellen, dass zunächst einmal im Ausschuss hier eine Einhelligkeit gegeben war, das ist sehr erfreulich. Wenn auch eine Kritik in irgend einer Form angekündigt wurde in der Form dass 15a-Vereinbarungen immer wiederum nur auf den Tatbestand bezogen sind. Und ich glaube, das ist aber sehr wichtig, dass sich hier die Länder gemeinsam mit dem Bund verständigt haben in welchem Ausmaß soll dieses Problem hier in Österreich gelöst werden. Denn wir haben ja Erfahrun-

gen aus der Vergangenheit. Und ich darf auf die große Tradition Niederösterreichs und Österreichs hinweisen, wo wir in schwierigen Situationen, sei es jetzt in der Ungarn-Krise wo wir alle noch etwas jünger waren, aber auch an die Tschechen-Krise, hier sehr, sehr viele Personen aufgenommen haben in Österreich und in Niederösterreich.

Und daher verstehe ich nicht immer ganz diese immer hintangehaltene Kritik an dem Verhalten von Österreich, aber auch von Niederösterreich. Und der Herr Landesrat wird aufgefordert, hier schnellstens zu handeln und derartige Dinge. Da muss man schon die Kirche im Dorf lassen. Denn ich glaube, wir als Österreicher und Österreicherinnen, aber noch einmal, als Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher, haben uns hier in der Vergangenheit sehr, sehr dieser Personen angenommen und werden es auch in Zukunft tun.

Zu dem Vorfall in Gmünd muss ich schon eines sagen. Man kann natürlich nach einigen Monaten kann man da sehr gescheit sein und kann einige Dinge heraus suchen wo Fehler passiert sind. Wo Fehler passiert sind eventuell in einer Zeit, man kann das gar nicht hier so konkret nennen. Aber da sind Beamte, die an der Grenze ihres Wirkens sind. *(Abg. Weiderbauer: Genau das habe ich gesagt!)* Die Nerven können dann blank liegen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das sind gut ausgebildete Beamte. Und dann im Nachhinein zu sagen, da ist der eine oder andere kleine Fehler passiert, da muss ich ehrlich sagen, das kann ich nicht ganz verstehen. Da sollte man wirklich in dieser Richtung auch ein bisschen Nachsicht üben. *(Abg. Mag. Fasan: Aber man wird ja noch Verbesserungsvorschläge machen dürfen!)*

Mir bleibt eigentlich nur übrig zu sagen dass wir in Niederösterreich gerade auf diesem Sektor hier vorbildlich sind. Bundesminister Dr. Strasser hat hier wirklich auch seine Sorge ausgedrückt dass wir die dementsprechenden Plätze in Österreich haben. Wir in Niederösterreich, wie gesagt, liegen ja weit über dem Soll, mit 1.200 Personen über dem Soll. Das heißt andere Bundesländer müssen sich noch anstrengen. Und daher, glaube ich, ist es hier so gegeben, dass wir dieser Vereinbarung zustimmen können, die – und das muss ich wirklich noch einmal betonen – im Sinne dieser Flüchtlinge ist, aber auch im Sinne des Bundeslandes Niederösterreich wo sehr genau und detailliert verhandelt wurde, was hat der Bund zu leisten und was haben die Länder zu leisten. Und daher ein herzliches Dankeschön all jenen, die an dieser Gesetzwerdung hier mitgewirkt haben, vor allem im Bereich der Beamtenschaft. Aber auch ich darf



sagen, dass wir natürlich von der österreichischen Volkspartei dieser Artikel 15a-Vereinbarung zustimmen werden. Danke schön! *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Dritter Präsident Ing. Penz:** Die Rednerliste ist erschöpft. Wird seitens des Berichterstatters ein Schlusswort gewünscht?

**Berichterstatter Abg. Dr. Prober (ÖVP):** Ich verzichte!

**Dritter Präsident Ing. Penz:** Das wird verneint. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Rechts- und Verfassungs-Ausschusses, Ltg. 185/V-11/1:)* Ich stelle fest, das ist die Stimmeneinhelligkeit. Der Antrag ist angenommen!

Die Tagesordnung dieser Sitzung ist erledigt. Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Weg bekannt gegeben. Ich schließe die heutige Sitzung um 18.40 Uhr. *(Ende der Sitzung um 18.40 Uhr.)*